Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg. eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045. (Verl.) 21047. (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Artur Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 18. November 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 271

Lohnkämpfe im ganzen Reiche

Eisenbahner vor die Front — Riesenkämpfe in Metall- und Tabakindustrie

Vor dem Streik im Eisenbahnausbesserungswerk Halle?

Ihre Antwort auf Lohnforderungen: Maßregelung zweier Eisenbahner

Wie wir erfahren, ist mit der Möglichkeit der Arbeitseinstellung im Eisenbahnausbesserungswerk Halle für heute vormittag zu rechnen.

Dieser Bewegung der Eisenbahner liegt folgende Vorgeschichte zugrunde:

Bekanntlich stehen die Eisenbahner schon seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung, in der sie u. a. die Forderung auf Erhöhung der Ortslohnzulage um 20 Prozent gestellt haben. Durch die Hauptverwaltung der Reichsbahn A.-G. wurde den Arbeitern nur eine Erhöhung dieser Zulage um 5 Prozent zugesprochen. Darüber große Empörung auch im Ausbesserungswerk Halle, welche sich, wie wir bereits gestern meldeten, in einer spontanen Demonstration der Belegschaft am Dienstagmittag äußerte.

Diesen eintündigen Proteststreik nahm die Direktion des Eisenbahnausbesserungswerkes zum Anlaß, am gestrigen Tage zwei Kollegen fristlos zu entlassen, weil sie sich angeblich während des Proteststreiks führend betätigt haben sollen.

Unter der gesamten Belegschaft herrscht darüber die allergrößte Erregung. Heute wird es voraussichtlich in den Betrieben, wo die Gemaßregelten beschäftigt waren, zur Arbeitseinstellung gekommen sein. Einzelheiten allerdings liegen uns zurzeit noch nicht vor. Die Eisenbahnarbeiter führen den

Kampf um Wiedereinstellung der beiden gemaßregelten Kollegen, um Erhöhung der Ortslohnzulage um 20 Prozent, um eine Erhöhung und gegen eine Verkürzung des Gedinges.

Angesichts der ungeheuren Empörung unter der gesamten deutschen Eisenbahnarbeiterschaft über die bisherigen Ereignisse der Lohnbewegung steht zu erwarten, daß der Kampf im Eisenbahnausbesserungswerk Halle noch weitere Kreise ziehen wird. Notwendig ist es, daß in allen Direktionsbezirken, auf allen Dienststellen sofort zu den Vorfällen in Halle Stellung genommen wird und dahingehende Beschlüsse gefaßt werden, die Kollegen im Ausbesserungswerk Halle mit allen Mitteln zu unterstützen.

Eisenbahner. Ihr seid lange genug betrogen worden, mit Maßregelungen, mit Hohn und Spott beantworten die Hauptverwaltung und ihre Beauftragten Eure berechtigten Forderungen.

Jetzt heißt es Schluß mit der Kuhhandelei, jetzt muß gekämpft werden!

Berlin vor dem Metallarbeiterstreik

Die gesamte Berliner Metallindustrie hat in Vollversammlungen zu dem kommenden Kampf Stellung genommen. Damit ist der Kampf in das entscheidende Stadium getreten. Die Former sind entschlossen, sich weder das Diktat der Metallindustriellen gefallen zu lassen, noch sich durch die Schlichtungsmaschine um das Streikrecht betrügen zu lassen. Die Branchenversammlungen der Berliner Metallarbeiter, Schleifer und Galvanisteure haben einstimmig Resolutionen angenommen, in der die Proklamierung des Formerstreiks und seine Unterstützung und Ausdehnung auf die gesamte Berliner Metallindustrie gefordert wird. Ferner wird gegen den Raub des Streikrechts Front gemacht und die Stärkung des Metallarbeiter-Verbandes gefordert. Aller Wahrscheinlichkeit nach beginnt der Streik der Former am Sonnabend. Dieser Streik müßte dann sehr schnell die gesamte Berliner Metallindustrie in seinen Bann ziehen. Inzwischen haben neben den Funktionären auch alle anderen Berufsangehörigen der Former sich für den Streikbeginn am Sonnabend ausgesprochen.

Solidarität mit den Tabakarbeitern!

Bekanntlich befinden sich die Tabakarbeiter Deutschlands im Kampf, der ihnen durch die Aussperrung der Unternehmer aufgezwungen worden ist. Auch dieser Kampf zeigt sämtliche Tabakarbeiter in einer wunderbar geschlossenen und einigen Front. Selbst christliche und gelbe Kollegen nehmen am Kampfe teil. Da in diesem Berufe mit einer längeren Dauer des Kampfes zu rechnen ist, ist die gesamte Arbeiterschaft schon jetzt verpflichtet, mit aller Energie eine Solidaritätsaktion für die Tabakarbeiter einzuleiten. Der Ausgang dieses Kampfes wird in erster Linie mit von der Unterstützung abhängen, die ihm die übrige Arbeiterschaft zuteil werden läßt.

30 000 Metallarbeiter in Hagen vor dem Streik

Der Konflikt in der Metallindustrie des Bezirks Hagen-Schwelm hat eine weitere Verschärfung erfahren, da beide Parteien den gefällten Schiedsspruch ablehnten. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach jetzt zu einem Kampf kommen. In dem Bezirk sind etwa 30 000 Metallarbeiter beschäftigt, die den Kampf um eine Lohnerhöhung führen.

Schlesische Bergarbeiter erzwingen 80 Pf. Lohnerhöhung pro Schicht

Auf der in Waldenburg stattgefundenen Konferenz aller Funktionäre der freigewerkschaftlichen Organisationen und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins wurde der Vorschlag der freien Gewerkschaften des christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins auf Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne und Erhöhung der Löhne auf die Effektivlöhne um je 80 Pf. angenommen und die Forderungen der Opposition gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Opposition forderte: Erhöhung des tariflichen Schichtlohns für Zimmerhauer auf 7 Mk., Lohn für Gedingehauer mindestens 10 Prozent höher als der Zimmerhauerschichtlohn, Verringerung der Lohnspanne zwischen Untertage- und Uebertage-Arbeiter unter Berücksichtigung der Löhne für Frauen und Jugendliche. Beseitigung der Randzechenklausel und Erhöhung des Wassergeldes.

Textilarbeiter fordern zwischentarifliche Lohnerhöhung

Einige Textilbetriebe in Zell i. W. haben durch Belegschaftsversammlungen beschlossen, vom DTV. die Kampfesaufnahme für eine zwischentarifliche Lohnerhöhung um 15 Prozent zu fordern, und dafür die ganze gewerkschaftliche Kraft einzusetzen, um das vorläufig gesteckte Ziel zu erreichen.

Die SPD. liefert das rote Hamburg den Monarchisten aus

Am 14. November hatte der Bürgerausschuß in Hamburg den stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Der Ausschuß besteht aus 8 SPD., 3 KPD., 2 Volksparteilern, 1 Demokraten und 1 Deutschnationalen. Die KPD. hat als zweitstärkste Fraktion Anspruch auf den Posten und schlug den Genossen Walter vor. Nach vorheriger Vereinbarung von SPD., Demokraten, Volkspartei und Deutschnationalen schlugen die Sozialdemokraten aber den Volksparteiler Dr. Schröder vor. Schröder wurde mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD. gewählt.

Schröder ist als Duzfreund Wilhelms aus Doorn der volksparteiliche Verbindungsmann zu den Monarchisten. Er ist Großkapitalist, mehrfacher Aufsichtsrat, vor dem Kriege ein toller Sozialistenfresser und als Bürgermeister in der Kriegszeit einer der ärgsten Kriegstreiber. Annexionisten und Durchhaltepapstel. Der bisherige SPD.-Koalitionssenat hatte Schröder für diese seine „Verdienste" mehrfach belohnt, u. a. wurden ihm für eines seiner Häuser, eine verfallene Bude, 625 000 Goldmark gezahlt. So reflektiert die SPD. den Willen der Mehrheit der Hamburger Wähler durch ein inniges Bündnis mit den Monarchisten.

Zu je 1 Jahr 6 Monaten Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe wurden die Arbeiter Hinz und Schiller aus Königsberg deswegen verurteilt, weil sie Aufklärungsarbeit unter der Reichswehr geleistet hatten.

Die Preußen-Koalition verhandelt heimlich mit den Pfaffen

Die Sozialdemokratie hilft Preußen an die katholische Kirche verschachern

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. November.

Die heutige „Vossische Zeitung" bringt nachstehende Meldung:

„Die auffallende Zurückhaltung, mit der in den letzten Monaten die Konkordatsfrage von den beteiligten Instanzen in der Oeffentlichkeit behandelt worden ist, scheint darauf hinzudeuten, daß sich in der Stille Ueberraschungen anbahnen.

Zwar ist es um das Reichskonkordat sehr stille geworden, aber das preußische Konkordat ist inzwischen in ein neues Stadium getreten. Man hört, daß die Verhandlungen zwischen der preußischen Staatsregierung und der katholischen Kirche bereits zu vorläufigen Vereinbarungen über konkrete Punkte, Abgrenzung der Diözesen, Ausbildung der Theologen, Neuerrichtung von Priesterseminaren neben den Hochschulen geführt hätten ... Deshalb wäre es sehr bedenklich, wenn etwa das kommende Konkordat, wie eine sonst gut informierte Stelle behauptet, auch auf die Schule und die Schulparagraphen der Reichsverfassung Bezug nähmen."

Das Maß ist voll!

Von Artur Ewert

In dem Augenblick, da die fortgeschrittensten Arbeiter der ganzen Welt, da die revolutionären Kräfte der unterdrückten Völker ihre Augen auf die Sowjetunion lenkten, erhob sich der schrille Mißklang des Geschreis einer Anzahl oppositioneller Führer. Sie suchten sich ausgerechnet den zehnten Jahrestag des Bestehens der Sowjetunion aus, um von den Straßen und Plätzen Moskaus und Leningrads den Losungen und Demonstrationen der Partei ihre eigenen entgegenzustellen. Bei ihren Versuchen erlitten sie Schiffbruch, sie wurden von den Arbeitern vertrieben.

Damit wurde das Maß voll. Die allzulange währende Geduld der führenden Partei der proletarischen Diktatur ging zu Ende und sie stellte Sinowjew und Trotzki vor die Frage: entweder — oder. Entweder geben sie ihre parteizerstörende, die Diktatur des Proletariats untergrabende Arbeit auf, oder sie müssen aus der Partei ausgeschlossen werden. Sinowjew und Trotzki haben ihre Entscheidung getroffen. Gegen die Partei! Darauf erhielten sie die einzig mögliche Antwort: die Partei zerschnitt das Tischtuch zwischen sich und ihnen.

Als vor vier Jahren Trotzki mit seiner Opposition auftrat, rief er pathetisch aus: die Diktatur des Proletariats ist in Gefahr! Spätestens in 6 Monaten muß die Katastrophe eintreten. Um diese zu verhindern, müßte die Industrie aus den großen Städten, aus Moskau, Leningrad usw., in jene Standorte verlegt werden, wo billiger produziert werden könne. Trotzki wollte mit anderen Worten die strategisch wichtigsten Eckpfeiler der proletarischen Diktatur zum Bersten bringen. Die Partei, noch mit Sinowjew und Kamenjew in ihren Reihen als Streiter gegen diese bureaukratischen Abenteuer eines revolutionären Konstrukteurs, wies diesen Pessimismus weit von sich und die Geschichte gab ihr Recht. Es setzte ein verhältnismäßig großer Aufschwung ein auf Grundlage der von der Partei ausgearbeiteten Richtlinien. Freilich ging es dabei nicht ohne Schwierigkeiten ab. Der Aufbau einer Industrie aus den ökonomischen Kräften eines einzigen Landes steht in der Geschichte bisher beispiellos da, und die Sowjetunion hat dieses Wunder vollbracht. Allerdings konnte dies nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich gehen. Vor diesen hatten nun auch Kamenjew und Sinowjew plötzlich Angst bekommen, und unvermutet traten auch sie als Opposition auf. Und was schlug die „Neue Opposition" vor? Die Preise für Industrieartikel noch mehr zu erhöhen, damit den Zusammenschluß mit den Bauern zu gefährden, die Stabilität des Tschervonjetz zugunsten einer papierenen Lohnerhöhung zu erschüttern und schließlich die Methoden des Kriegskommunismus zu neuem Leben zu erwecken. Und all das zur Zeit einer unglaublichen Verschärfung der internationalen Lage der Sowjetunion! Zu diesen abenteuerlichen Vorschlägen in der inneren Politik gesellten sich die noch abenteuerlicheren Vorschläge der Opposition in den Fragen der internationalen Politik.

Der Bruch mit den englischen Gewerkschaften sollte zu einer Zeit vorgenommen werden, wo dies Chamberlain und den reformistischen Verrätern am besten gepaßt hätte. Das wäre nach Trotzki die einzig „revolutionäre" Art der „Loslösung" gewesen. Derselbe Trotzki, der im Jahre 1921 ausrief, daß der Gang der russischen Revolution ein sehr wichtiges historisches Beispiel, aber keineswegs eine politische Regel sei, forderte für das unentwickelte China die Kopierung ausgerechnet der proletarischen Revolution vom Jahre 1917. Die KPSU. hat ihrer leninistischen Schulung gemäß kühles Blut bewahrt und sie hat eben deshalb unglaubliche Erfolge erzielt, die alle Feinde der Revolution von den Imperialisten angefangen bis zu den Sozialdemokraten aller Schattierungen, vor Wut und Schrecken erzittern läßt. Das alles paßt nicht in das Konzept von Trotzki, Sinowjew usw. und sie gebärden sich nun wie Leute, die den Kopf völlig verloren haben.

Von der „Rettung" der proletarischen Diktatur sind sie nun glücklich dazu übergegangen, deren Grundlage, die KPSU., zu zerstören, die Sowjetmacht zu untergraben und die Kommunistische Internationale zu zersetzen.

Der Kampf gegen die KJ. ergibt sich folgerichtig aus dem Kampfe gegen die KPSU. Wie die Opposition in der Sowjetunion mit allen möglichen Elementen Verbindung sucht, so ist sie auch in der Wahl ihrer Agenten innen- und außerhalb der verschiedenen Sektionen nicht verlegen. Sinowjew schüttelt zwar Katz ab. Dieser Herr, der schon längst eine komische Figur geworden ist und auch in Hannover keinerlei Einfluß mehr besitzt, ist denn doch etwas zu kompromittierlich. Aber worin unterscheidet sich Katz — abgesehen von einer größeren Blödheit — von dem Verbündeten Sinowjews. Maslow? Gibt die Maslow-Gruppe nicht eine Zeitschrift mit den übelsten Verleumdungen gegen die KJ.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0001

heraus? Tut sie nicht alles, um die Arbeit der KJ. und die der KPSU. zu diskreditieren, das Vertrauen der Arbeiter in sie zu erschüttern? Organisiert die Maslow-Bande nicht überall, wo sie dazu in der Lage ist, Kandidaturen gegen die KPD., und trägt sie damit nicht Verwirrung in Teile der Arbeiterschaft? Organisiert sie nicht die Bildung einer neuen „Partei"? Jawohl, sie tut dies alles! Trotzki, Sinowjew und die anderen „Bolschewiki-Leninisten" aber halten die Verbindung mit diesen Feinden der Kommunistischen Partei Deutschlands aufrecht, unterstützen sie und fördern deren zersetzende Arbeit durch Lieferung vertraulicher Dokumente und Ablegerung der eigenen fraktionellen Ausscheidungen. Die Verbündeten Trotzkis und Sinowjews in den anderen Ländern sind nicht von besserer Qualität. Es sammeln sich um sie überall alle rechten und ultralinken Abfallprodukte der Arbeiterbewegung. Es ist klar, daß die KJ. und jede ihrer Sektionen die Pflicht haben, gegen diese „Arbeit" der russischen Oppositionsführer den schärfsten Kampf zu führen. Die Wunden, die unserer Bewegung durch die Maslow-Gruppe, so lange sie am Ruder war, geschlagen wurden, sind nicht vergessen. Und bei allem Kampf gegen opportunistische Fehler, bei allen Bemühungen zur Ueberwindung von Schwächen der Partei, werden wir den Kampf gegen die antibolschewistischen Verbündeten Trotzkis und Sinowjews bis zu deren vollständigen Vernichtung fortsetzen. Auch darum verstehen und billigen wir den Ausschluß der oppositionellen Führer aus der KPSU., wie er von dem ZK. und der ZKK. beschlossen wurde.

Schädigen die Oppositionsführer die Sowjetunion? Schon durch ihren Kampf gegen die KPSU. und die KJ. tun sie es. Dadurch, daß sie im Innern alle feindlichen Kräfte ermuntern, tun sie es. Sie durchbrechen die Gesetze des proletarischen Staates. Sie hemmen durch ihre Diskreditierungskampagne die Entwicklung sozialdemokratischer Arbeiter zum Kommunismus. Sie ermuntern die Vorstöße und Spekulationen der Imperialisten. Sie schwächen die Verteidigungskraft des Landes. Dies alles würde die Opposition in viel stärkerem Maße tun, wenn ihre Auffassungen, ohne auf Widerstand zu stoßen, in die Arbeiterschaft eindringen könnten. Dies aber muß im Interesse der Entwicklung der Revolution verhindert werden.

Wer die Gesetze des proletarischen Staates mit Füßen tritt, muß durch sie in die Schranken gewiesen werden, gleichgültig, wie groß auch immer seine Verdienste in den Zeiten waren, als er noch unter den Direktiven und der Leitung der Partei arbeitete.

Die Opposition redet über die Beschleunigung der Weltrevolution. Aber wie kann die Weltrevolution beschleunigt werden, wenn gleichzeitig die stärkste Stütze der Revolution, die Sowjetunion, verleumdet wird von denen, die noch bis vor kurzem als Führer der Revolution galten? Die Erstarkung der Sowjetunion ist einer der wichtigsten Anziehungspunkte für das Proletariat und die unterdrückten Völker. Selbstverständlich dürfen die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern nicht selbstzufrieden auf die Entwicklung in der Sowjetunion blicken und die revolutionären Aufgaben im „eigenen" Lande vernachlässigen. Sie müssen vielmehr die größten Anstrengungen machen, um das Proletariat vor Irrwegen und Zwischenstadien, die jetzt die Austromarxisten mit verstärkter Kraft vorbereiten, zu bewahren. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Opportunismus in der Arbeiterklasse ist nach wie vor eine unserer Hauptaufgaben in dem Kampfe gegen die Bourgeoisie und wird es bleiben bis zu der Zeit, wo die Macht fest in den Händen der Arbeiter liegt. Aber weil wir sehen, daß der Opportunismus durch die Tiraden Trotzkis und Sinowjews gestärkt und die Anziehungs- und Aktionskraft der Partei geschwächt wird, gilt unser Kampf ebenfalls den Auffassungen der Opposition als einer besonderen Art des Opportunismus: dem kleinbürgerlichen Unglauben an die Revolution, der kleinbürgerlich-„dramatischen" Rebellion gegen die Partei, dem Bündnis mit den verschiedensten Abfallprodukten der ersten westeuropäischen Revolutions- und der gegenwärtigen Stabilisierungsperiode. In ihren Schriften gegen die Desorganisatoren der revolutionären Weltpartei hat die KPSU. die volle Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der KPD., die auf Grund ihrer Erfahrungen im Kampfe gegen Maslow die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit dieser Schritte bereits früher erkannt hat.

Kein Geld für Kriegsopfer und Rentenempfänger

Unfallversicherung und Genfer Abkommen

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages vom 17. November stand das Internationale Uebereinkommen zur Unfallversicherung zur Beratung. Die Regierung unterbreitete dem Ausschuß das Material zur Kenntnis und ließ durch Ministerialdirektor Grieser erklären, daß die deutsche Gesetzgebung im wesentlichen bereits dem Abkommen entspreche. Grieser stellte in seinen Ausführungen die Behauptung auf, daß in gewisser Hinsicht, z. B. bei den Leistungen der Unfallverhütung, die deutsche Gesetzgebung über das Abkommen hinausgehe.

Auf die Ausführungen Griesers antwortete die Genossin Arendsee mit treffenden Hinweisen sowohl auf die internationalen Beschlüsse als auf die deutsche Gesetzgebung. U. a. führte sie aus: Wir wissen, daß die internationalen Verhandlungen kapitalistischer Staaten wirkliche soziale Fortschritte nicht bringen. Der kommunistische Antrag, der die Einbeziehung des Gastwirtsgewerbes, der Krankenpfleger, Heilstätten und Laboratorien, des Feuerlöschwesens, der Theaterbetriebe und der Privathaushalte in die Unfallversicherung verlangt, ist von dem Vertreter der Regierung nicht mit einem Worte erwähnt worden. Dem Lob daß die Regierung der deutschen Unfallversicherung aussprach, können wir nicht beipflichten.

Im Gegensatz zu Grieser stellen wir fest, daß um einen Fall zu nennen, die deutsche Gesetzgebung bei der Festsetzung der Renten hinter den Bestimmungen des Genfer Abkommens zurückbleibt. Genossin Arendsee verwies dann weiter auf die skandalöse Behandlung der Landarbeiter, denen noch immer nicht der volle Jahresarbeitsverdienst bei der Berechnung der Renten zugrunde gelegt wird, sondern nur ein durchschnittlicher, der regelmäßig noch niedriger ist, als der ohnehin lächerliche Lohn eines Landarbeiters.

Ohne auf die sachlichen Feststellungen der Genossin Arendsee einzugehen, erklärte Grieser in seinem Schlußwort, daß die Verwirklichung der kommunistischen Forderungen finanziell nicht möglich sei.

Die Beratungen wurden vertagt, da die übrigen Parteien zu einer Stellungnahme nicht kommen konnten.

Aus dem Kriegsbeschädigtenausschuß

Nachdem am Dienstag, dem 15. November, die Generaldebatte abgebrochen war, wurde am Donnerstag, dem 17. November, in die Spezialberatung eingetreten. Abgeordneter Rosmann (Soz.) begründete die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Er führte aus: Wir weichen bei unseren Vorschlägen für die Erhöhung der Renten im § 27 nicht unerheblich von den Vorschlägen der Organisationen ab. Auch haben wir den Einbau der Schwerbeschädigten in unseren Vorschlag nicht vorgenommen. Kerschensteiner vom Arbeitsministerium ergreift in den Beratungen wiederholt das Wort. Er mußte zugeben, daß die Renten noch weit unter der Kaufkraft des Friedens liegen. Er war der Auffassung daß man keine Renten ohne Prüfung der Bedürftigkeit festsetzen könne. Genosse Weber begründete den Vorschlag zur Erhöhung der Renten wie er von der kommunistischen Fraktion gestellt war. Der Genosse Neddermeyer geht dann noch eingehend auf die Fragen ein, woher das Geld zu nehmen sei. Er betonte, daß man hunderte Millionen im Etat abstreichen könne, die heute für ganz überflüssige Posten verausgabt werden.

In der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Thiel (DVp.), Lothl (BVp.) und Knoll vom Zentrum. Sie wandten sich ganz entschieden gegen die Beseitigung und den Einbau der Ausgleichszulage. Sie waren der Auffassung, daß der Finanzminister erst gehört werden müßte. So wurde dann zum Schluß beschlossen, am Freitag dem 18. November den Finanzminister zu hören. Nachdem der Finanzminister erklären läßt, es ist kein Geld für die Kriegsopfer vorhanden, wird die Regierungsvorlage glatt durchgehen.

Hoffnung auf Weimarer Koalition

Der „Vorwärts" kann einen neuen „Triumph" feiern: In einer großen öffentlichen Zentrumskundgebung in Aachen sprach der Zentrumsabgeordnete Guéard über die Zentrumspolitik im letzten Jahre. Aus durchsichtigen wahlpolitischen Gründen ritt er eine „scharfe" Attacke gegen die Deutschnationalen. Er erklärte u. a.: „Wenn die schwarzweißrote Fahne, die wir ehren, von den Rechtsparteien als Parteifahne und als Symbol für den Wahlkampf mit dem versteckten Ziel der Wiederaufrichtung der Monarchie entfaltet werde, dann sei das Ende der Koalition da . . (!) Das Zentrum wolle mit allen wahren Hütern der Verfassung zusammenarbeiten. In dieser Beziehung betrachte er auch die SPD. als durchaus regierungsfähig. Er sei nicht für oder gegen die Sozialdemokratie. Er habe lediglich die Ueberzeugung, daß in Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne."

Das Stampfer-Organ will den Wahlkäder, den die Zentrumsführer auswerfen, um bei eventuellen Linkswahlen in neuer Koalitionspolitik mit der SPD. zu machen, nicht sehen. Ist doch alles Sehnen der reformistischen SPD.-Führer auf die Wiederaufrichtung der Weimarer Koalition mit Demokraten und dem Bürgerblock-Zentrum gerichtet.

Die Arbeiterschaft, auch große Teile der sozialdemokratischen, denkt anders!

Der Bürgerblock verteuert die Säuglingsnahrung

mit Hilfe der Preußen-Koalition — Die Lächerlichkeit der SPD.-Opposition

(WTB.) Berlin, 17. November.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollsitzung den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien. Dem Gesetzentwurf ist ein Artikel III angehängt, worin die Regierung die Erhöhung des autonomen deutschen Maiszolls von 3,20 auf 5 Mark vorgeschlagen hatte. Die Ausschüsse des Reichsrats hatten beschlossen, diesen Artikel abzulehnen.

In der Vollversammlung beantragte Ministerialdirektor Ritter namens der Reichsregierung die Wiederherstellung des Artikels III mit der Erhöhung des Maiszolls. Die namentliche Abstimmung ergab, daß die Regierungsvorlage mit 35 gegen 32 Stimmen wiederhergestellt wurde.

Der in der oben wiedergegebenen WTB.-Meldung angeführte Artikel III, der die Erhöhung des Maiszolles vorsieht, zeigt eine interessante Vorgeschichte auf. Anscheinend ist er ein Produkt des deutschnationalen Wirtschaftsministers Schiele, der auf diese Weise den Wünschen seiner Auftraggeber, der Brotverteuerer und Großagrarier, nachkommt. Während der Handelsvertrag nämlich den Zoll für Mais zur Viehfütterung, sofern er unter Zollsicherung eingeführt wird, auf 250 Mark für einen Doppelzentner herabsetzt, sollte der Zollsatz für den sogenannten Industriemais auf 3,20 Mark bestehen bleiben. Die Großagrarier haben nunmehr durch den Landwirtschaftsminister erreicht, daß durch eine geschickte Formulierung die Erhöhung des Zolles für Industriemais von 3,20 auf 5 Mark vorgenommen wird. Interessant ist hierbei, daß man an diesem praktischen Beispiel erneut feststellen kann, wie lächerlich **die auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz von deutscher Seite gegebenen feierlichen Versicherungen sind, keine Zollerhöhungen vornehmen zu wollen.** Gerade dieses wichtige Nahrungsmittel, das zur Herstellung billiger Kindernahrung gebraucht wird, wird hier in einer unerhörten und schamlosen Weise verteuert.

Das Allertollste ist aber folgendes: Die SPD. erhebt jetzt ein großes Geschrei über diese Zollerhöhung und mimt eine gewaltige Opposition. Was es damit auf sich hat, beweist die Tatsache, daß in den Vorberatungen der fraglichen Artikel III von den Ausschüssen zunächst gestrichen worden war. Bei der im Reichsrat vorgenommenen namentlichen Abstimmung ergab sich jetzt eine Mehrheit von drei Stimmen für den Antrag der Reichsregierung. Und zwar kamen dem Bürgerblock sechs preußische Provinzialvertreter, nämlich die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien, Oberschlesien und Westfalen zu Hilfe, die gegen die preußische Staatsregierung stimmten. Wenn nur die beiden, dem Zentrum angehörigen Mitglieder der Provinzen Oberschlesien und Westfalen für das Staatsministerium gestimmt hätten, so wäre die Zollerhöhung abgelehnt worden. Also auch hier wieder die Tatsache, daß Koalitionsfreunde der SPD. Arm in Arm mit den Großagrariern deren Lebensmittelwucherpolitik mitmachen. Wie gesagt, ist dieser Fall um so unerhörter, als hierdurch ein Nahrungsmittel getroffen wird, das außerordentlich wichtig und unentbehrlich für die Herstellung kräftiger und guter Kindernahrung ist. **Durch diese Verteuerung wird es Millionen proletarischer Eltern nicht mehr möglich sein, in ausreichendem Maße diese Nahrungsmittel für die Säuglinge und Kinder in den ersten Lebensjahren beschaffen zu können.**

Die „positive" Mitarbeit der nationalistischen Verbände

Nachdem der Stahlhelm vor einiger Zeit sich zur „positiven Mitarbeit" in der deutschen Republik und zur „Anerkennung" derselben ausgesprochen hat, folgt jetzt aus gleichen „Zweckmäßigkeitsgründen" der monarchistische Kyffhäuserbund. Im „Kyffhäuser", dem Zentralorgan der deutschen Kriegervereine, veröffentlicht sein erster Vorsitzender, General v. Horn, einen Artikel, in dem er sich zur Mitarbeit im Staate bekennt und darum in erster Linie auch die Achtung der Reichsfarben von den Mitgliedern des Kyffhäuserbundes verlangt. Es heißt da:

„Unser bisheriger Weg der strengen Ueberparteilichkeit(?), den wir unter unseren Bundesfarben gegangen sind, hat sich bewährt und als richtig erwiesen. Wir müssen unseren alten Farben treu bleiben, um unsere hohen Aufgaben lösen zu können... Wir müssen aber die Aufgaben der Gegenwart verstehen, uns zum Staate bekennen und deshalb auch die heutige Reichsflagge, solange sie besteht, als solche würdigen. Neben unseren Bundesfarben muß deshalb in Zukunft bei der Anwesenheit von staatlichen Vertretern auch schwarzweißrot gezeigt werden..."

Der „Vorwärts" triumphiert. „Der Aufsatz Horns ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß allmählich auch in den rechtsgerichteten Verbänden sich die Erkenntnis für die Staatsnotwendigkeit durchsetzt... (!!)"

Diese Einstellung des „Vorwärts" ist eine Folge der Verkennung der faschistischen Rolle dieser Verbände durch die Sozialdemokratie.

Radikalisierung in China

Gefangene werden befreit — Kämpfe bei Tientsin — Arbeiteraufstand in Kanton

Ueber die Vorgänge in China liegen keine einwandfreien und klaren Meldungen vor. Aus Hankau wird gemeldet, daß die Nanking-Truppen, die bekanntlich Hankau vor wenigen Tagen erobert, das Wutschang-Gefängnis erbrochen haben und annähernd tausend Gefangene befreiten. Unter diesen befindet sich eine große Anzahl Kommunisten, die zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt waren.

An der Eisenbahn Tientsin—Pukan, nördlich von Mingkuang, kam es angeblich zu erbitterten Kämpfen. 1100 Schwerverwundete sind gestern in Nanking eingetroffen. Wie verlautet, hat eine 60 000 Mann starke nationalistische Armee unter General Hojingtsching die Streitkräfte General Sunschuanfangs auf breiter Front angegriffen, wurde aber in Richtung Mingkuang zurückgeworfen. Ihre Verluste sind sehr hoch, besonders hat sie unter Maschinengewehrfeuer zu leiden gehabt. Die Nordtruppen haben die Verfolgung des geschlagenen Feindes unterlassen. Infolge dieser Niederlage mußten alle in Nanking stehenden Reserven der Südarmee zur Front entsandt werden.

Wie aus Schanghai verlautet, sind gestern abend in Kanton infolge eines Versuchs der Arbeiterpartei, sich unter der Führung Guangfatsais der Stadt zu bemächtigen, Unruhen ausgebrochen. Der Feuerkampf zwischen den gegnerischen Parteien dauerte die ganze Nacht und gewann immer mehr an Heftigkeit, gegen 4 Uhr früh erreichte er den Höhepunkt. Der Belagerungszustand wurde erklärt und die Tore des europäischen Viertels wurden geschlossen. Andere Meldungen besagen, daß die Arbeiterparteiler ihre Versuche, die Stadt einzunehmen, tatkräftig fortsetzen. Sie haben das Telegraphenamt besetzt. Mitglieder der Arbeitergewerkschaften verteilen Broschüren und rufen dabei: Nieder mit Litschaisun! (Litschaisun ist der Oberbefehlshaber in Kanton.)

Der Freispruch Manoilescus

Der Prozeß gegen den früheren rumänischen Unterstaatssekretär Manoilescu hat überraschenderweise mit dessen Freispruch geendet. Manoilescu war vor 14 Tagen an der rumänischen Grenze verhaftet worden. Es wurden bei ihm mehrere Briefe des Prinzen Carol beschlagnahmt. Das freisprechende Urteil, welches jetzt vor dem Kriegsgericht erfolgte, ist ohne Zweifel ein Zurückweichen der Regierung vor der Oppositionspartei. Die Zeitungen der Opposition, die dieses Urteil kommentieren, weisen gestern keinerlei Zensurierung auf.

Warnung!

RHP. Zwei Italiener, Theodore Mario, geboren 8. November 1890, und Rossi Miraletto, geboren 24. Januar 1882, haben versucht, sich als politische Flüchtlinge auszugeben und Unterstützung durch den Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands zu erhalten. Beide Italiener können als politische Flüchtlinge nicht betrachtet werden. Es ist zu erwarten, daß sie bei den Bezirksorganisationen und Ortsgruppen der Roten Hilfe vorsprechen und versuchen, Unterstützungen zu erhalten. Evtl. auch behaupten, vom Zentralvorstand oder den Bezirksvorständen geschickt zu werden. Alle diese Angaben sind völlig unzutreffend. Jegliche Unterstützung ist den beiden genannten Italienern zu verweigern. Wir bitten auch die anderen proletarischen Organisationen, von dieser Warnung Kenntnis zu nehmen und ihre Organisationen im Reiche anzuweisen, ebenfalls den beiden Italienern Mario und Miraletto keinerlei Unterstützung zu gewähren.

Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die nächste Sitzung des Deutschen Reichstages beginnt am 22. November.

Die Berufung des Malikverlages gegen das Urteil des Charlottenburger Schöffengerichtes, das dem Verlag verboten hatte auf der Titelseite des Buches „Der falsche Prinz" von Harry Domela das Bild des Prinzen Wilhelm zu veröffentlichen, wurde verworfen.

Der Himmelsgeneral besucht seinen Kollegen. Hindenburg nahm den Besuch des Generals der Heilsarmee Booth entgegen, der von seiner Tochter Mary Booth, Kommandeurin der Heilsarmee für Deutschland, begleitet war. Halleluja!

Das „8-Uhr-Abendblatt" brachte eine Meldung aus einer konterrevolutionären Quelle aus Warschau(!!), nach der — Trotzki von der SPU. in Moskau auf der Flucht erschossen worden sei. Dieser offensichtliche Schwindel, der allerdings den Wunsch seines Vater hat, sei der nationalistischen baltischen Revolverpresse zum Nachdruck empfohlen. Es ist ja nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum!

Sinowjew und Muralow sind von ihren Amtspflichten als Mitglieder des Präsidiums der Staatlichen Planwirtschaftskommission enthoben worden.

Adolf Joffe, Professor am Moskauer Institut für Orientforschung, hat sich erschossen. Der Grund zum Selbstmord ist Nervenzerrüttung.

Baldwin erklärte im Unterhause, daß er auf Grund der letzten Tumulte bei der Debatte über die Kohlenindustrie der Opposition keine Gelegenheit zur weiteren Erörterung dieser Frage geben werde.

Letzte Telegramme

Bergarbeiterstreik in Lothringen

(WTB.) Saarbrücken, 18. November.

Die „Saarbrücker Zeitung" meldet: Die Direktion der De Wendelschen Kohlengruben in Lothringen beabsichtigt, eine neue Arbeitsordnung einzuführen, die von den Bergarbeitern, weil sie eine Verlängerung der Arbeitszeit im Gefolge hätte, abgelehnt wurde. Um der Forderung auf Beibehaltung der alten Arbeitsordnung Nachdruck zu verschaffen, erklärte die Belegschaft des Schachtes „Gargan" am Mittwoch den passiven Widerstand. Daraufhin wurden 43 Bergarbeiter wegen Gehorsamsverweigerung von der Direktion sofort entlassen. Als die Forderung der Bergarbeiter auf Zurücknahme dieser Maßregelung abgelehnt wurde, traten am Mittwochmittag die Belegschaften sämtlicher De Wendelschen Schächte in den Solidaritätsstreik ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Die Reformbedürftigkeit der Ersatzkrankenkassen-Gesetzgebung

Von Bruno Sturm, Naumburg

Gelegentlich der Verhandlungen über die Arbeitslosen-Versicherung ist es im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wiederholt zu Zusamenstößen wegen der rechtlichen Stellung der Ersatzkrankenkassen gekommen. Es ist nicht zu leugnen, daß sich hier im Laufe der Zeit Mißstände herausgestellt haben, deren Erörterung und Beseitigung nicht nur im Interesse der Ersatzkrankenkassen-Mitglieder, sondern im Interesse der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft schlechtweg liegt.

Einer der hauptsächlichsten Mißstände ist die Tatsache, daß der Arbeitnehmer der Kasse gegenüber auch für Arbeitgeber-Beitrags-Anteile haftet, selbst dann, wenn für ihn keine Möglichkeit besteht, dieselben von seinem Arbeitgeber zurückzuerhalten, weil der Arbeitgeber inzwischen in Konkurs gegangen ist und eine Pfändung erfolglos sein würde. Bis zum Jahre 1922 war der Beitragseinzug der Ersatzkassen bekanntlich in der Weise geregelt, daß der Arbeitnehmer seinen Anteil an die Kasse zahlte, während die Kasse den Arbeitgeber-Anteil unmittelbar vom Arbeitgeber einzog. Bei der dann erfolgten Aenderung des Einzugsverfahrens (§ 520 RVO) haben es die Ersatzkrankenkassen verstanden, unter dem Anschein einer Vereinfachung des Verfahrens die Haftung auch für Arbeitgeber-Anteile auf den Arbeitnehmer abzuwälzen. Dem Schreiber dieses Artikels ist es infolgedessen passiert, daß er trotz regelmäßiger Beitragszahlungen nach Ablauf eines Jahres rund 100 Mk. an Krankenkassen-, und durch Schuld der Kasse versehentlich nicht erhobenen Erwerbslosenfürsorge-Beiträgen nachzahlen mußte. Das Ueberwachungrecht der Versicherungsämter betr. die ordnungsgemäße Einhaltung der Erwerbslosenfürsorge-Bestimmungen (Ausführungsvorschriften vom 2. Mai 1925 RGBl. I. S. 63 RABl.. Amtl. Teil, S. 189, Artikel 16, Absatz 5) wahrt lediglich das Interesse des Staates an ausreichendem und rechtzeitigen Beitragseinzug, muß aber vom Arbeitnehmer-Standpunkt aus als vollkommen ungenügend bezeichnet werden, weil die Möglichkeit einer Nachforderung von Beiträgen selbst nach Ablauf von Jahren, und ihre Pfändbarkeit eine außerordentliche Härte bedeutet. Wer auf kargen Lohn oder Gehalt angewiesen ist, wird verstehen, was es bedeutet, wenn auf Beiträge plötzlich 100 Mk. nachzuzahlen sind, die oft für einen Anzug nicht ohne weiteres erübrigt werden können.

Die augenblickliche geltende Gesetzgebung ermöglicht es sogar, daß ein Arbeitnehmer für die Zeit seiner eigenen Erwerbslosigkeit noch Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zahlen muß, nämlich dann, wenn er Erwerbslosenunterstützung nicht in Anspruch genommen hat, und mangels einer Stempelkarte seine Erwerbslosigkeit nicht ohne weiteres nachweisen kann. Dieser Zustand muß als geradezu grotesk und widersinnig bezeichnet werden. Wenn es dem Arbeitnehmer in der Mehrzahl der Fälle auch möglich sein wird, durch Zeugenvernehmung seine Erwerbslosigkeit nachzuweisen, so wird ihn erstens niemand auf seine Beweispflicht aufmerksam machen (darauf kommt er erst nach erfolgter Verurteilung); zweitens entspricht die Vernehmung von Zeugen nicht der heutigen „Belastung der Gerichte". Für die Gerichte bedeutet die Behandlung eines derartigen Streitfalles eine zeitraubende Lappalie, während für den Arbeitnehmer schon 10 Mk. bis 15 Mk. ein großer Betrag ist, den er zu anderen Sachen dringender braucht.

Bis zu einer Neuregelung der gesamten Ersatzkrankenkassen-Gesetzgebung ist daher vom Arbeitnehmer-Standpunkte folgendes zu fordern:

1. Wiederherstellung des früheren Zustandes, in dem Arbeitgeber-Anteile von der Ersatzkasse direkt vom Arbeitgeber einzuziehen sind, und in Streitfällen bezüglich des Arbeitgeber-Anteiles ausschließlich der Arbeitgeber in Anspruch zu nehmen ist (Aenderung des § 520 RVO.).
2. Die Ersatzkassen sollen für schuldhaft verspäteten Einzug von Krankenkassen- und Erwerbslosenfürsorge-Beiträgen nicht nur dem Staat gegenüber, sondern auch dem Versicherungsnehmer gegenüber haften. (Ausdehnung des Artikel 16 Absatz 3 der Ausführungsvorschriften vom 2. Mai 1925 RGBl. I, S. 63, Amtl. Teil, S. 189 und des entsprechen, den Paragraphen der RVO.)
   Soweit dies nicht zu erreichen ist, ist mindestens die Pfändbarkeit dieser Ansprüche zu beschränken, indem der § 119 RVO. hinter dem Worte „Berechtigten" folgenden Zusatz erhält: „sowie der Versicherungsträger einschließlich der Ersatzkassen".
3. Erlaß von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge bzw. -versicherung bei Vorlage einer einfachen eidesstattlichen Versicherung, mit der der Arbeitnehmer seine eigene Erwerbslosigkeit nachweist. Diese eidesstattliche Versicherung ist als beweiskräftig anzuerkennen, ein entsprechender Paragraph ist zu schaffen.

Es geht keinesfalls so weiter, daß der Arbeitnehmer bei nachträglichem Einzug durch Schuld der Kasse nicht erhobener Beiträge ausschließlich auf den guten Willen der Ersatzkasse angewiesen ist, die ihm Ratenzahlungen bewilligen, aber auch den Anspruch sofort pfänden kann. Bei der heutigen rechtlichen Besserstellung der Ersatzkassen, die den Interessen des Arbeitnehmers ganz und gar nicht entspricht, ist es schließlich kein Wunder, daß die Ersatzkassen, allen voran die Deutschnationale Krankenkasse, stolz auf ihre gute finanzielle Lage im Gegensatz zu den Pflichtkrankenkassen, hinweisen.

Süßwaren- und Schokoladenarbeiter!

Kämpft um höheren Lohn! — Nützt die Weihnachtskonjunktur aus!

Durch Schiedsspruch wurden die Löhne für die Schokoladen- und Süßwarenarbeiter und -arbeiterinnen bis 31. Januar 1928 festgelegt. Ab 1. Oktober sollten zum Ausgleich der Mietsteigerungen 2 Prozent Zulage gezahlt werden. Die ungeheure Preissteigerung für die notwendigsten Lebensbedürfnisse veranlaßte die Arbeiter in den verschiedensten Schokoladen- und Süßwaren-Betrieben Lohnforderungen zu stellen. Von der Branchenversammlung der Berliner Süßwarenindustrie wurden 25 Prozent gefordert. Der Hauptvorstand überreichte den Unternehmern eine Forderung von 10 Proz. Lohnerhöhung als zwischentarifliche Regelung. Er wurde dazu **von dem in Leipzig stattgefundenen Verbandstag ausdrücklich verpflichtet.** Bisher sind sämtliche Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert. Sie stützen sich auf den bestehenden Schiedsspruch und lehnen jede Lohnerhöhung ab. Der Hauptvorstand hat bisher nichts unternommen, um durch

Organisierung eines Kampfes

der Süßwarenarbeiter und -arbeiterinnen die Forderungen durchzusetzen. Ein Kampf hat aber gerade jetzt bei der günstigen Weihnachtskonjunktur dieser Industrie sehr viel Aussicht auf einen vollen Erfolg. Da der Hauptvorstand eine zentrale Bewegung sabotiert ist es notwendig, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen beginnen, in den Betrieben ihre Forderungen unmittelbar den Unternehmern zu überreichen und sich unter rücksichtsloser Ausnutzung der guten Weihnachtskonjunktur durch örtliche und betriebliche Bewegungen durchsetzen.

Das Vorbild der deutschen Reformisten

Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes

Der vor kurzem in Los Angeles beendete 47. Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften hat von allen Tagungen in der Geschichte dieser Organisationen den reaktionärsten Charakter offenbart. Obwohl die Gewerkschaftsbewegung von allen Seiten durch den kämpfenden Imperialismus bedrückt wird, zeigt sich, daß die Führerschaft sich vollkommen den Kapitalisten ausgeliefert hat. Es gibt keinen Ausdruck, der die tiefe Krisis der Arbeiterorganisation bezeichnen könnte.

Der Kongreß wurde vollkommen vom rechten Flügel beherrscht. Praktisch konnte die Opposition nicht auftreten. Dutzende von Delegierten waren frühere Sozialisten, die aber so beeinflußt waren, daß sie das Programm der Green und Wall (Präsidenten des Bundes) voll annahmen. Kommunistische Delegierte waren nicht vertreten. Einer, der von einer kleinen Gewerkschaft gewählt worden war, wurde nicht anerkannt.

Ein Kommunist, der verschiedene Delegierte zu veranlassen versuchte, eine fortschrittliche Resolution einzubringen, wurde von einem Detektiv verhaftet. Der Detektiv hatte ein Beglaubigungsschreiben des Kongresses.

Betriebsmord!

Verunglückter Eisenbahner

Heute morgen zwischen 6 und 7 Uhr verunglückte der Vorsteher von der Halle-Hettstedter-Eisenbahn Oskar Thiele in der Zuckerfabrik Schwittersdorf. Er trug erhebliche Kopfverletzungen davon. Nach Anlegung des ersten Notverbandes ordnete der Schwittersdorfer Arzt die sofortige Ueberweisung nach Halle an.

Der Kongreß war fast nur zusammengesetzt aus den höchsten Beamten der Gewerkschaften. **Die breite Mitgliedschaft war überhaupt nicht vertreten.** Das wäre auch nicht repräsentativ genug für die amerikanischen Gewerkschaften. Das alles geht vor sich, während die Arbeiter tausenderlei bedrückenden Fragen gegenüberstehen.

(Aus einem Artikel des amerikanischen Genossen Forster, erschienen im „Kampf" Nr. 21.)

In diesen Tagen erscheint:

Gewerkschaftliche Flugschriften Nr. 4:

„Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung"

von Walter Ulbricht

Inhalt:

1. Das Programm der Industriellen und des ADGB.
2. Wirtschaftslage und Kapitalisten-Offensive in Deutschland.
3. Die weltwirtschaftliche Lage und der kapitalistische „Ausweg"
4. Die wichtigsten Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe.
5. Wirtschaftsdemokratie statt revolutionärem Klassenkampf.
6. Die Wirtschaftsdemokratie in der Praxis.
7. Was tun?

56 Seiten; Preis 35 Pf.

Zu beziehen durch die Kolporteure, Literatur-Obleute, Buchhandlungen oder durch die Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.

Bergarbeiterstreik und Gewerkschaftsbureaukratie

A. B. **Die Grube „Golpa" fördert die Kohle für das Kraftwerk Zschornewitz, wo ihre Energie in Elektrizität verwandelt wird.** Ein erheblich großer Teil davon wird nach den „Bayrischen Stickstoffwerken" in Piesteritz geleitet, welche die elektrische Kraft als unentbehrlichen „Rohstoff" zur Kalistickstoff-, und neuerdings zur Phosphorproduktion verwenden. Bekannt dürfte sein, daß die Phosphorgewinnung zur Erzeugung des Nitrophoska, eines zurzeit vielversprechenden Mischdüngers, dient, das durch Vertrag mit der J. G. Farbenindustrie in dem Piesteritzer Stickstoffwerken hergestellt wird. Die Bayrischen Stickstoffwerke produzieren aber nicht als Besitzer, sondern als Pächter der Mitteldeutschen Stickstoffwerke, deren Aktien sich zum größten Teile in den Händen der Staatsregierung befinden. Uebrigens wurde das Werk während des Krieges aus Staatsmitteln erbaut, weshalb der Staat als größter Besitzteilhaber dasselbe Interesse an der Rentabilität des Werkes wie jeder kapitalistische Unternehmer hat. Der Pachtvertrag wurde deshalb abgeschlossen, weil die Staatsregierung eine bessere Ausbeutungsmöglichkeit durch eine Privatgesellschaft sah. Damit aber die dem Staate garantierte Pachtsumme auch aufgebracht werden kann, ist die Privatgesellschaft wohl oder übel gezwungen, vom Staate ausreichende Garantien zur Vermeidung von Betriebsstörungen, wie sie auch durch den Bergarbeiterstreik in Golpa hervorgerufen werden konnten, zu verlangen.

Der Sozialdemokrat Grützner als Schützer kapitalistischer Ausbeuter

Der mit beispielloser Wucht einsetzende Bergarbeiterstreik erfaßte auch die Belegschaft der Grube „Golpa", wobei die Kohlenförderung und damit auch die Strombelieferung nach den Bayrischen Stickstoffwerken völlig zu unterbrechen drohte. Der Staat und die J. G., die sich dadurch ebenfalls um ihre Pfründe bedroht sahen, mußten darum Vorbeugungsmittel ergreifen. Eines dieser Mittel war der Regierungspräsident Grützner, der während des Streiks am Mittwoch, dem 19. Oktober, in Zschornewitz erschien, und während der Verhandlung der Streikleitung erklärte: „Werden die Stickstoffwerke Piesteritz durch den Streik zum Stillstand gebracht, dann lasse ich Teno einsetzen." Das sagte ein Sozialdemokrat. Seine Freunde in den Gewerkschaften hatten aber die Stirn, über die Kommunisten deshalb zu heulmeiern, weil sie während des Streikes Grützner angegriffen haben. Es liegt absolut kein Grund zur Aufregung gegen die Kommunisten wegen ihrer Angriffe vor. Grützner und seine Freunde sind staatsbejahende Elemente, die den Bestand der Republik schützen wollen. Zu dem Bestand der Republik gehört aber auch das arbeiterfeindliche Braunkohlen- und Chemiekapital. Also schützen die Gewerkschaftsbureaukraten mitsamt Grützner auch dieses, solange sie die Republik schützen. Selbst die Erklärung eines Vertreters vom Maschinisten- und Heizerverband auf die Worte Grützners: „dann lehnen wir jede Verantwortung ab", ist und bleibt eine leere Geste, was wir auch in der Folge sehen werden.

Der Maschinisten- und Heizerverband

hatte ein Lohnabkommen mit dem Kraftwerk Zschornewitz abgeschlossen ohne Wissen der Belegschaft und ihrer Funktionäre. Interessant ist zu bemerken, daß schon vordem der Metallarbeiterverband versucht hatte, für seine Mitglieder eine Lohnzulage herauszuschinden, ohne den Maschinisten- und Heizerverband in Kenntnis zu setzen. Das Vorhaben scheiterte jedoch, worauf der Verband der Maschinisten und Heizer, ohne den Metallarbeiterverband in Kenntnis zu setzen, Lohnverhandlungen führte, die als Ergebnis für die Maschinisten 6 Pf. und für die Metallarbeiter 4 Pf. Lohnerhöhungen brachten. Der Lohntarif wurde mit Wirkung bis zum 31. März 1928 abgeschlossen. In einem Schreiben verzichtete der Maschinisten- und Heizerverband auf weitere Lohnerhöhung auch dann, falls durch den Bergarbeiterstreik höhere Forderungen erhoben und zum Abschluß kommen sollten. Wie aber der Ausgang des Streiks lehrte, sind die Maschinisten und Heizer, ganz besonders aber die Metallarbeiter, mit ihrer Lohnzulage gegenüber den Bergarbeitern ins Hintertreffen geraten, trotz des unzulänglichen Schiedsspruchs. Aber es kommt noch besser. Weil das Kraftwerk Zschornewitz die Lohnangelegenheit laut Vertrag als erledigt ansah, verlangte es auch Garantien für die Aufrechterhaltung des Betriebes während des Streiks. Der Maschinisten- und Heizerverband kam diesem Verlangen nach, indem er in einem weiteren Schreiben erklärte: **„Die Interessen des Kraftwerkes Zschornewitz werden während des Streiks entsprechende Berücksichtigung finden."** Somit konnte auch der Maschinisten- und Heizerverband kein Interesse an der Stillegung des Kraftwerkes haben, denn er stand, wie aus dem Schreiben zu entnehmen ist, während des Streiks auf seiten des Kapitals und nicht auf seiten der Bergarbeiter. Die vorliegenden Dinge wurden während des Streiks wohlweislich verschwiegen. Dafür aber in einigen Streikgebieten das alberne Märchen verbreitet, kommunistische Betriebsräte hätten auf die volle Belieferung der Bayrischen Stickstoffwerke mit Strom gedrungen und damit dem Kampfeswillen der Braunkohlenkumpels in Golpa eine Schranke entgegengestellt. Wie unzutreffend solche Behauptungen sind, kann aus den bisherigen Schilderungen leicht ersehen werden. Solche Methoden werden immer dann benutzt, wenn es sich darum handelt, die schädliche Politik der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaftsführer und Unternehmer zu verdecken. Daß es ihnen mehr an der Arbeitsgemeinschaft als an dem Kampf gelegen ist, geht auch aus der Berichterstattung durch die Vertreter des Bergarbeiterverbandes bei der

Versammlung in Golpa

am Sonntag, dem 23. Oktober, hervor. **Dort wurde ein Loblied auf den geschlossenen und disziplinierten Kampf der Bergarbeiter gesungen.** Jawohl, die Bergarbeiter haben gekämpft, sie können stolz darauf sein. Aber war das auch der ernste Wille der reformistischen Führer? Nein und abermals nein. Als nämlich unter Beifall die Neuaufnahme von 600 Mitgliedern in den Bergarbeiterverband bekanntgegeben wurde, zog einer der Redner folgenden Schluß: „Wären", so sagte er fast wörtlich — „die Kameraden vor dem Streik so gut organisiert gewesen als wie jetzt **so wäre es zu diesem Streik nicht gekommen. Der Arbeitsminister hätte dann in einem Schiedsspruch die Forderung in Anbetracht des Kräfteverhältnisses auch ohne Streik anerkennen müssen".** Da fragen wir uns: „Wo in aller Welt wird ein Sieg ohne Kampf entschieden?" Darauf kann geantwortet werden: „Wenn die Streitkräfte, die besiegt werden sollen, statt zu wachen im Schlafe liegen und dabei überrascht werden, oder sich kampflos ergeben, indem sie von vornherein auf jeden Kampf verzichten."

So beging auch dieser Berichterstatter einen Betrug an den Golpaer Kumpels, indem er den eigentlichen Zweck der Organisation, nämlich zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Kämpfe zu führen, in das Gegenteil umbog, und bei starker Organisation die Notwendigkeit des Kampfes in Frage stellte. Dafür lieferte auch der Berichterstatter aus dem Ruhrgebiet ein treffendes Beispiel. Er zitierte Lasalle, der sich bekanntlich über die verfluchte

Bedürfnislosigkeit der Arbeiter

entrüstete. Dennoch empfahl er die Annahme des Schiedsspruches und damit den Abbruch des Kampfes, der noch nicht einmal die bescheidensten Bedürfnisse der Bergkumpels erfüllte, sie also um die Früchte des Kampfes betrog. Der Sinn der ganzen Berichterstattung durch die reformistischen Führer läßt sich in folgende Formel kleiden: „Kampf bedeutet Niederlage und der Verzicht auf den Kampf bedeutet Sieg." Eine Theorie, die nur noch Raum für das Kampfgeschrei übrig läßt, um die Kumpels zu betäuben, damit sie kampfunfähig gemacht und genötigt werden, ihre scharfen Waffen in die Hände ihrer Klassenfeinde zu liefern.

Sollen nun die Bergkumpels Vertrauen zu ihren Gewerkschaften haben?

Wir Kommunisten sagen ja und tausendmal ja, denn die Organisation dient dem proletarischen Klassenkampf. Das haben die Kumpels auch während des Streikes erkannt und sich auf seiten der Organisation geschlagen. Andererseits aber sagen wir: „Größtes Mißtrauen den reformistischen Gewerkschaftsführern und ihre Beseitigung dann, wenn sie den wahren Zweck der Organisation mißbrauchen, indem sie den Kampf vermeiden wollen." Diese Lehre möge aus dem Bergarbeiterstreik gezogen und danach gehandelt werden.

Konsumverein Giesen und Umg.
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Sonntag den 27. November 1927
nachmittags 2 Uhr im Gasthof Ennewitz
außerordentliche
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Abänderung des § 4 des Statuts
2. Wahl eines Geschäftsführers
3. Wahl eines Kassierers
4. Anträge d. Mitglieder nach § 41 d. Statuts
5. Verschiedenes
*3286 Für den Aufsichtsrat: Otto Fuchs

Für den Winter
Filzschuhe u. Filzpantoffeln
in Riesenauswahl und preiswert bei
G. Wegner, Piesteritz
Coswiger Straße 182 *3298

Emil Wunderlich, Weißenfels, Markt 4
Für das Weihnachtsfest:
Oberhemden, Selbstbinder, Hosenträger, Unterhosen,
Pullover, Sportjacken, Woll- und Weißwaren
Karl Wunderlich, Weißenfels, Jüdenstr. 41

Bekanntmachung
Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung eines neuen Bebauungs- und Höhenplanes für das Gebiet nördlich der Mötzlicher Straße, östlich der Ortslage Trotha.
Halle, den 14. November 1927.
Der Magistrat.

Werbt f. d. Klassenkampf

Die gute Zigarre!
bei H. Lilzy Lange Str. 7

Arbeiter-Sportverein Wittenberg
*3297
Zu unserem am Sonntag dem 20. Nov. im „Gewerkschaftshaus" stattfindenden
Werbeabend
laden wir hierdurch alle Freunde und Gönner der Arbeiter-Sportbewegung herzlichst ein
Kassenöffnung 6 Uhr — Anfang 7 Uhr
Eintritt 30 Pf. Der Vorstand

Restaurant
Händler-Börse, Zeitz
Stephanstraße 40 a *3290
Empfehle meine Lokalitäten. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Heute Freitag, und Sonnabend
Salzknochen mit Kraut
Selbstgebackene Pfannkuchen
Adolf Schumann u. Frau

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlung

Anzüge, Mäntel,
Arbeits- und Berufskleidung
kauft man [288
am besten und billigsten bei
E. Bendheim Nachf.
Wittenberg, Markt 25

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0003

1000 (eintausend) Mäntel

werden halb verschenkt!

Der Serien-Verkauf beginnt Sonnabend 19. Novbr. morgens 8 Uhr

Diese Gelegenheit müssen Sie wahrnehmen, das gibt es nur einmal!

Wir haben aus unserem bekannt unerschöpflich großen Lager, welches stets nur letzte Neuheiten enthält

1000 feinste Ottomane-Mäntel

zu einer Serie zusammengestellt, in der Sie Alles, aber auch Alles, was Sie sich nur wünschen, finden werden

Wie hoch auch Ihre Ansprüche gestellt sind, Sie werden für **die Hälfte des Preises,** den Sie sonst auszugeben gewohnt sind, voll und ganz befriedigt werden. Die Serien für Mark

29 Serie I **39** Serie II **49** Serie III **59** Serie IV **69** Serie V

enthalten für diese Preise soviel Unwahrscheinliches, daß wir auf nähere Angaben verzichten müssen

Wir erwarten das Urteil unserer Kundinnen!

Diese kurze Treppe führt zu

Mäntel-Hermann im Hochparterre

Große Ulrichstraße 54 :: Kein Laden

Auf **Teilzahlung** liefern wir **Möbel**

Polsterwaren
Reformbetten
Herren- u. Damenkonfektion
Schuhwaren
Wäsche

Kleine Anzahlung
Wöchentlich RM. 3,— bis RM. 5,—
nur im
Waren Kreditgeschäft „Merkur" G. m. b. H.
Halle, Gr. Ulrichstr. 4/5, I. Etage

Werbt Leser für unsere Presse!

Sprechapparate
auf Teilzahlung
Wochenrate RM. 3.—
Reichhalt. Plattenlager
Karl Möller
Schmeerstraße 1

Unser

Serien-Verkauf

Schlußtage Freitag u. Sonnabend

Wie immer auf **Teilzahlung**

Zu diesen Preisen ohne Aufschlag und ohne Zinsberechnung!
Sie haben 16 Wochen Zeit zum zahlen!
Wir bieten Ihnen:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Ulster Paletot Anzug — Anzahlung 7,-	Ulster Paletot Anzug — Anzahlung 10,-	Ulster Paletot Anzug — Anzahlung 12,-	Ulster Paletot Anzug — Anzahlung 15,-	Ulster Paletot Anzug — Anzahlung 18,-

Halle a. S. Neumarktstraße 6 — **Franz Mettner** G. m. b. H. — **Merseburg** Weißenfelser Straße 6 — **Eisleben** Sangerhäuser Straße 7

Stadt-Theater
Freitag, 20 Uhr
Faust
Sonntag, 21 Uhr
Der Zarewitsch

Rakete
Das Haus der guten Kleinkunst
Eine Auslese erster Künstler u. Künstlerinnen im neuen Spielplan
Sensations-Ballett
Ganesa—Lorany Hell mit Ale en chiangen
5 Damen, 2 Herren
Außerdem der übrige erstklassige Spielplan

Walhalla
Anfang 8 Uhr
Der große Erfolg
„Ein Abend im Mai"
Ausstattungs-Operette in 12 Bildern
Vorher: der erstklassige Varieté Teil

Herren-Wintermäntel
von 13,— Mk. an
Große Auswahl
Landgraf
Schmeerstr. 17/18

Berthos, Kommode, Spiegel m. Schr. bill. verk. Sputtersdorf 21 I

Inserenten, fordert Offerten über Drucksachen ein!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0004

Westeuropäische Arbeiter bei Stalin

Fragen und Antworten über die Probleme der Sowjetmacht und des sozialistischen Aufbaues

(Inprekorr.) **Moskau**, 16. November.

Die Unterredung des Genossen Stalin mit den ausländischen Arbeiterdelegationen nahm zum Schluß folgenden Verlauf:

Frage: Auf welche Weise gedenkt die Sowjetregierung gegen die ausländischen Naphtha-Firmen zu kämpfen?

Antwort des Genossen Stalin:

Ich glaube, daß die Frage falsch gestellt ist. Bei einer solchen Fragestellung kann man der Meinung sein, daß die Sowjet-Naphtha-Industrie die Absicht habe, eine Attacke auf Naphtha-Firmen in anderen Ländern zu eröffnen, und daß sie dies tun wolle, um sie zu stürzen und zu liquidieren. In Wirklichkeit sind bekannte Naphtha-Unternehmungen kapitalistischer Länder bestrebt, die Sowjet-Naphtha-Industrie auf dem Weltmarkte zu erdrosseln, da diese sowohl was den Umfang der Naphtha-Gewinnung als auch was die Marktverbindungen betrifft, schwächer ist, als die Naphtha-Industrie der kapitalistischen Länder. Dagegen wehrt sich die Sowjet-Naphtha-Industrie, wehrt sich durch die qualitative Erhöhung der Produktion, sowie vor allem durch die Herabsetzung der Naphtha-Preise. Die Sowjet-Naphtha-Industrie ist keine kapitalistische Industrie und bedarf deshalb nicht irrsinniger Extraprofite. Ueberhaupt wirken die Sowjetwaren, insbesondere das Sowjet-Naphtha, auf dem Weltmarkte als ein Faktor, der die Preise herabsetzt und dadurch die Lage der Verbrauchermassen erleichtert. **Das ist das Geheimnis, weshalb die Naphtha-Industriellen aller Länder, insbesondere Herr Deterding, aus vollem Halse gegen die Sowjets und gegen die Sowjet-Naphtha-Industrie zetern, wobei sie ihre Politik der hohen Naphtha-Preise und der Ausplünderung der Verbrauchermassen mit allerlei heuchlerischen Phrasen von „kommunistischer Propaganda" verschleiern.**

Frage: Wie denken Sie, den Kollektivismus in der Bauernfrage zu verwirklichen?

Antwort des Genossen Stalin:

Wir gedenken den Kollektivismus in der Bauernfrage allmählich durch Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller, kultureller und politischer Natur zu verwirklichen. Ich glaube, daß die interessanteste Frage, die Frage der wirtschaftlichen Maßnahmen ist. Auf diesem Gebiete verlaufen unsere Maßnahmen auf drei Linien: Erstens: auf der Linie der Organisierung individueller Bauernwirtschaften zu Genossenschaftsverbänden. Zweitens: auf der Linie der Organisierung von Bauernwirtschaften — in erster Linie armer Bauernwirtschaften — zu Produktionsgenossenschaften und schließlich auf der Linie der Erfassung der Bauernwirtschaften durch die planwirtschaftlichen und regulierenden Staatsorgane, sowohl was den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, als auch was die Versorgung der Bauernschaft mit den notwendigen Industrieprodukten betrifft. Im Warenumsatze zwischen Stadt und Land kann jetzt die Rolle des Genossenschaftswesens und der staatlichen Handelsorgane nicht nur als eine überwiegende, sondern auch als eine dominierende, wenn nicht als eine monopolistische betrachtet werden. In bezug auf die Belieferung des Dorfes mit Manufakturwaren beträgt der Anteil der Genossenschaften und der Staatsorgane über 70 Prozent. Bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen beträgt der Anteil der Genossenschaften und der Staatsorgane fast 100 Prozent. Beim Ankauf des Getreides beträgt der Anteil der Genossenschaften und Staatsorgane über 80 Prozent, beim Ankauf von Rohstoffen für die Industrie, wie Baumwolle, Zuckerrüben usw. nahezu 100 Prozent.

Dies bedeutet, daß im Dorfe günstige Bedingungen geschaffen werden für die Liquidierung der kapitalistischen Elemente, für die weitere Beschränkung und Ueberwindung des Kulakentums, für die Organisierung der werktätigen Bauernwirtschaften zu Produktionsgenossenschaften, für die Finanzierung dieser Genossenschaften durch den Staat.

Nehmen wir beispielsweise die Produktion von Zuckerrüben für die Zuckerindustrie und die Produktion von Baumwolle für die Textilindustrie. Der Umfang der Produktion dieser Rohstoffe, wie auch die Bestimmung ihrer Qualität und ihrer Preise, werden nicht spontan im Getriebe der Kräfte des nichtorganisierten Marktes durch Schieber, Vermittler usw. bestimmt, sondern planmäßig durch bestimmte Vorverträge zwischen Zucker- und Textilsyndikaten einerseits und zwischen zehntausenden Bauernwirtschaften, die in Zuckerrüben und Baumwolle bauenden Genossenschaften zusammengefaßt sind, andererseits. Man kann nicht sagen, daß auch andere Wirtschaftszweige bereits eine derartige Entwicklungsstufe erreicht haben. Doch kann man mit Gewißheit behaupten, daß alle Landwirtschaftszweige, darunter auch die Getreideproduktion, allmählich diesen Entwicklungsweg betreten werden.

Und dieser Weg ist der direkte Uebergang zur Kollektivisierung der Landwirtschaft.

Die allumfassende Kollektivisierung wird erst eintreten, wenn die Bauernwirtschaften auf neuer technischer Basis, im Rahmen der Mechanisierung und Elektrifizierung umgestaltet und die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft von den Gewerkschaftsorganisationen erfaßt sein werden, wenn die Mehrheit der Dörfer von einem Netze landwirtschaftlicher Genossenschaften kollektivistischen Charakters bedeckt sein wird. In dieser Richtung geht es. Doch ist dieses Ziel noch nicht erreicht und wird sobald auch nicht erreicht sein. Karl Marx hat gesagt, daß sich keine einzige neue soziale Ordnung in der Geschichte festigte, ohne daß sie intensiv, unter Anwendung von hunderten und abermals hunderten Millionen finanziert worden ist. Ich glaube, daß wir schon in jene Entwicklungsphase der Landwirtschaft eintreten, wo der Staat die Möglichkeit erlangt, eine neue soziale Ordnung energisch zu finanzieren. Es ist eine Tatsache, daß die sozialistische Industrie bereits das führende Element in der Volkswirtschaft geworden ist und die Landwirtschaft leitet, und diese Tatsache ist die sicherste Gewähr dafür, daß die Bauernwirtschaft auf dem Wege der weiteren Kollektivisierung vorwärtsschreiten wird.

Frage: Was waren die Hauptschwierigkeiten beim Kriegskommunismus, als man das Geld abzuschaffen versuchte?

Antwort des Genossen Stalin:

Die Industrie der Sowjetunion, mit Ausnahme der Kriegsindustrie, war zerstört und gelähmt. Die Landwirtschaft hinkte. Einen geordneten, vermittelnden Handelsapparat der Sowjets zwischen Staat und Land gab es gar nicht oder fast gar nicht. Dennoch hat sich nach der Beendigung des Bürgerkrieges und nach der Einführung der Neuen Oekonomischen Politik die Wirtschaftslage des Landes radikal geändert. Die Industrie entwickelte sich, erstarkte und nahm eine dominierende Stellung in der ganzen Volkswirtschaft ein. In den letzten zwei Jahren gelang es uns, in der Industrie über zwei Milliarden Rubel aus eigenen Mitteln ohne irgendwelche Außenanleihen zu investieren. Die Genossenschaften und die staatlichen Handelsorgane haben sich derart entwickelt, daß sie im Warenumsatze des Landes eine dominierende Stellung einnahmen.

Die erzielten Leistungen sind ausreichend, um auf dem Wege erfolgreichen sozialistischen Aufbaues weiter fortzuschreiten.

Jetzt müssen wir unsere Industrie neu ausrüsten und neue Fabriken auf einer neuen technischen Basis bauen. Wir müssen die landwirtschaftliche Kultur heben und einen solchen, vermittelnden Distributionsapparat zwischen Stadt und Land errichten, daß er imstande ist, den Bedürfnissen von Stadt und Land Rechnung zu tragen und sie zu befriedigen. Wenn wir all dies erreicht haben, wird voraussichtlich die Zeit eintreten, in der kein Geld mehr nötig ist. Doch bis dahin ist es noch weit.

Frage: Wie steht es mit der „Schere"?

Antwort des Genossen Stalin:

Unsere Industriewaren werden noch immer etwas teurer verkauft, als sie unter anderen Verhältnissen verkauft

Tagesordnung des 15. Kongresses der KPdSU.

(WTB.) **Moskau**, 17. November.

Der 15. Kongreß der Kommunistischen Partei der Union der Sowjetrepubliken ist auf den 1. Dezember in Moskau anberaumt worden. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte des Zentralkomitees, der Zentralkontrollkommission, der Zentralrevisionskommission, der Bericht der Delegation der Kommunistischen Partei im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Direktiven zur Aufstellung des fünfjährigen Volkswirtschaftsplanes, Fragen der Arbeit auf dem Dorfe, Wahlen für die Zentrale der Parteiinstanzen.

Es gibt noch Überraschungen!

Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette ohne Mundstück hat alle Raucher aufgerüttelt, die gleichgültigen und die verwöhnten. / Ja, ist denn das möglich: für 4 Pfennige eine vollwertige, überaus milde Zigarette von köstlichster Eigenart? / Es ist möglich! Allerdings: die Packung mußten wir schmucklos einfach halten. Aber den Tabak haben wir uns etwas kosten lassen! / Auch der Laie, auch der Gelegenheitsraucher merkt sofort, daß Massary-Privat eine ganz außergewöhnliche Leistung verkörpert. Machen Sie einen Versuch: Sie werden aufs angenehmste überrascht sein.

Massary-Privat ohne Mundstück

rund u. flach 4 Pf mild u. blumig

Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0005

werden könnten. Dies ist auf die Jugend unserer Industrie und auf die Notwendigkeit zurückzuführen, sie gegen außen zu schützen und für sie die Bedingungen zu schaffen, die ihre Entwicklung beschleunigen können. Ihre rasche Entwicklung ist jedoch sowohl für die Stadt wie für das flache Land notwendig. Damit dieses Minus für die Bauernwirtschaft behoben werde, haben sich die Regierung und die Partei das Ziel gesetzt, eine Politik des allmählichen, doch unaufhaltsamen Preisabbaus für die Industriewaren durchzuführen.

Im letzten Jahre ist es gelungen, die Kleinhandelspreise für Industriewaren um 8 bis 10 Prozent herabzusetzen.

Die Industrieorganisationen reduzieren systematisch die Gestehungskosten und die Preise der Industriewaren. Die Politik der unaufhaltsamen Herabsetzung der Preise der Industriewaren ist jener Kernpunkt unserer Wirtschaftspolitik, ohne den weder eine Verbesserung und Rationalisierung unserer Industriewirtschaft noch die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft denkbar ist.

Frage: Welches sind die Vorschläge der Sowjetregierung an die französischen kleinen Anleihebesitzer in Bezug auf die Schulden? Wie informiert man die französischen Rentner darüber?

Antwort des Genossen Stalin:

Unsere Vorschläge in bezug auf die Vorkriegsschulden sind im bekannten Interview Rakowskis bekanntgegeben. Sie werden von der gleichzeitigen Kreditbewilligung an die Sowjetunion abhängig gemacht. Wir halten uns hier an den bekannten Grundsatz: Gibst Du, so gebe ich. Indem das bekannte Dekret über die Annullierung der zaristischen Schulden in Kraft bleibt, sind wir zugleich bereit, im Rahmen eines praktischen Uebereinkommens etwas von den Kriegsschulden zu bezahlen, wenn man uns dafür die für uns notwendigen und für die Industrie nützlichen Kredite gewährt.

Die Zahlungen für die Schulden betrachten wir als Ergänzungszinsen für Kredite, die wir zur Entwicklung unserer Industrie erhalten.

Man spricht von den Kriegsschulden des zaristischen Rußland und von verschiedenen Ansprüchen an die Sowjetunion, die mit den Ergebnissen der Oktober-Revolution zusammenhängen. Doch man vergißt, daß unsere Revolution eine grundsätzliche Regierung imperialistischer Kriege und der damit verknüpften zaristischen Schulden ist. Die Sowjetunion kann und wird nicht für Kriegsschulden zahlen. Man vergißt außerdem, daß die Sowjetunion jenen Raub und jene Gewalttaten, denen das Land einige Jahre hindurch während der Intervention ausländischer Staaten ausgesetzt war und mit denen die bekannten Gegenansprüche der Sowjetunion zusammenhängen, nicht von der Rechnung streichen kann. Die imperialistischen Rädelsführer sind geneigt, diese unangenehmen Dinge aus dem Gedächtnis zu streichen. Doch sie müssen wissen, daß man solche Dinge nicht vergißt.

Frage: Wie ist das Branntweinmonopol mit der Bekämpfung des Alkoholismus in Einklang zu bringen?

Antwort des Genossen Stalin:

Hier liegt unzweifelhaft ein Widerspruch vor. Die Partei kennt diesen Widerspruch und ist darauf bewußt eingegangen, da sie weiß, daß die Zulassung eines derartigen Widerspruches im gegenwärtigen Augenblicke das kleinste Uebel ist. Als wir das Branntweinmonopol einführten, stand vor uns folgende Alternative: Sklaven der Kapitalisten zu werden, ihnen eine Reihe der wichtigsten Fabriken und Werke zu übergeben und dafür gewisse notwendige Geldmittel zu erlangen, oder aber das Branntweinmonopol einzuführen, um aus eigenen Kräften die notwendigen Betriebsmittel für die Entwicklung unserer Industrie zu erlangen. Die Mitglieder des Zentralkomitees, darunter auch ich, hatten damals eine Unterredung mit Lenin, der erkannte, daß man im Falle der Nichterlangung der notwendigen Anleihen von auswärts offen und direkt auf das Branntweinmonopol als ein zeitweiliges Mittel außerordentlicher Art eingehen müsse. Wir haben deshalb das kleinere Uebel vorgezogen.

Jetzt wirft der Branntwein Einnahmen von über 500 Millionen Rubel ab. Auf den Branntwein verzichten, heißt, auf diese Einnahmen verzichten, wobei keine Veranlassung gegeben ist, zu behaupten, daß der Alkoholismus sich verringern werde, da der Bauer beginnen würde, eigenen Branntwein zu erzeugen, sich durch Hausbranntwein zu vergiften.

Eine gewisse Rolle spielen hierin offenbar ernste Mängel in bezug auf die kulturelle Entwicklung des Dorfes. Würde der Branntwein an Privatleute übergeben werden, so würde das erstens eine Verstärkung des Privatkapitals herbeiführen, zweitens wäre die Regierung der Möglichkeit beraubt, die Erzeugung und den Gebrauch von Branntwein gebührend zu regulieren und drittens würde dies die Einstellung der Erzeugung und des Verbrauches von Branntwein in der nächsten Zeit erschweren. Gegenwärtig gipfelt unsere Politik darin, allmählich die Erzeugung von Branntwein einzustellen.

Ich glaube, daß es uns in der nächsten Zeit gelingen wird, das Branntweinmonopol ganz abzuschaffen, die Spriterzeugung auf das zu technischen Zwecken notwendige Mindestmaß herabzusetzen und sodann den Branntweinverkauf vollkommen einzustellen.

Ich glaube, daß wir wohl weder mit dem Branntwein noch mit vielen anderen unengenehmen Dingen etwas zu schaffen hätten, wenn die westeuropäischen Proletarier die Macht in ihre Hände bekommen und uns die nötige Hilfe erwiesen hätten. Unsere westeuropäischen Brüder wollen vorläufig nicht die Macht ergreifen, und wir sind gezwungen, uns mit eigenen Mitteln durchzuhelfen. Doch dies ist nicht unsere Schuld. Dies ist Schicksal . . . (Heiterkeit, Beifall).

Frage: Was ist es mit den Gerichtsbefugnissen der Politischen Staatlichen Verwaltung (GPU), gibt es Verhandlungen ohne Zeugen und ohne Verteidiger, gibt es geheime Verhaftungen, und ist nicht eine Aenderung oder Einstellung dieser Maßnahmen beabsichtigt?

Antwort des Genossen Stalin:

Die Staatliche Politische Verwaltung ist ein Straforgan. Dieses Organ ist mehr oder minder analog dem Komitee für Oeffentliche Sicherheit, das während der großen französischen Revolution geschaffen wurde.

Es bestraft vorrehmlich Spione, Verschwörer, Terroristen, Banditen, Schieber und Falschmünzer. Es stellt eine Art politischen Kriegstribunals dar, das zum Schutze der Interessen der Revolution gegen Anschläge seitens konterrevolutionärer Bourgeois und ihrer Agenten geschaffen wurde. Dieses Organ der Oktober-Revolution wurde am nachfolgenden Tage geschaffen, als sich verschiedene Verschwörer, Terroristen- und Spionageorganisationen, die von russischen und ausländischen Kapitalisten finanziert wurden, bemerkbar machten. Dieses Organ entwickelte sich und erstarkte nach einer Reihe terroristischer Akte gegen Führer der Sowjetmacht, nach der Ermordung des Genossen Uritzki, Mitglied des Revolutionskomitees von Leningrad, durch einen Sozialrevolutionär, nach der Ermordung des Genossen Wolodarski, Mitglied des Revolutionskomitees von Leningrad, ebenfalls durch einen Sozialrevolutionär und nach dem Attentat auf Lenin (er wurde von einem Mitgliede der Sozialrevolutionären Partei verletzt).

Die KP. Frankreichs gegen die Opposition

Treint aus dem ZK. ausgeschlossen, die anderen Oppositionsführer verwarnt

Das Zentralkomitee der KP. Frankreichs hat in seiner Sitzung vom 9. November folgende Resolution über die Opposition gefaßt, die in der „Humanité" vom 12. d. M. veröffentlicht wird:

„Das ZK. brandmarkt die fortdauernde fraktionelle Tätigkeit die die russische Opposition trotz wiederholter Warnungen fortsetzt."

In ihrer Feindschaft gegen die grundsätzliche Linie der KP. der USSR. und der Komintern versteigt sie sich zu den ärgsten Verstößen gegen die elementarste Disziplin und sogar dazu, **die Grundlagen einer zweiten Partei zu legen,** die in Worten links, in Wirklichkeit menschewistisch sein soll.

Die KP. der USSR. und die Komintern, die eine richtige und leninistische Politik betreiben, haben die Pflicht, **die Treibereien der Opposition nicht weiter zu dulden,** nachdem diese die von ihr eingegangene Verpflichtung auf Respektierung der Parteidisziplin gebrochen und die Versuche, sie auf den richtigen Weg zurückzuführen, mit verstärkten Attacken beantwortet hat. Diese Pflicht der KP. der USSR und der Komintern erwachsen aus der Notwendigkeit, die Verteidigung und den Sieg der Revolution zu sichern.

Das ZK. der KPF. billigt daher vollkommen die von der KP. der USSR. und der Komintern gegen die Führer der Opposition getroffenen Maßnahmen, insbesondere auch den Ausschluß Trotzkis und Sinowjews aus dem ZK.

Das ZK. teilt öffentlich mit, daß die russische Opposition ihre fraktionelle und parteifeindliche Tätigkeit im internationalen Maßstab auszudehnen versucht. **Sie verbündet sich zu diesem Zwecke mit den tausendmal aus der Komintern ausgeschlossenen Elementen wie Ruth Fischer und Maslow in Deutschland, liquidatorische Elemente in Oesterreich, Souvarin und Monatte in Frankreich.** Sie sucht auf diese Weise in jeder Partei eine Fraktion aufzuziehen, die im selben desorganisatorischen Sinne wirken soll, wie sie selbst.

In Frankreich hat Treint insbesondere seit seiner Rückkehr nicht aufgehört, sich fraktionell zu betätigen.

Er hat z. B. vor der Sitzung des Zentralkomitees im August dem Genossen Lebourdier die Abschrift eines Briefes an die Exekutive der Komintern übergeben, ohne daß die Parteileitung von diesem Brief informiert gewesen wäre. **Er hat, im Einverständnis mit der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, mit der Gruppe Bordigas in Frankreich Verhandlungen aufgenommen.** Er versuchte, mit Hilfe des Genossen Barré die Adressen der verantwortlichen Gewerkschaftsgenossen des 20. Bezirks der Unitären Gewerkschaften zu erlangen. Er hat unter dem Namen Gaston Fossecaves in einer „Die linke Opposition und die Komintern" betitelten Broschüre Dokumente der Opposition veröffentlicht und in Frankreich verbreitet. Schließlich versuchte er, das Organ des AMAC. (französischer Frontkämpferbund) zur Unterstützung der Politik Trotzkis zu benutzen.

Solche Praktiken leisten ohne Zweifel eine ausgesprochene fraktionelle Tätigkeit dar.

Treint hat in der Sitzung des ZK. vom 11. September die Verpflichtung übernommen, seine Auffassungen in einer objektiven, weniger beschimpfenden und beleidigenden Form vorzubringen, als er das im ZK. im August getan hat. Er hat aber diese Verpflichtung nicht eingehalten.

Seine Erklärungen im September-ZK. sind zwar in der Form abgeschwächt, bedeuten aber eine Solidarisierung mit den schlimmsten Attacken der Opposition gegen die Komintern und die KP. der USSR. Der Geist und die politische Linie seiner Erklärungen standen im schärfsten Gegensatz zur grundsätzlichen Linie der Komintern und unserer Partei, in dem Maße, daß sie durch die Reden gaten vom Typ Maslows und den Liquidatoren in Deutschland und Oesterreich publiziert und verbreitet worden sind.

Es steht daher außer Zweifel, daß der vom Pol-Büreau im September gemachte Antrag, Treint aus dem ZK. auszuschließen, vollkommen gerechtfertigt ist durch die angeführte neue fraktionelle Tätigkeit, deren außerordentlich schwerwiegender Charakter dem ZK. voll bewußt ist.

Folglich beschließt das ZK., Treint aus dem ZK. auszuschließen, und erklärt, daß diese Maßregelung von ihm als eine höchste Warnung aufzufassen ist. **Gleichzeitig verlangt das ZK. von der Kominiern den Ausschluß Treinis aus der Exekutive.**

Im übrigen richtet das ZK. an Treint, Barré, Gaston Fossevace sowie die Genossen George Birard, Delfosse, Paz, Hosfeld und Madelein Marx, die sich in fraktioneller Weise öffentlich mit der russischen Opposition solidarisiert haben, die Aufforderung, sofort jede fraktionelle Tätigkeit einzustellen, ansonsten der Zentralen Kontrollkommission der Vorschlag **auf ihren Ausschluß gemacht werden wird."**

Man muß anerkennen, daß die Politische Staatliche Verwaltung die Feinde der Revolution mit scharfen und sicheren Schlägen traf. Uebrigens hat sie diese Eigenschaft auch bis zuletzt bewahrt. Seitdem ist die Politische Staatliche Verwaltung der Schrecken der Bourgeoisie, der wachsame Hüter der Revolution und das blanke Schwert des Proletariats. Deshalb kann es nicht Wunder nehmen, daß die Bourgeois aller Länder einen tierischen Haß gegenüber der Politischen Staatlichen Verwaltung empfinden. Alle erdenklichen Märchen und Verleumdungen über die Staatliche Politische Verwaltung werden ersonnen. Dafür aber empfinden die Arbeiter für die Politische Staatliche Verwaltung Hochachtung. Man predigte höchste Milde und schlägt vor, die Staatliche Politische Verwaltung abzuschaffen. Kann man aber dafür bürgen, daß nach der Abschaffung der Staatlichen Politischen Verwaltung die Kapitalisten aller Länder auf die Organisierung und Finanzierung von konterrevolutionären Verschwörer-, Terroristen-, Brandstifter- und Bombenwerfergruppen verzichten werden?

Die Revolution zu entwaffnen, ohne daß die Gewähr gegeben ist, daß die Feinde der Revolution entwaffnet werden, ist das nicht Torheit, ist das nicht ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse? Nein, Genossen, wir wollen nicht in die Fehler der Pariser Kommunarden verfallen.

Diese waren gegenüber den Versaillern allzu milde, was ihnen Karl Marx seinerzeit zum Vorwurfe gemacht hat. Glauben die Genossen etwa, daß die russischen Bourgeois und Gutsbesitzer minder blutrünstig seien, als dies die Versailler in Frankreich gewesen sind? Jedenfalls wissen wir, wie sie mit den Arbeitern Abrechnung hielten, als sie Sibirien, die Ukraine und den Nordkaukasus im Bündnisse mit den Interventionisten aus Frankreich, Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten besetzten.

Vom Gesichtspunkte des inneren Zustandes ist die Stellung der Revolution so fest und unerschütterlich, daß man ohne Staatliche Politische Verwaltung auskommen könnte. Doch die inneren Feinde sind bei uns nicht isoliert dastehende Täter. Durch tausende Fäden sind sie mit den Kapitalisten aller Länder verknüpft, die sie mit allen Kräften und allen Mitteln unterstützen. Wir sind ein von kapitalistischen Staaten umringtes Land. Die inneren Feinde unserer Revolution sind eine Agentur der Kapitalisten aller Länder. Die kapitalistischen Staaten bilden die Basis und die Rückendeckung der inneren Feinde unserer Revolution. Indem wir einen Krieg gegen die inneren Feinde führen, kämpfen wir gegen die konterrevolutionären Elemente aller Länder. Wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. **Die Staatliche Politische Verwaltung ist für die Revolution notwendig und wird bei uns zum Schrecken der Feinde des Proletariats weiterleben. (Stürmischer Beifall.)**

Ein Delegierter spricht Genossen Stalin den Dank der Anwesenden für die Aufklärung und für die Zerstreuung der Lügen aus, die über die Sowjetunion im Auslande verbreitet werden.

Genosse Stalin antwortet:

Wir Sowjetarbeiter sind der Auffassung, daß wir verpflichtet sind, unseren Klassenbrüdern in allen Fragen Rechenschaft abzulegen. Unser Staat ist ein Kind des Weltproletariats.

Die Führer unseres Staates erfüllen lediglich ihre Pflicht gegenüber dem Weltproletariat, wenn sie vor dessen Vertretern Rechenschaft ablegen. (Beifall.)

Für die Einheit der KPSU.

Die „Prawda" schreibt folgendes:

Unter den Delegierten des Kongresses der Freunde der Sowjetunion befinden sich mindestens 300 Kommunisten aus allen Ländern. Viele von ihnen waren Augenzeugen der provokatorischen Ausfälle der trotzkistischen Opposition am 7. November. Auf ihren Antrag hielt Genosse Bucharin vor allen ausländischen Kommunisten ein Referat über die Tätigkeit der Opposition. Nach bevor Genosse Bucharin auf verschiedene Fragen, die an ihn gestellt wurden, eine Antwort geben konnte, brachte die englische Delegation eine kurze Resolution ein und bestand darauf, daß über diese Resolution sofort abgestimmt werde, da sie die Anschauungen und die Einstellung aller ausländischer Kommunisten zum Ausdruck bringe. Ueber die Resolution der englischen Genossen wurde später abgestimmt. Sie wurde mit allen Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, angenommen

Die Resolution der Versammlung der ausländischen Kommunisten ist ganz besonders beachtenswert. An dieser Versammlung nahmen Vertreter der verschiedensten Länder teil. In ihrer Mehrheit sind sie Arbeiter, die von breiten Arbeitermassen gewählt wurden.

Die Resolution, die von den kommunistischen Mitgliedern des Kongresses der Freunde der Sowjetunion gefaßt wurde, lautet:

„Die Versammlung der kommunistischen Mitglieder der verschiedenen Delegationen auf dem Kongresse der Freunde der Sowjetunion unterstützt in vollem Maße das Zentralkomitee unserer Bruderpartei, der KPSU., in seinem Kampfe gegen die trotzkistische Opposition und sie stimmt voll und ganz den Maßnahmen zu, die gegen die Organisatoren einer zweiten Partei in der Sowjetunion ergriffen wurden.

Die Versammlung brandmarkt die Bemühungen der trotzkistischen Opposition um die Schaffung einer antikommunistischen Internationale mit Hilfe der Renegaten und sowjetfeindlichen Elemente in allen Ländern. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die der Komintern angeschlossenen Kommunistischen Parteien die Tätigkeit der trotzkistischen Opposition, die gegen die proletarische Diktatur in der Sowjetunion und gegen die Komintern gerichtet ist, nicht dulden werden. Die Versammlung dringt auf die Notwendigkeit strengster Maßnahmen gegen diese Feinde der Oktober-Revolution."

Einheit? Jawohl . . .!

„Die Kommunisten wollen keine Wiedervereinigung der Arbeiterklasse. Sie spucken in unsere zur Versöhnung dargebotene Bruderhand. Aber die Einigung wird dennoch kommen, gegen den Willen der Kommunisten, über sie hinweg."

Der „Volksbote" vom Donnerstag bringt verstümmelt die Antwort des Genossen Bucharin an den Führer der österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer, auf dessen zum 10. Jahrestag der Sowjetunion gehaltenen Wiener Rede, über die wir — ebenso wie über Bucharins (und Stalins) Antwort — schon berichteten. Diese Antwort brachte auch die Wiener „Arbeiterzeitung", das Zentralorgan der SPÖe. Allerdings einen „kleinen" Unterschied zwischen diesen Veröffentlichungen müssen wir feststellen. Die Wiener bringen die Antwort der Bolschewiki ohne Kommentar — und die Zeitzer SPD.-Leute hängen daran obige sonderbare Bemerkung.

Wie erklärt sich das?

Letzten Endes aus der verschiedenen Beurteilung der Rolle des Opportunismus. Die Zeitzer „Einken" haben es fertiggebracht, sich mit Noske, Ebert, Thomas, Vandervelde, Macdonald und dergleichen offenen Lakaien des Bürgertums, wieder in der SPD. und der 2. Internationale zusammenzuschließen, obwohl sie selbst als USPD.-Leute tausendmal erklärt hatten, daß es mit diesen Feinden des Proletariats niemals einen Zusammenschluß wie der geben kann. Welcher Arbeiter, der mit Bergholz in der USPD. war, hat nicht gerade von ihm die heftigsten Reden gegen die Kriegskreditbewilliger und Organisatoren der Konterrevolution gehört? Oder von Crispien, Dittmann, Hilferding und wie die Ueberläufer zum Opportunismus alle heißen?

Jawohl, wir Kommunisten sind für die Einheit! Aber wir wollen keine Einheit zum Zwecke der Koalitionspolitik, sondern zum Zwecke des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes. Jawohl, wir Kommunisten reichen allen ehrlichen Arbeitern, die nach den Prinzipien von Marx und Engels gegen den Kapitalismus, für die Diktatur des Proletariats kämpfen wollen, die Bruderhand! Aber eine „Einheit" mit den Henkern der deutschen Revolution von 1918, mit den korrumpierten, jederzeit zum Verkauf der Klassenkräfte der Massen um Ministersessel willen bereite Führer — mit diesen kann und darf es im Interesse der proletarischen Revolution niemals eine Einheit geben.

Aber mit diesen Führern fühlt sich Bergholz und der „Volksbote" innerlich verbunden, denn sonst könnte man dort den Reden der Genossen Bucharin und Stalin nicht einen solchen Kommentar geben! —

NB. Wenn der „Volksbote" für Max Adlers Zeitschrift „Klassenkampf" eine so intensive Reklame macht, warum druckt er dann nicht auch jene treffenden Glossen ab, die in der neuesten Nummer über die SPD.-Presse und Herrn Gustav Noske veröffentlicht worden sind? Auch aus Furcht vor dem opportunistischen Hauptvorstand?

Der Prediger in der Wüste

Tut Buße, Ihr Arbeiter! Das ist die Antwort, die Euch ein Pfarrer Hartmann gibt, der in einem Leitartikel die Frage aufwirft: Wer hat Buße nötig? Der Pfaffe kommt nach einundeinhalb Spalten Predigt zu dem Schluß:

Unsere Antwort lautet: Keineswegs nur die Herrschenden, die über ungeahnte politische und wirtschaftliche Macht verfügen und sie mißbrauchen — die freilich auch — aber wir alle haben sie nötig... Tod oder Leben: das ist die Frage für jeden Einzelnen und für unser ganzes Volk. Bereiten wir uns in der Stille, damit wir dann im lauten Kampf des Lebens dem, was es fordert, gewachsen sind!

Arbeiter, wißt Ihr, wo dieser Schmus gestanden hat? Ihr glaubt in der halleschen „Allgemeinen Zeitung" oder in den „Halleschen Nachrichten"? Ihr irrt Euch! Im Leitartikel des „Volksblatt", Organ der SPD. für Halle-Merseburg! Und zwar am Dienstag, dem 15. November 1927!

Das „Volksblatt" ist überhaupt in anerkennenswerter Weise bemüht, seinen Charakter als rechtestes SPD.-Organ zu betonen. Es nimmt sogar Stellung zum Ausschluß Trotzkis und Sinowjews. Allerdings läßt es sich diese Stellungnahme diktieren und zwar von der „Vossischen Zeitung", einem Berliner Ullstein-Blatt, dessen Artikel es gestern auf der ersten Seite abdruckt.

An zwei Tagen: ein Pfaffe als Leitartikler und ein Organ des Börsenkapitalisten als Inspirator! Allerhand Achtung! Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0006

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0007

Theater-Sonderzug

nach Halle am Sonntag, 27. November 1927

Billige Sondervorstellung des Halleschen Stadttheaters

Beginn 15 Uhr — Ende gegen 17.30 Uhr

FIDELIO

Oper in zwei Aufzügen von Ludwig van Beethoven.
Dichtung nach J. N. Bouilly von Joseph Sonnleithner und Georg Treitschke.

Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band
Inszenierung: Oberspielleiter August Rößler

Personen:

Don Fernando . . . . . Karl Monsberg
Don Pizarro, Gouverneur . . . . . Fritz Kerzmann
Florestan, ein Gefangener . . . . . Heinrich Riggemeier
Leonore, seine Gattin, unter dem Namen Fidelio . Margarethe Fiege
Rocco, Kerkermeister . . . . . Zdenko Dorner
Marzelline, seine Tochter . . . . . Charlotte Strempel
Jaquino, Pförtner . . . . . Walter Kathammer
1. Gefangener . . . . . Walter Mettendorff
2. Gefangener . . . . . Erich Heimbach

Die Vorstellung beginnt mit der Ouvertüre „Fidelio" (E-dur op. 72) — Vor dem 2. Aufzuge: Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven — Während des 2. Aufzuges keine Unterbrechung 3283

Alles weitere über den Inhalt der Oper, Theaterkartenpreise, Eisenbahnfahrpreise und Fahrpläne in den Theaterführern, die in den Eisenbahnfahrkarten-Ausgabestellen kostenlos verabfolgt werden

---

Hallo! Hier ist „Köhler" Nähmaschinen-Vertrieb

Gewähre ab heute bis 15. Dezember

5 Proz. Rabatt

auch bei Teilzahlung

Nadeln, Stick- und Stopfgarne — billigst

Reparaturen werden sachgemäß ausgeführt.
Mir freundlichst zugedachte Aufträge wolle man nicht bis zuletzt verschieben *3294

Billige Kinder-Nähmaschinen

Otto Kletz, Weißenfels, Schlachthofstr. 4

Kaufen Sie Ihre Waschmaschine, lassen Sie Ihre Waschmaschine reparieren nur bei

Otto Sparmann
neben Walhalla
Telephon 266 04

i. br. D.-Spangenschuh verl. 1.11. Abzug. a. Verl.

Kurt Winkler
staatl. gepr. Optiker
Weißenfels
Jüdenstraße 36

Fachgeschäft für Augenoptik

Lieferant sämtlicher Krankenkassen
Photo-Apparate • Bedarfsartikel
Ausführung aller Amateurarbeiten

Uhren

kaufen Sie am billigsten bei

Hugo Fornell,
Uhrmachermeister,
Weißenfels,
jetzt Gr. Kalandstr. 36
Kein Laden *6001

Morgen
blutfrische Seefische
prima Büchlinge
Fischmarinaden
Gertrud Benze
Zeitz, 2. Stand Fischstr.

Sprechapparate

Geringe Anzahlung Kleine Ratenzahlung. Versand portofrei nach allen Orten. Fordern Sie kostenlos illustr. Preisliste

H. Herrmann Fahrrad-Vertrieb „Saale"
Weißenfels a. S. :: Nicolaistraße 33

Liköre

F. G. Menge, Weißenfels

Weine 500

Wir bauten um

und offerieren zur Eröffnung:

Molkereibutter . . .	½ Pfund	1.—
Amerikanisches Schmalz	1 Pfund	0,78
Alpen-Limburger	1 Pfund	0 65
Kokosfett	1-Pfund-Tafel	0,62
Kunsthonig	1 Pfund	0,45
Spritz-Gesellkäse . . .	2-Pfund-Eimer	1,35
Haushalt-Kakao billig . .	1 Pfund	0,85
Bratinen billig	1 Pfund	0,85
Weizenmehl 000	1 Pfund	0,25

Aus eigener Hausschlachtung:

Schwartenwurst	½ Pfund	0.23
Leberwurst	½ Pfund	0,35
Rotwurst	½ Pfund	0,35
Knackwurst	½ Pfund	0,40

Nur diesen Freitag und Sonnabend erhält jeder beim Einkauf von 3.— an (außer Zucker) eine 100-Gramm-Tafel Schokolade als Geschenk

Um reichen Zuspruch bittet

A. Speiser Merseburg
Breite Nr. 13 — Breite Nr. 13

Kammerlichtspiele Merseburg

Heute Freitag beginnen wir mit dem gigantischen Filmwerk

„Feme"

nach dem Roman von Vicki Baum aus der Berliner Illustrierten Zeitung, ein erschütterndes Bild einer leidenschaftdurchwühlten Epoche und eines von seigen Fanatikern zum politischen Mörder verführten jungen Menschen

Ein Film der „großen Künstler"

Wohl selten wirkten in einem Film so viele der besten deutschen Schauspieler mit wie in dem Großfilm „Feme" unter der Regie von Richard Oswald. Grete Mosheim, Hans Stüwe, Grete Reinwald, Ellen Kürty, Anny Sandrock, Rudolf Forsten, Bernhard Goetzke, Kurt Gerron u.a.m. ist ein Film entstanden, der jeder Tendenz entbehrt und allein das rein Menschliche in ergreifender Weise schildert

2 volle Zugstücke
sowie das übrige Beiprogramm

Kassenöffnung 6 Uhr, Anfang ½7 und ½9 Uhr. Totensonntag Kassenöffnung ½5 Uhr, Anfang 6 Uhr

---

Volkshaus, Eisleben

Sonntag (Totensonntag) v. abds. 8 Uhr an:

Theater-Abend

Zur Aufführung gelangt:

Wer wirft den ersten Stein

Ein Warnungsruf gegen Geschlechtskrankheiten

Um zahlreichen Besuch bittet
Die Arbeiter-Samariter-Kolonne

Kassenöffnung 7 Uhr — Anfang 8 Uhr
Eintritt 80 Pf. *3309

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?

Burgstraße 27 — Tel. 211 07

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgegend

180000 Mark

beträgt in diesem Jahre die Gesamtsumme des den Mitgliedern zustehenden Rabatts und

kommen

je nach der Höhe des Umsatzes jedes einzelnen Mitgliedes vom **Montag dem 21. November** ab während der Geschäftszeit in

den

Verteilungsstellen zur Ausgabe. Neben der Beschaffung von unverfälschten Waren zu niedrigsten Preisen und Verabreichung reellen Gewichts kommt damit den

Mitgliedern

die Ueberlegenheit und der Nutzen der genossenschaftlichen Bedarfsdeckung augenfällig zum Bewußtsein. Die Organisation der Verbraucher kommt somit den Mitgliedern neben anderen sozialen Leistungen (z. B. Sterbeunterstützung) in mehrfacher Hinsicht

zugute

Sorgenlos

leben Sie, wenn Sie Ihre Möbel bei mir auf

Teilzahlung

kaufen

Billige Schlafzimmer, Küchen, Schränke sowie alle Einzelmöbel in dem altrenommierten

Möbel-Haus Osswald
Weißenfels, Gr. Kalandstr. 21

Ich streue Ihnen keinen Sand in die Augen indem ich hohen Rabatt gewähre

Qualitäts Möbel

mit einem bescheidenen Verdienst kalkuliert, die sollte sich jeder ansehen. Wer daher seinen

Vorteil

wahren will, kauft bei mir

Klaar & Co., Inh. G. Spillet
Größte und bestengerichtete
Möbelfabrik
am Platze
Weißenfels, Jüdenstraße 45

Billiger Möbelverkauf

Sie kaufen in der Fabrikniederlage einer der bedeutendsten Spezialfabriken

Merseburger Str. 21a

in guter Qualität zu bequemen Zahlungsbedingungen kompl. Schlafzimmer, auch geteilt, Sofas, Chaiselongues, Küchen, Federbetten, Polsterauflagen usw. 10% Rabatt bei Barzahlung

Gustav Gau, Gera,
Vertreter für Weißenfels: *3230
Carl Wiesemann
Versand auch nach auswärts!

Prima hochf. Mastrindfleisch Pfd. 1,10
Hochf. fett. Machammelfleisch Pfd. 1,10
Hochfeine warme Wurst und Würstchen Pfd. 1,10

Alle anderen Fleisch- und Wurstwaren billig und gut

Neben meinem Laden: die als hochfein bekannten Hofbratwürste bitte an

Zeitz
Paul Kalb, Neumarkt Nr. 10

Wir empfehlen:
Prima argentinisches Ochsenfleisch

Kochfleisch	Pfund 80 Pf.
Bratfleisch mit Beilage . .	Pfund 80 Pf.
Bratfleisch ohne Knochen .	Pfd. 110 Pf.
Rouladen	Pfd. 120 Pf.
Goulasch	Pfund 100 Pf.
Schabatten	Pfund 100 Pf.

sämtliche Wurstwaren billigst

Karl Wahl & Sohn
Zeitz, Wasservorstadt 12

Zeitz — Zeitz

Sportplatz am Naetherpark

Sonntag den 20. Nov. 1927:

Ausscheidungsspiel
um die
Kreismeisterschaft

Gera-Pforten 1.
Bezirksmeister Gera
gegen
VfL. Naumburg 1.
Bezirksmeister Zeitz
Anstoß 2.30 Uhr *3291

Verb. d. Fabrikarb. Deutschl.
Zahlstelle Zeitz *3306

Sonnabend, den 19. d. Mts., abends 7 Uhr im Restaurant Wagner in Zeitz, (Voigtstraße)

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag über „Zahlst bei Lohn- und Arbeitsbewegungen. (Referent: Genosse Schneider-Erfurt)
2. Kassenbericht v. III. Quartal 1927
3. Verschiedenes

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir unsere Mitglieder zahlreich zu erscheinen

Die Ortsverwaltung

Verband d. Fabrikarbeiter
Zahlstelle Zeitz. Donatienstr. 12/13

Lest den Klassenkampf

„Gambrinus", Reußen

Sonntag, den 20. November 1927

ff. Bockbraten mit Thür. Klößen anschließend Kaffeekränzchen *3305

Dazu ladet freundlichst ein
Paul Lehmann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Her mit dem Zwang zur Einebnung der Tagebauten!

Unterstützt den Kampf der KPD. gegen die Braunkohlenkapitalisten

Von **Otto Kilian**, M. d. L., Halle

Im abgeschlossenen Kampf der Bergarbeiter hat die breitere Oeffentlichkeit erfahren, welche ungeheuren Gewinne die Braunkohlen-Industriellen eingesackt haben. Durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Mechanisierung der Betriebe, hohe Verkaufs- und noch höhere Handelspreise wurden hohe Dividenden erzielt. Dazu kommt natürlich der Wert der schnell abgeschriebenen Betriebsanlagen und vor allem große Reserven von Kohlenfeldern, die ungeheure Vermögensbestände darstellen. Welche Massen von Land die einzelnen Grubengesellschaften zur Ausbeutung — teils durch zwangsweise Enteignung der Bauern — an sich gerissen haben, davon haben wohl die Fernstehenden gar keine Ahnung. Aus einer Denkschrift der „Notgemeinschaft der Enteigneten“ im Senftenberger Braunkohlengebiet vom Jahre 1926 geht hervor, daß die dort dominierende Bergbaugesellschaft „Ilse“ nach den eigenen Angaben ihres Geschäftsberichtes am 1. Januar 1924 an Landbesitz hatte 285 000 Morgen, daß sich diese Fläche bis zum 1. Januar 1925 erhöhte auf 435 000 Morgen.

Mit fast 110 000 Hektar ist also die Gesellschaft zu einem der größten Grundbesitzer in Preußen geworden.

Die Behörden begünstigen diese Landraubpolitik der Braunkohlenhyänen. Obzwar sie mit ihrem großen Landbesitz Kohlenabbaugelände auf unermeßlich lange Zeit haben, genehmigte das Preußische Staatsministerium der „Ilse“-Bergbau-A.-G. durch einen am 3. März 1925 bekannt gewordenen Beschluß, daß sie 160 Bauern mit über 1800 Morgen auf einmal enteignete. Daß für dieses Land den Eigentümern nur geringe Entschädigungen, den existenzlos gemachten Pächtern aber gar nichts gezahlt wird, steigert die Empörung unter der betroffenen Bevölkerung.

Hinzu kommt, daß die Grubengesellschaften vielfach das ausgekohlte Gelände in dem verwüsteten Zustand liegen lassen,

so daß es für landwirtschaftliche Nutzung, der es meist früher gedient hat, nicht mehr in Frage kommt. Wer schon einmal auf den Landstraßen die Braunkohlengebiete mit Tagebaubtrieb durchquert hat — in der Lausitz, im Bezirk Merseburg, am Vorgebirge bei Köln — wird festgestellt haben, daß hier die Industrie die Landschaft direkt in eine Wüste verwandelte. Die Gewinnung von Braunkohle im Tagebau geht bekanntlich so vor sich, daß zuerst das Deckgebirge von dem Kohlenflöz abgehoben und auf Halden gefahren wird. Es handelt sich hier um Erdmengen riesigsten Ausmaßes, da das Aufliegende durchschnittlich eine Mächtigkeit von 10 bis 25 Meter hat. So entstehen im Laufe des Auskohlungsprozesses einerseits gewaltige Löcher bis zu 50 Meter Tiefe, andererseits Erdhalden in der gleichen Höhe und Ausdehnung. Da nun, um Betriebskosten zu sparen, die Unternehmer diese Löcher und oftmals diese Berge bestehen lassen, ist das Gelände völlig und für alle Zeit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Allenfalls wird hier und da eine Halde mit Bäumen bepflanzt, um Kulissen zu schaffen, hinter denen man die endlosen Wüsteneien verbirgt, die rücksichtsloser Raubbau der Braunkohlenkapitalisten an den Menschen und der Natur geschaffen hat.

Indem die Industrie mit Hilfe der Staatsorgane die Bauern enteignete, versorgte sie sich gleichzeitig mit billigen Arbeitskräften.

Manchmal geschah es so, daß der bäuerliche Nachwuchs auf der verkleinerten Wirtschaftsfläche nicht mehr zu ernähren war; dann gingen die Bauernsöhne als Arbeiter in die Braunkohlenwerke, oder die Bauern wurden völlig enteignet, dann hielt sie meist das Heimatsgefühl am Orte fest und auch die Bauern selbst wurden zum Lohnarbeiter in Grube und Fabrik.

Jahrzehntelang tobten sich die räuberischen Gelüste der Braunkohlenkapitalisten hemmungslos aus. Sie beherrschten mit ihrem Geld, durch Direktoren und andere Angestellte, die gesamte Bevölkerung.

Sie fraßen alles auf, das Land und die Menschen.

Dann setzte die Rationalisierung ein, die Arbeitszeitverlängerung, wodurch die Belegschaften erheblich verkleinert wurden. Der Bagger, die Förderbrücke, der Großraumwagen, die elektrische Kettenbahn haben die Abraumbetriebe und Tagebauten fast völlig von Menschen entblößt. Z. B. waren im Kohlengewinnungsbetrieb der Grube „Golpa“, die das Großkraftwerk Zschornewitz versorgt, im Jahre 1922 noch etwa 1500 Arbeitskräfte beschäftigt, heute sind es kaum noch 500. Hierdurch wurden eine Menge Arbeitskräfte frei, insbesondere ungelernte, also diejenigen, die früher in der Landwirtschaft tätig waren. Sofern sie andere Arbeit nicht finden konnten, versuchten sie, ihre Existenz wieder in der Landwirtschaft zu fristen. Das war aber nicht oder nur in unzureichender Weise möglich. Wenn inzwischen die landwirtschaftliche Wirtschaftsfläche durch Enteignung zugunsten der Kohlengruben dauernd eine Verkleinerung erfahren hätte,

so erhob sich in den letzten Jahren nachdrücklicher die Forderung, daß die Braunkohlenindustrie gezwungen werden müßte, in jedem Falle die ausgebeuteten Kohlenfelder auf ihre Kosten wieder einzuebnen und für landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzung brauchbar zu machen.

Diese Situation veranlaßte vor einiger Zeit mehrere Gemeindevertretungen im Kreise Bitterfeld zu Beschlüssen, in denen von der Gesetzgebung zwingende Vorschriften gegenüber den Grubenbaronen gefordert werden. (Gemeinden in der Lausitz haben diese Beschlüsse gleichfalls angenommen, z. B. Sauo bei Senftenberg.) Bisher haben die Bergbehörden (Oberbergämter) nach dem Allgemeinen Berggesetze den Bergbau zu beaufsichtigen, nach § 196 ABG. haben sie auch das Recht, den Bergbautreibenden Maßnahmen zum Schutze der Erdoberfläche und zum Schutze gegen gemeinschädliche Einwirkungen des Bergbaubetriebs aufzuerlegen. Diese Bestimmung ist aber nach ihrem ganzen Wortlaute mehr auf den unter Tage umgehenden Bergbau gemünzt, zur Verhinderung von Bruchgefahr, Rauch-, Gas- und Staub-Belästigung bestimmt. In diesem Sinne legen sie auch die Oberbergämter aus. Diese Behörden sind personell mit den Grubenbesitzern bzw. ihren juristischen Vertretern stark versippt; sie greifen gegen die Grubenherren nur dann ein, wenn es absolut nicht zu vermeiden ist, d. h. wenn die gemeinschädlichen Methoden des Bergbaubetriebes zum Skandal ausarten!! Sonst lassen sie die Grubenbarone gewähren, dulden sie vor allem die rücksichtslose Verschandelung des Landes durch Liegenlassen der ausgebeuteten Tagebauten und der Erdhalden. Es ist bisher kein einziger Fall bekannt geworden, daß eine Bergbehörde einen Braunkohlenunternehmer gezwungen hätte, ausgebeutetes Gelände durch Einebnung und Wiederauftragung des Mutterbodens wieder landwirtschaftlich nutzbar zu machen.

Der Braunkohlen-Industrie-Verein (Unternehmerverband) hat in einer Denkschrift an den Preußischen Handelsminister erklärt, er müsse mit aller Entschiedenheit gegen die Ansicht sprechen, „daß unter allen Umständen ohne jede Rücksicht auf die Kosten einer Wiedernutzbarmachung der abgebauten Flächen erfolgen und daß in jedem Einzelfalle ein gleichwertiger Boden wieder hergestellt werden muß. Ein Eingehen auf eine derartige Forderung kann nicht nur die Wirtschaftlichkeit des Braunkohlenbergbaues in Frage stellen, sondern ihn in vielen Fällen sogar unmöglich machen.“ Diese Melodie der armen, armen Grubenherren haben wir während des Streiks erneut vernehmen können, als sie behaupteten, die Zubilligung höherer Löhne an die Braunkohlenarbeiter nicht tragen zu können. Natürlich, wenn die Gesellschaften 20 Prozent Gewinnung ausschütten und weitere 40 Prozent Ertrag in Neuanlagen bei voller Abschreibung gutmachen, dann bleibt nur noch ein Hungerlohn für die Arbeiter und nichts für die Wiederherstellung des verwüsteten Landes übrig. Es muß also der Versuch unternommen werden,

einen scharfen Zwang zur Erfüllung der Einebnungspflicht durch die Gesetzgebung herbeizuführen.

Diesen Versuch hat die Kommunistische Partei eingeleitet. Sie hat im Preußischen Landtage bei Gelegenheit der letzten Etatsberatung zum Etat der Bergverwaltung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der bereits erwähnten sächsischen, Lausitzer und rheinischen Gemeindevertretungen folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Inhaber von Braunkohlenfeldern verpflichtet, die im Tagebau ausgebeuteten Flächen unverzüglich einzuebnen in einer Weise, daß sich die ausgekohlten Flächen wieder für land- und forstwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung eignen. Der Gesetzentwurf soll weiter die Bedingung enthalten, daß das ausgekohlte, wieder instandgesetzte Land kostenlos in den Besitz der Gemeinde übergeht, in der es liegt, und daß diese es in eigener Regie zugunsten der örtlichen Fürsorge zu bewirtschaften oder an Kleinbauern, die nicht im Besitz einer Ackernahrung sind, zu ganz niedrigem Zins zu verpachten hat.

Der Antrag ist seinerzeit dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen worden, der ihn demnächst beraten will, worauf der Landtag selbst über ihn zu entscheiden hat. Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, in den Gemeindevertretungen der Braunkohlengebiete sofort die hier besprochene Angelegenheit zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen und einen Beschluß herbeizuführen, worin vom Landtage die

Annahme des kommunistischen Antrages

auf Drucksache 6324 im Interesse der Gemeinden und der kleinbäuerlichen Bevölkerung gefordert wird. Nach Lage der Sache, bei der großen Erbitterung der gesamten werktätigen Bevölkerung über die schamlose Ausbeutungspolitik der Braunkohlenunternehmer, die durch die Veröffentlichungen über ihre Riesengewinne und die gezahlten Elendslöhne während des Streiks noch gesteigert worden ist, wird es ein leichtes sein, einen solchen Beschluß einstimmig durchzusetzen. Es wird ferner notwendig sein, die Frage der Wiedereinebnung der Tagebaue vor der gesamten Einwohnerschaft in öffentlichen Versammlungen zu besprechen, selbstverständlich in Verbindung mit den Arbeiterfragen, die der materiell höchst unbefriedigende Ausgang des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks auf die Tagesordnung gestellt hat. Diese außerparlamentarische Kampagne ist erforderlich, um den Aktionen der kommunistischen Gemeindevertreter und der Landtagsfraktion Nachdruck zu verleihen.

Der doppelt gekrönte König von Hohen

Wie man Arbeiter im Saalkreis um die Unterstützung zu betrügen versucht

Unsere Gemeinde liegt bei Brachstedt, zählt zirka 150 Einwohner, hat natürlich, wie jede Zwerg-Gemeinde, eine Gemeindevertretung und -verwaltung mit einem Oberhaupt, das ein strammer Landbundmann ist. Selbstverständlich gehört er auch den nationalen Organisationen an. Diese Leutchen können bekanntlich bei Wahlen nicht laut genug brüllen: „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht auch den landwirtschaftlichen Beruf.“ Man motiviert das damit, daß den landwirtschaftlichen Besitzern angeblich der nötige Schutz versagt wird. (Siehe Zollgesetze, Besitzsteuern und Steuerhinterziehung.) „Wählt daher landwirtschaftliche Unternehmer, nur dadurch wird das gemeinsame Interesse des Landvolkes gewährleistet.“ Man kennt diese Leier. Beispiele darüber gibt es genug, wie die Interessen des Landvolkes gewährleistet und vertreten worden sind. Hier ein besonderer Fall, den sich die Landarbeiter genau einprägen müssen, denn in kurzer Zeit werden die abgeleierten Walzen der nationalen Landbündler wieder aufgezogen werden.

Ende 1926 wurde ein Arbeiter aus Hohen erwerbslos, und da er die nötige Zeit pflichtversichert war, erhielt er auch die ihm zustehende Erwerbslosenunterstützung, und zwar bis Anfang März dieses Jahres. Herr Justaf Küster, so heißt unser hohes Gemeindeoberhaupt, wollte scheinbar nicht hinter seinen reaktionären Kollegen zurückstehen, denn er ließ den erwerbslosen Arbeitern Pflichtarbeiten verrichten und vergaß dabei, nach seiner Ansicht, eine „Kleinigkeit“, nämlich ihnen die 50 Prozent Zuschlag zur Hauptunterstützung zu zahlen. Auf die Beschwerde der erwerbslosen Arbeiter mußte Herr Küster diese 50 Prozent Zuschlag zahlen. Die Beschwerde mußte aber gerochen werden.

Dem betreffenden Arbeiter wurde ohne Begründung die Unterstützung entzogen.

Die darauffolgende Beschwerde gegen den Gemeindevorsteher beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises hatte Erfolg. Der Arbeiter mußte noch 121,50 Mark Unterstützung bekommen, hatte aber die Rechnung ohne den Vorsteher gemacht, der wütend über seinen zweiten Reinfall **den Arbeiter des Betrugs bezichtigte,** weil er in seiner freien Zeit, um in Besitz einer vernünftigen Wohnung zu kommen — auf dem Wege der Selbsthilfe unentgeltlich Arbeit verrichtete. Als Mitglied der Siedlungsgenossenschaft muß er etwa 2400 bis 2800 Arbeitsstunden leisten, was die Leitung der Genossenschaft mehrmals bescheinigte.

Dies war für Herrn Küster alles ein Dreck. Er reagierte auch nicht auf die Anweisungen der Aufsichtsbehörde, daß er das Geld auszuzahlen habe, so daß sich der Arbeiter mehrmals gezwungen sah, sich zu beschweren, und nur auf Grund der Ordnungsstrafen, die der Landrat gegen Küster verhängte, gab er dem Arbeiter durch den Nachtwächter Bescheid, daß er sich sein Geld in Niemberg bei der Zweigstelle der Kreisbank abheben könne.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Bankvorstand und das Direktorium der Kreisbank des Saalkreises darauf aufmerksam machen, einmal nach den Angestellten der Zweigstelle zu sehen, denn wir sind der Meinung, daß es einem Angestellten der Bank gar nichts angeht, ob der Arbeiter sein Geld auf einmal oder mehrere Male abhebt. Denn der Angestellte wird sich sein Gehalt auch nicht auf mehrere Male auszahlen lassen.

Herr Justaf Küster, als Arbeitgeber, fühlt sich ganz in die Zeit der Gesindeordnung versetzt. So hat er den Arbeiterfrauen bis heute noch nicht das Akkordgeld für das Rübenroden ausgezahlt. Für Eingeweihte absolut nichts Besonderes, denn heute, neun Jahre nach der „glorreichen Revolution“, prangt in der republikanischen Gemeinde Hohen, trotz ministerieller Erlasse und Verfügungen, noch an zwei Stellen **das wilhelminische Hoheitszeichen mit großen Kronen.** Dies wäre ein Grund, um den Mann auf dem Disziplinarwege zu entfernen. Es gab auch in Hohen einmal eine Zeit, wo sich die Reaktionäre in die Löcher verkrochen, als es hieß: Max Hoelz kommt.

Zu gegebener Zeit wird die Arbeiterschaft von Hohen an alles erinnern und dafür sorgen, daß nicht nur die wilhelminischen Hoheitszeichen, sondern auch ihr Gernegroß Küster aus dem Gemeindeamt verschwindet.

Wer macht die Gesetze über die Sozialversicherung? Die herrschende bürgerliche Klasse. So lange wir eine Bürgerblock-Regierung haben, wird die Sozialversicherung immer unzureichend sein. Erst eine Arbeiter- und Bauernregierung wird die Forderungen der Werktätigen erfüllen können. Solange wir aber eine solche Regierung nicht haben, können wir nur versuchen,

die von den bürgerlichen Regierungen geschaffenen Gesetze bis zur äußersten Grenze im Interesse der Werktätigen auszunutzen.

Dazu brauchen wir Männer in den Vorständen, die bereit sind, unermüdlich und unerbittlich alles für die Arbeiterschaft herauszuholen, was herauszuholen ist. Der Kampf mit den Aufsichtsbehörden erfordert Zähigkeit und Vermeiden jeder Kompromisse. Die Sozialdemokraten haben in den Vorständen, die sie beherrschen, immer ängstlich vermieden, bei den Arbeitgebern und Aufsichtsbehörden anzuecken. So hat es z. B. vor etwa sechs Jahren bei der Saalkreiskrankenkasse die damals sozialdemokratische Mehrheit fertiggebracht, einen deutschnationalen Agrarier zum Vorsitzenden zu wählen, der natürlich kein Interesse daran hatte, die Leistungen der Kasse zu erweitern. Erst die vor etwa zwei Jahren gewählte kommunistische Mehrheit wählte einen Arbeitnehmer als Vorsitzenden und baute die Leistungen der Kasse aus.

Es liegt deshalb an den Versicherten selbst, nur solche Vertreter in die Ausschüsse und Vorstände der Kassen zu entsenden, die das Wohl der Versicherten über ihre eigene Bequemlichkeit und ihr persönliches Interesse stellen. **Der rote Saalkreis-Reporter.**

Soziale Probleme sind politische Probleme

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Bürgerblockparteien haben das Gesetz über die sozialen Wahlen geschaffen mit der Begründung, daß solche Wahlen „entpolitisiert“ werden sollen. Nur sogenannte wirtschaftliche Vereinigungen sollen im Prinzip die Kandidatenlisten aufstellen.

Interessant ist nun in dieser Frage die Stellungnahme der Sozialdemokraten. In Bezirken, wo die Sozialdemokratie dominiert, sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eifrige Verfechter der oben erwähnten, vom Bürgerblock gewünschten „Entpolitisierung“ der Wahlen, weil sie hoffen, durch die Gewerkschaften ihre Parteigenossen in die Vorstände der Krankenkassen und anderen sozialen Institutionen hineinzusetzen. In Bezirken aber, wo die Gewerkschaftsopposition die Kartelle beherrscht, erinnern sich diese „Marxisten“ auf einmal der Tatsache, daß alle Fragen, die das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft betreffen, politische Fragen sind. Und sie stellen dann sogar Listen gegen die freien Gewerkschaften auf (siehe Weißenfels). Hier zeigt sich die Heuchelei der Sozialdemokraten.

Wir Kommunisten müssen den Arbeitern immer wieder einhämmern,

daß Politik und Wirtschaft nie zu trennen sind und daß die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen eminent politisch sind.

Ammendorf. Rote Hilfe. Alle Funktionäre und Unterkassierer der Roten Hilfe haben am Sonntag, dem 20 November, nachmittag 3 Uhr im „Burgschlößchen“ zu einer Sitzung zu erscheinen.

Ammendorf. Wichtig für alle proletarischen Vereine. Am Sonntag, dem 20. November, nachmittag 5 Uhr, findet im „Burgschlößchen“ eine kombinierte Sitzung aller proletarischen Vereine, Korporationen und Organisationen, sowie aller der Roten Hilfe korporativ angeschlossenen Vereine statt. Da eine äußerst wichtige Angelegenheit zu behandeln ist, hat jeder Verein für Vertretung Sorge zu tragen.

Wettin. Theaterabend. Sonnabend, den 19. November, führt die Proletarische Tribüne Halle im Gasthof zum „Stern“ einen Theaterabend aus. Zur Aufführung gelangt „Das Gesetz“, Arbeiterdrama aus illegaler Zeit. Anfang abends 8 Uhr. Arbeiter und Arbeiterinnen von Wettin und Umgegend, erscheint in Massen. Eintritt an der Abendkasse 60 Pf., im Vorverkauf 50 Pf. bei den Genossen Wiebach, Johannesstraße 6, Ernst Pfau, Markt 21, und im Konsum.

Löbejün. Beim Aufspringen auf den Zug die Beine abgefahren. Auf dem hiesigen Bahnhof versuchten zwei junge Mädchen auf einem bereits in Fahrt befindlichen Kleinbahnzug aufzuspringen. Hierbei fiel das eine der Mädchen so unglücklich, daß ihr beide Beine abgefahren wurden.

Merseburg-Querfurt

Rattmannsdorf. Die rote Front ruft! Am Sonntag, dem 20. November, abends 7 Uhr, findet im Lokal „Hanstein“ ein Vortrag über „10 Jahre Sowjetunion“ statt. Referent von der U.-B.-L. ist zur Stelle. Anschließend findet eine Kinovorstellung statt. („Die Wolgaschiffer.“) Wir laden hiermit alle proletarisch denkenden Einwohner, sowie aus den umliegenden Ortschaften dazu herzlichst ein. Pflicht ist es für jedes Partei- und RFB.-Mitglied, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wünschendorf. „Golgatha“, so betitelt sich das Theaterstück, das der Lauchstädter Arbeiter-Sängerchor am Totensonntag im hiesigen Gasthaus aufführt. Die Arbeiter-Sänger kommen wieder auf vielseitigem Wunsch der Einwohnerschaft der Grunddörfer nach hier. Das Theaterstück zeigt, in welchen steten Gefahren der Bergarbeiter schwebt, trotz seines niedrigen Lohnes. Wir wünschen dem Verein, der bisher in jeder Weise für die Arbeiterschaft gewirkt hat, auch diesmal wieder ein volles Haus.

Lützen. Theaterabend. Am Sonntag, dem 20. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der dramatische Verein „Freie Volksbühne“ im „Bürgergarten“ einen großen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt ein Drama in drei Akten, betitelt „Stimmen der Tiefe“. Wer die Veranstaltungen der „Freien Volksbühne“ schon einmal besucht hat, wird festgestellt haben, daß diese Vereinigung über gute Kräfte verfügt. Da die Mitglieder unserer „Freien Volksbühne“ sich immer in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben, so auch wieder bei der letzten Revolutionsfeier, ist es Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft von Lützen und Umgegend, diese Veranstaltung zu besuchen. Das Eintrittsgeld beträgt 60 Pf., Eintrittskarten sind bei den bekannten Stellen zu haben.

Lützen. Gewerkschaftsversammlung. Am Sonnabend, dem 19. November, abends 8½ Uhr, im „Bürgergarten“ Versammlung aller dem Transport- und Kraftfahrgewerbe angehörenden Arbeiter zwecks Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Verkehrsbundes. Referent ist zur Stelle. Gäste sind eingeladen. Sämtliche Gewerkschaftskollegen, die mit Kollegen, die in einem derartigen Betrieb arbeiten, wollen dieselben auf diese Versammlung aufmerksam machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Achtung, Kompol-Konferenz Weißenfels — Teuchern — Zeitz

Am Sonntag, dem 20. November, vormittags 9 Uhr, findet in Teuchern für die Arbeitsgebiete Teuchern-Weißenfels-Zeitz, nachmittags 3 Uhr in Zeitz, eine Kompol-Konferenz statt, an der sämtliche Pol-, Org- und Kompol-Leiter teilzunehmen haben.

Das Weißenfelser Rumpfparlament und die Sozialdemokraten

Wie recht wir mit unserer Kritik über die politischen Ziele der Sozialdemokraten haben, beweist ein neuerlicher Artikel im „Volksboten" über unser Rumpfparlament. Zunächst erscheint es als eine Ironie, daß derselbe in der „Revolutions"-Nummer steht. In dem Artikel wird Stein und Bein gejammert über die bösen Bürgerlichen, daß sie — o welche Niedertracht! — den „Genossen" Winter nicht zum Beamten machen! Das ist für sie der strikte und alleinige Beweis, daß das Rumpfparlament beamtenfeindlich ist. Sonst hat man an der Arbeit der Bürgerlichen nichts auszusetzen. Keine Wohnungsnot, tadellose Sozialfürsorge, keine Interessenpolitik der Bürgerlichen, keine engherzige Grund- und Bodenpolitik, keine Steuerscheu, nichts. Aber beamtenfeindlich sind sie! Man frage den „Genossen" Winter, der vor lauter Sorge um sein tägliches Brot seine zwei Zentner „Lebendgewicht" erreicht hat. Nun, wir empfehlen ihm, diese seine Sorgen als Mitglied des bürgerlichen Schwimmklubs „Neptun" im kühlen Naß zu ersaufen. Das kann im kommenden Stadtparlament, wenn es wieder vollzählig ist, ja äußerst heiter werden. Wenn die durch die proletarischen Wähler zurückgedrängten Bürgerlichen mal etwas durchdrücken wollen, so brauchen sie nur einige Sozialdemokraten anzustellen und die herrliche Koalition ist fertig — wenn die proletarischen Wähler so dumm sind und überhaupt diese beiden wieder mit hineinschicken! Nun, wir werden dafür Sorge tragen, daß die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. Der Wahlkampf wird Gelegenheit genug bieten.

In Worten Radikalinskys, in Taten die übelsten Spießbürger

(Dem „Bötchen" zugeeignet)

Die Zeitzer SPD. weiß fast nicht mehr, mit welchen Phrasen sie die Arbeiterschaft an sich reißen soll. Aus aller Herren Länder werden die „Linksmänner" herangeschleift. In den letzten Tagen war es Max Adler, der die Zeitzer Arbeiterschaft mit linken Phrasen einlullen wollte. Wir haben seine scheinradikale Phraseologie schon genügend gekennzeichnet. Adler sprach hier in Zeitz über Kulturbedeutung des Sozialismus. Er redete, Kultur ist Klassenkampf und Klassenkampf ist Kultur, also alles schön klingende Sachen. Aber wie in Wirklichkeit die Kulturarbeit der SPD. aussieht, das erfahren wir in Nr. 268 des Lügenboten. Dort steht in einer Notiz unter Profen. Lichtbilder-Frauenvortrag im Gasthof Winkler, zu lesen: **„Trachten und Mode im Wandel der Zeiten!"**

Mit diesem Vortrage tritt das Kulturkartell zum erstenmal an die Oeffentlichkeit. Also etwas anderes kann auch der Evangelische Frauenverein seinen Mitgliedern nicht bieten. Ob das auch etwas mit Klassenkampf zu tun hat? Wir glauben nicht, denn die Proleten haben sich niemals den Trachten und Moden der Bourgeoisie anpassen können. Proleten konnten sich immer zu jeder Zeit nur notdürftig in Lumpen hüllen und was man den Frauen in Profen zeigen will, ist weiter nichts als spießbürgerlicher Kitsch. Die ganze Tendenz des SPD.-Kulturkartells ist weiter nichts als spießbürgerlicher Tamtam. Die Arbeiterschaft kann sich erst dann eine eigene Kultur schaffen, wenn sie die heutige Gesellschaftsordnung zerschlagen hat. Dazu ist aber notwendig eine starke Kommunistische Partei. Sie garantiert die beste Kulturbewegung.

Das ist das wahre Gesicht der Kirche

Das Begräbnis des Martin Gaudig in Eulau

Unter Beteiligung des ganzen Ortes wurde der 17jährige Martin Gaudig, Mitglied des Arbeiter-Radfahrervereins, Ortsgruppe Eulau, der, um nicht einer Blutvergiftung zu erliegen, freiwillig seinen Tod suchte, zu Grabe getragen. Die Grabrede hielt auf Wunsch der Familienmitglieder der Genosse Adolf Schuster aus Almrich, weil der „Seelsorger" die Grabrede verweigerte. Hierzu geht uns noch folgender Bericht eines Einwohners aus Eulau zu:

Der 17jährige Martin Gaudig, der trotz seiner Jugend in der Arbeiterbewegung stand, hatte sich in seinem Berufe als Maurer eine Blutvergiftung zugezogen. Außerdem kam noch die Kopfgrippe hinzu. Diesen Schmerzen war er unterlegen und er kam dem nicht zu entgehenden Tode zuvor. Ein Familienmitglied wandte sich an den zuständigen

Pfarrer Meißner, Gosek.

Dieser lehnte (Gaudig war sein Konfirmand) ab, weil er es nicht mit seinem Glauben vereinbaren könne, die Leiche zu segnen. Kurz entschlossen wandte sich der Bruder an den Vorstand der proletarischen Freidenkerbewegung. Dieser sandte das Mitglied der KPD., den Arbeiter Adolf Schuster aus Almrich. Die gehaltene Grabrede des Freidenkers fand allgemeine Anerkennung der gesamten Bevölkerung sowie der Familienangehörigen. Den Schaden, den der Pfarrer Meißner angerichtet bzw. der Kirche zugefügt hat durch sein Verhalten, dürfte nicht wieder gutzumachen sein, da der Freidenker allen aus dem Herzen sprach. Viele der Teilnehmer dürften nunmehr aus der Kirche, die hier ihr wahres Gesicht zeigte, indem sie dem Mütterchen und den Geschwistern den Trost versagte, austreten. Und das mit Recht. Heraus aus der Kirche, sie ist der Feind der Arbeiterschaft, sie hilft keinem in der Not, sie kann keinen Trost spenden, weil sie ein Instrument des Kapitalismus ist.

Arbeiter von Eulau, zieht die Lehre aus dem Freitod unseres so jung verstorbenen Jugendfreundes und Sportgenossen Martin Gaudig und aus dem Verhalten des Pfarrers Meißner. Heraus aus der Kirche!

Nehmen ist seliger denn geben — auch in Selau

Diesen Grundsatz der Kirche versucht sie dadurch gerecht zu werden, indem sie durch erhöhte Kirchensteuern versucht, dem Proleten das letzte Stückchen Brot vom Tische zu nehmen. Wie in allen Institutionen, so versteht die besitzende Klasse, getreu ihrem Grundsatz, auch hier alle Lasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Fest steht, daß in der hiesigen Kirchengemeinde Landwirte weniger Kirchensteuern zahlen als die Arbeiter. Wir möchten allen Arbeitern von hier aus den Rat geben, der Kirche doch endlich den Rücken zu kehren und nicht nur über die hohen Kirchensteuern zu klagen. Ein Gejammere hilft da durchaus nichts!

Nachdem man die für das große Völkermorden verwendeten Glocken durch zwei neue Armesünder-Glöcklein ersetzt hat und die Sammlung für die Neuanschaffung wahrscheinlich nicht ausreichte, müssen die Arbeiter durch erhöhte Steuern diesen Luxus eben bezahlen. Leider ist auch die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß bei der Einweihungsfeier sich einige Proleten nicht schämten, mitzuwirken. Allen Arbeitern, **die nur schimpfen über die hohen Kirchensteuern, möchten wir zurufen: „Das Schimpfen hilft Euch nichts, die Steuern müßt Ihr doch bezahlen. Zerreißt darum das Band, das Euch noch äußerlich an die Kirche fesselt, durch Austritt aus der Kirche. Die Abmeldung hat beim Amtsgericht in Weißenfels zu erfolgen. Austritt kostenlos! Ausweißpapiere sind mitzubringen.**

Weißenfels. Gedächtnisfeier. Am Sonntag, dem 20. November (Totensonntag) veranstaltet der „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung" in der Friedhofskapelle zu Weißenfels eine Gedächtnisfeier, zu der die Arbeiterschaft von Weißenfels und Umgebung eingeladen ist. Beginn vormittags 10 Uhr.

Naumburg. Achtung, Jahresversammlung. Am Sonntag, abends 8 Uhr, findet im „Goldenen Hahn" die Jahresversammlung der Proletarischen Freidenker statt. Wir ersuchen, daß alle Genossen erscheinen.

Naumburg. Durchgehende Pferde. In der großen Wenzelsstraße scheuten die Pferde des Rittergutes Reyhe und gingen durch. Bei dem Versuch, sie aufzuhalten, geriet der Kutscher unter den Wagen, so daß er einen komplizierten Bruch des rechten Armes davontrug. Ein junges Mädchen, das höchst erschrocken zur Seite sprang, kam zu Fall und brach den linken Arm zweimal.

Naumburg. Schwindel beim Wechseln. Hier wurde ein Schwindlerpaar festgenommen. Die Frau betrat in Begleitung ihres Mannes eine Reihe von Geschäften, wechselte bei kleinen Einkäufen einen Zehnmarkschein und steckte mit dem Kleingeld den Schein wieder ein. Der Trick gelang ihnen in einer Anzahl von Läden, bis sie gefaßt wurden.

Zeitz. Tödliche Folgen eines Sturzes. — Fahrraddiebstahl. Am 8. November war um 7 Uhr abends in der Parzellenstraße der etwa 50jährige Hausbesitzer G. M. vor seinem eigenen Hause besinnungslos aufgefunden. Er wurde ins Krankenhaus überführt, wo man einen Schädelbruch feststellte. Dessen Folgen ist M. gestern erlegen. — Gestern wurde in der Besenstraße ein Herrenfahrrad Marke „Afa" gestohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen und gelbe Gummigriffe. Das Schutzblech des Vorderrades fehlt. Der Wert des fast neuen Rades beträgt 120 RM. Als Täter kommt ein kräftiger Mann mit grüner Joppe und Aktenmappe in Frage. Zweckdienliche Angaben sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Zeitz. Dokumentenfälscher. In der Nr. 267 des „Volksboten" versuchen die Bergholz und Franken den ††† Kommunisten eins auszuwischen, indem sie Sätze aus einer Denkschrift der russischen Opposition veröffentlichen. Unter anderem bringen sie dabei in Fettdruck: „Der Arbeitstag beträgt selten weniger als zehn Stunden!" Nachdem bringt der „Volksbote" sofort einige statistische Zahlen über Arbeitslosigkeit. Er versucht dabei bei seinen Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob in der gesamten Industrie rein **10 Stunden gearbeitet würde. Derartigen Unsinn hat aber die** Opposition in Rußland niemals verbreitet. Es handelt sich bei den Angaben der Opposition nur um einen kleinen Bruchteil landwirtschaftlicher Arbeiter. Anstatt derartige Lügen zu verbreiten, möchten wir dem „Volksboten" empfehlen, einmal eine Statistik darüber zu veröffentlichen, wieviel Millionen Arbeiter in Deutschland überhaupt den Achtstundentag noch besitzen. Ganz abgesehen von den Landarbeitern, die ja noch nie den Achtstundentag gehabt haben. Der „Volksbote" schreibt weiter, die Unterstützungsfrist sei von einem Jahr auf anderthalb Jahre verlängert. Nun, Herr Bergholz, wie sieht es damit in Ihrer verhimmelten Hindenburg-Republik aus? Man müßte meinen, daß Leute wie Sie, die mit dazu geholfen haben, daß die deutsche Revolution 1918 niedergeschlagen wurde, wodurch sich auch das Tempo des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion verzögert hat, überhaupt kein Recht haben, Kritik an der Sowjetunion zu üben! Aber wir verstehen, im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft ist Ihnen jedes Mittel recht, um der klassenbewußten Arbeiterschaft eins auszuwischen, da scheuen Sie selbst vor den schlimmsten Fälschungen nicht zurück.

Haynsburg. Auf zur Revolutionsfeier. An dieser Stelle weisen wir nochmals auf die am Sonntag, dem 20. November, abends 7 Uhr, im Gasthof Haynsburg stattfindende Revolutionsfeier hin. Die Gedenkrede hält der Genosse Gutjahr, Zeitz. Das Kulturkartell ruft hiermit die gesamte Arbeiterschaft von Haynsburg und Umgegend dazu auf.

Grana. Autounfall. Auf der Landstraße nach Kretzschau ereignete sich gestern nacht gegen ½2 Uhr ein Autounfall. Ein Kraftwagen kam infolge der Glätte der Straße ins Rutschen und brach beim Anfahren an die Bordkante ein Vorderrad und ein Hinterrad. Auch sonst wurde das Auto erheblich beschädigt. Die beiden Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Zeitz

Stichtag	Gesamtzahl der Arbeitslosen			Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosen-Vers.			Krisenfürsorge			Notstands-Arbeiter		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	A.B.	K.F.	zus.
2. 11. 27.	406	239	645	96	44	140	48	12	60	13	7	20
9. 11. 27.	401	323	724	93	46	139	49	12	61	24	7	31
Zunahme	—	84	79	—	2	—	1	—	1			
Abnahme	5	—	—	3	—	1	—	—	—			

In der kommenden Woche dürfte sich das Bild infolge der Willkür der Grubenbarone wesentlich verschieben. Auf den Gruben Tirkau, Paul II, Sorge sind zahlreiche Arbeiter entlassen worden.

Mansfeld-Sangerhausen

Auf „Flügeln des Gesanges"

Kritische Worte zu den Sangerhäuser Konzerten

Am Freitag, dem 4. November, und am Sonntag, dem 6. November, veranstaltete die Musikgemeinde in der hiesigen Stadtschule Konzerte. Liest man die Kritiken darüber in den beiden hiesigen Zeitungen, so riecht einem der Servilismus schon entgegen. Es ist ja auch nur hier möglich, daß Laien sich befugt fühlen, Kritiken zu schreiben.

Die musikalisch-technischen Ausdrücke sind unter aller Kanone. Was sich die „Sangerhäuser Kreis-Zeitung" zum Beispiel unter einem „Kanon" vorstellt, ist etwas ganz Neues. (Armer Rustin!) „Die Ansprüche, die bei einem Kanon an den Dirigenten gestellt werden, sind sehr erheblich." (Beethovens IX. ist leichter?!!!) Und dann dieser Blödsinn: „Die weiteren Lieder wurden sämtlich von Herrn Krause selbst instrumentiert und ††† „ausgesetzt" (aussatzverdächtig?). Der Kritiker hätte sagen müssen, „abgeschrieben", instrumentieren ist etwas anderes. Wenn man sich als Komponist einer alten verlorenen, aber immer noch vorhandenen Melodie ausgibt und ist trotzdem nicht der Komponist, so kann man das als geistigen Diebstahl bezeichnen.

Und nun zu Haydns „Kindersymphonie"! Diese Stimmung!

Nicht eine Violine stimmte auch nur einigermaßen rein.

Wenn es auch ein leichteres Werk des Meisters ist, aber ein Werk so zu „versauigeln", **das spottet jeder Beschreibung!** Es soll hier nur eins angeführt werden:

Als Haydn am 27. März 1807 einer Aufführung seiner „Schöpfung" in London beiwohnte, war seine Gesundheit schon derart angegriffen, daß er dem Eindruck der berühmten Stelle „Und es ward Licht" nicht mehr standhalten konnte. Man mußte ihn aus dem Hause tragen. Hätte Haydn dieser Aufführung hier beigewohnt, er hätte bestimmt einen Schlaganfall erlitten! Hände weg von den Werken alter Meister, wenn man musikalisch noch unreif ist, es reicht ja kaum zur „Winzerliesel" aus!

Die „Sangerhäuser Zeitung" bezeichnet das „Volksblatt" scherzhafterweise als „unmusikalisch" und nennt das Söhnchen des Herrn Krause aus lauter Uebermut „Mozart-Krause". Wie geschmacklos lächerlich — —.

17 Tage

lang, vom 25. November an, gastiert die rote Theatertruppe Strzelewicz im Bezirk Halle-Merseburg. Trefft Vorbereitungen für die Veranstaltungen und nutzt sie zur Werbearbeit für Partei und Presse, denn unser aller Ziel ist eine starke

rote Klassenfront

Sehen wir uns nun einmal das Programm selbst an. Es sieht reichlich bunt aus und es birgt das Siegel der Geistesarmut in sich: „Lobe den Herren o meine Seele — Gott ist unsere Zuversicht — Schlafe wohl — Jäger aus Kurpfalz — Soldatenlied — Summ, summ, summ" usw. Wirklich ein Prachtprogramm. Wer vieles bringt, bringt jedem etwas ??

Was sagen wir als Proletarier zu dieser „Kunst und Volksbildung"? Kämpfen wir nicht gegen den religiösen Kult und halten unsere Kinder vom Religionsunterricht fern? Was geschieht hier im Gesangsunterricht? Ist denn der Gesangsunterricht zum Religionsunterricht geworden? Professor Gestenberg sagte in einer Rede: „Die Schule bildet immer noch die Rekruten für die Kirche aus, durch den Chorgesang."

Ist es denn zu verwundern, daß solche Programme geliefert werden, wenn der Lehrer und Erzieher reaktionär eingestellt ist und vor den Kindern mit dem EK. I. herumtanzt?

Müssen die Kinder immer wieder daran erinnert werden, daß sie ihren Vater in dem Völkermorden verloren haben? Es gibt wirklich noch schamlose Menschen!! Wir können als Arbeiter niemals Vertrauen in solche Erzieher setzen, die sich aus reinem Egoismus vor der Oeffentlichkeit brüsten wollen.

Es ist ja sehr erfreulich, daß sich die Kinder jetzt während des Gesangsunterrichts setzen „dürfen". Ja, die Vernunft bricht sich langsam Bahn! Auch scheint Herr Krause sich das Schlagen oder Werfen mit dem Stock nach den Köpfen der Kinder abgewöhnt zu haben, wir hätten dem Herrn sonst ganz gern ein anderes Betätigungsfeld für seine sportlichen Uebungen überwiesen, nämlich einen — Ochsenstall.

Und nun zum Schluß. Welchen Einfluß die Bourgeoisie der Gewalt der Töne beimißt, das beweisen am besten die Militärmärsche, die brutalen Fanfaren des vergangenen Soldatenzeitalters, die man zu dem Zweck, die Massen für das Kriegshandwerk im Interesse des Kapitalismus abzurichten, erfand und schuf. Dazu die seichte, inhaltsleere Liedertafelduselei, die verlogen und räuberisch sich am Menschen auswirkt.

Wir als Proletarier brauchen die Kunst des Gesanges zur Beflügelung unseres Aufwärtsstrebens, die wahre, siegbringende, befreiende Kunst. Singt und kämpft, Klassengenossen! Wohlan im kleinsten Kreis zur höchsten Kraft!

Was der „Bauer von Gehofen" zu berichten weiß

(Kleinbauerkorrespondenz)

Soeben brachte der Herbstwind eine Meldung an den „Bauer von Gehofen", daß in Gehofen nur echte Schweinewurst gemacht würde, mit 20 Proz. Stärkemehl, das noch außerdem 25 Prozent Wasser an sich zieht, so daß 55 Proz. Wurstteile übrigbleiben. Der Fabrikant, der da in Frage kommt, betreibt ein Geschäft zwei Jahre. Im vorigen Jahr hatte er 40 [illegible] Strafe bezahlt und jetzt vor 3 Wochen 60 Mark. Arbeiter von Gehofen, da muß es doch für Euer Geld ein Genuß sein, solche Appetitswurst zu kaufen! Ich habe das Empfinden, die schmeckt besser als solche von Haarmann, weil der Fabrikant ein politischer Gegner von Euch ist!

*

Die „Gnädige Frau" führt den Krieger-Verein. Das Mitglied H. Mandler wurde aus dem Krieger-Verein rausgeschmissen wegen Nichtzahlung des Festbeitrages zum Schützenfest der Schützen und Stahlhelm musketen. Der Grund zum Rausschmeißen war eine willkommene Gelegenheit, für die „gnädige Frau". Das beweist der Vorfall am Vorabend des Festes als S. Jordanland sagte: „Du gehörst auch nicht in Krieger-Verein!" Ja, Herr Jordanland, Sie **haben recht, die Arbeiter gehören nicht dahin, die gehören in die rote Front! Sorgen Sie mal dafür, daß die Kerle, die noch bei Ihnen herumquirlen, zur Vernunft kommen!**

*

Die Arbeiter-Radfahrer zu Gehofen (Gau 16, Bezirk 12), die sportlich auf der Höhe sind, haben 70 bis 80 Mitglieder. Von diesen Mitgliedern werden 11 Exemplare einer Arbeiter-Zeitung gelesen. 2 bis 3 Mitglieder sind freigewerkschaftlich organisiert. Nun glauben diese Sportler, sie hätten ihrer proletarischen Pflicht genügt. Sportler, von Euch lesen noch 50 Mann bürgerliche Wurstblätter. Ihr habt bei Euren Eltern dafür zu sorgen, daß diese Zeitungen, die Euch täglich bekämpfen, aus dem Hause fliegen. Bestellt bei R. Markgraf den „Klassenkampf".

Der Bauer aus Gehofen, am Kyffhäuser.

Eisleben. Wir verweisen auf zwei Bekanntmachungen der Kontrollstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, Merseburg, im heutigen Anzeigenteil.

Eisleben. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne hält am Sonntag (Totenfest) einen Theaterabend im „Volkshaus" ab. Es kommt zur Aufführung das Drama: „Wer wirft den ersten Stein", ein Warnungsruf in fünf Akten. Dieses Stück zeigt in höchst eindrucksvoller Weise die Auswirkungen der Geschlechtskrankheiten. Es ist sicher das eindringlichste auf diesem Gebiete. Der Besuch des Abends ist allen Arbeitern zu empfehlen. Unterstützt die Arbeiter-Samariter.

Oberröblingen. Immer wieder ungesicherte Bahnübergänge. Ein beladener Düngerwagen des Rittergutes Oberröblingen wollte einen Bahnübergang überfahren. Infolge des herrschenden Frostes kamen die vorgenannten Maultiere ins Rutschen und konnten den Wagen nicht mehr vorwärts bringen. In diesem Moment kam auch der fahrplanmäßige Zug von Allstedt und fuhr in das Gespann hinein. Dem Geschirrführer gelang es, sich noch zu retten. Die Tiere kamen unter die Lokomotive und wurden getötet. Der Wagen wurde zertrümmert. Die Schuld an dem Unglück liegt allein an den ungesicherten Bahnübergängen der Dawes-Bahn.

Polleben. Der Lux, die Polizei und die Plakate. Auch diesmal hatten sich die „verfluchten" Kommunisten wiederum in Polleben eingefunden und Plakate zur Zehnjahresfeier der Sowjetunion angebracht. Welch ein Erwachen stieg da in mir auf, als ich vor diesen Plakaten stand! Zehn Jahre Sowjetmacht! Dort herrscht die Diktatur des Proletariats und hier in Deutschland — steht man unter der Knute kapitalistischer Blutsauger! Aber es kommt die Zeit, wo die Ketten gesprengt werden, die um uns geschmiedet sind, und wir übergehen zum Sturze der Bürgerblock-Regierung. Dann wird es den Herren Landjägern nicht mehr möglich sein, kommunistische Plakate abzureißen. Diesmal fanden sich die „Liebhaber" schon in den frühen Morgenstunden ein und die Jagd auf die Plakate ging los. Sollten die Landjäger für ihre mühselige Arbeit eine Entschädigung verlangen, so können sich die Herren an mich wenden. Am anderen Morgen prangten wiederum Plakate. Die waren aber von seiten der Nazi angeklebt. Da haben sich die Hüter der Ordnung natürlich nicht daran vergriffen. Die Kommunisten werden hoffentlich darauf antworten. Genossen! **Vergeßt Polleben nicht mit Plakate zu schmücken.**

Der Lux.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Nachmachen!

Am 13. November unternahm die Wittenberger Rote Jungfront eine Landagitation, die wiederum ein glänzendes Resultat brachte. Es wurde folgendes von 8 Jungfront-Kameraden umgesetzt:

61 „Die Rote Front",
19 „10 Jahre USSR.",
34 „Was wollen die Kommunisten",
18 „Der Stahlhelm in Deutschland",
20 „Nationalisierung und Erwerbslosigkeit",
60 „Knüppel".

Wer macht es diesen Genossen nach?

Die Bitterfelder Behörde bevorzugt die faschistischen Drillanstalten

Die bürgerlich-reaktionären Sportverbände schlucken Geld — Protest und Kampfruf der Arbeitersportler

Am vergangenen Donnerstag hatte das Sportkartell Bitterfeld die Arbeitersportler zu einer Versammlung ins „Gesellschaftshaus" gerufen, in der der Vorsitzende des Bezirkssportkartells Genosse Oertel (Halle) sprach.

„Meine Aufgabe heute ist", so führte er aus, „Euch den Weg zu zeigen, wie Ihr nach der Arbeit für die Arbeiter-Sportbewegung werben könnt. Es soll gezeigt werden das Schädliche der bürgerlichen Sportbewegung. Leider zeigt sich, daß unsere Sportler es hier an der nötigen Initiative fehlen lassen. Man braucht doch nur darauf hinzuweisen, was der bürgerliche und

was der Arbeitersport leistet.

Wohl liegt der bürgerliche Sport weit zurück. Erst nach dem Kriege nahm der Arbeitersport einen gewaltigen Aufstieg. Sport war ein Privileg der Besitzenden. Bis ins Altertum zurückgehend finden wir, daß die Besitzenden, die die Arbeit von Sklaven verrichten ließen, den Sport nur betrieben als Körper- und Schönheitspflege. Für den Plebs gab es keinen Sport. Auch heute noch sehen wir die Bourgeoisie, und besonders deren „Damen". Sport und Sportauswüchse betreiben, um ihren Körper, die „Formen" zu „verschönern". Der bürgerliche Sport der letzten Jahrzehnte wird noch heute von seiten der Bourgeoisie unterstützt. Zahlenmäßig ist die bürgerliche Sportbewegung uns noch immer überlegen. Wie ist dies zu erklären? In der Vorkriegszeit waren die bürgerlichen Sportvereine Vorbereitungsanstalten des Militarismus und sind es auch heute noch. Die Arbeiter-Sportbewegung war zu schwach, die schaffende Jugend aus diesen Vereinen restlos herauszuziehen. Aber heute muß es möglich sein. Die Gewerkschaften besonders sollten es sich angelegen sein lassen, den letzten Gewerkschaftler aus den bürgerlichen Sportvereinen herauszuziehen. Der bürgerliche Sport macht den Sport im Gegensatz zur Arbeiter-Sportbewegung zu einer individuellen Beschäftigung. Mancher Arbeiter aus den bürgerlichen Sportvereinen hält uns entgegen, wir seien zu politisch. Gewiß, aber mehr als in den bürgerlichen Sportvereinen kann wirklich nicht Politik getrieben werden. Wer einmal eine bürgerliche Sportversammlung besucht, könnte sich dort von der Politik im Sinne der Kriegshetze überzeugen. Auch von den Regierungszuwendungen bekommen die Arbeiter-Sportvereine wenig zu sehen. Ein katholischer Verein in Halle hatte dabei von 32 000 Mk., die für den ganzen Bezirk zur Verfügung standen, allein 1000 Mk. bekommen.

1925 lag dem Landtag ein Antrag vor, 24 Millionen für die Sportbewegung zu bewilligen. Dieser Antrag wurde dem finanztechnischen Ausschuß überwiesen, der 3 Millionen vorschlug. Die Deutschnationalen zwackten noch eine halbe Million ab. Daneben wurden noch 900 000 Mk. zur persönlichen Verfügung dem Minister Hirtsiefer bewilligt. Die 2½ Millionen wurden den Provinzen prozentual zugeteilt. Der Regierungsbezirk Merseburg mit 2000 Vereinen bekam 32000 Mk. Hiervon erhielten die hallischen Arbeiter-Sportvereine 1500 Mk. Der Reichsausschuß für Leibesübungen (bürgerlich) bekam natürlich den Löwenanteil.

Hier in Bitterfeld ist es der Herr Wiemann, der alle Gelder den bürgerlichen Sportvereinen zufließen läßt. Die Arbeiter-Sportvereine bekommen keinen Pfennig. Das muß aufhören. Die Arbeitersportler müssen durch die Schaffung eines Kartells dem Schalten und Walten dieses Herrn eine Grenze ziehen.

Einwirken müssen wir besonders darauf, daß sich jeder Arbeitersportler gewerkschaftlich und politisch organisiert, daß jeder alles daran setzt, den letzten Arbeiter aus den bürgerlichen Sportvereinen herauszuholen. Wenn wir das tun, dann wirken wir mit am Befreiungskampf des Proletariats."

Genosse Petermann ging darauf noch besonders auf die örtlichen Verhältnisse ein und der Genosse Kissig schloß die Versammlung mit dem Appell:

Jeder Arbeitersportler sei ein revolutionärer Kämpfer!

Wo decken die Ramsiner Arbeiter ihre Einkäufe?

Der rote Kurier übermittelt uns ein Kirmesgespräch, das für sich spricht. Erstens wollen wir hervorheben, daß am Biertisch viel geschwindelt wird. Das ist auch hier der Fall. Die Gemeindevertretung hätte eine 5. Steuerrate beschlossen usw. usw. . . .

Die Herrschaften am Schwindeltische sollen sich nicht über Arbeiter unterhalten, die ihre traurige Lage erkannt haben.

Der rote Kurier ruft allen Arbeiterfrauen zu: Tätigt Eure Einkäufe in der Konsumgenossenschaft. Noch nie hat Ramsin eine solche Kleinkrämerwirtschaft gekannt, wie sie heute besteht. Arbeiterinnen, Euch sieht man solange gern, solange Ihr Euer sauer verdientes und weniges Geld zum „Tütchenkrämer" bringt. Wir als Arbeiter wollen nicht nachahmen wie diese unter sich, indem einer den andern unterdrückt. Das Bedürfnis nach Fleisch- und Wurstwaren in Ramsin ist nicht so groß. Eine jede Arbeiterfamilie deckt ihren Einkauf in der Konsumgenossenschaft.

Genossenschaftler, auf die Schanzen, kämpft auf genossenschaftlichem Gebiete für Eure Ziele. Macht die Genossenschaft zum Machtinstrument der Arbeiter gegenüber den Gelüsten der Bürgerblockregierung.

„Du sollst den Feiertag heiligen"

Das neue Diktat des Magistrats in Gräfenhainichen

Wahrscheinlich von diesem Motto ausgehend, gibt der Magistrat bekannt, daß von jetzt an jede Arbeit, die Geräusch verursacht, Sonntags in und außer dem Hause verboten ist. Der Prolet nun, der die ganze Woche von früh bis abends schuftet und gezwungen ist, Sonntags sein Holz zu hacken, mag nun einen Tag in jeder Woche zu Hause bleiben. In dieser Bekanntmachung wird hauptsächlich noch besonders betont, daß das Schlachten der Schweine Sonntags untersagt ist. Damit glaubt vielleicht der Magistrat, daß auch der Arbeiter, der sich in der glücklichen Lage befindet und sich mit vieler Mühe ein Schwein großgefüttert hat, wegen des Schlachtens auch einen Tag der Arbeit fernbleiben kann, da sich sonst wohl die Rentenscheine zu hoch auftürmen könnten. Und diese Verfügungen und Gesetze nennen die Herren von der Sozialdemokratie „Errungenschaften" der Revolution.

Bitterfeld. Achtung, die Bergarbeiterkinder kommen noch nicht. Da wir benachrichtigt worden sind, daß die Kinder von Berlin erst Freitag über acht Tage kommen, fällt die Demonstration für heute abend weg. Alle Kameraden und Genossen treffen sich daher erst am Freitag, dem 25. November, abends ½7 Uhr, am Bahnhof. Alle anderen Anweisungen erfolgen noch.

Bitterfeld. Adreßbuch. Von der letzten Auflage des Adreßbuches der Stadt Bitterfeld ist noch ein Restbestand abzugeben. Die Abgabe erfolgt im Rathhaus, Zimmer Nr. 9, zum Preise von 50 Pfennig.

Holzweißig. Mieter heraus! Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr im Lokal Häser öffentliche Mieterversammlung. Referent Genosse Hoppe, Halle. Die Holzweißiger Arbeiterschaft muß sich Aufklärung holen.

Wolfen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nähe des Restaurants „Weintraube". Ein Lastwagen mit zwei Anhängern des Zirkus Sarrasani machte, als er auf dem Wege nach Leipzig war, an der Wegkreuzung vor dem Restaurant Halt, um sich nach dem richtigen Wege zu erkundigen. Ein Arbeitsloser aus Dessau, der als Beifahrer mitfuhr, stolperte beim Wiederaufsteigen auf den Anhänger und kam unter die Räder des zweiten Anhängers. Ein Bein wurde derart verstümmelt, daß mit der Amputation gerechnet werden muß.

Gräfenhainichen. Feuersbrunst. Etwa 15 000 Mark Schaden richtete ein Großfeuer am Montagmorgen an. Die Scheune des Kaufmanns Karl Stolze brannte mit Inhalt bis auf die Umfassungsmauern nieder. Ebenso wurden trotz der herrschenden Windstille die Stallungen des Bäckermeisters Kersten und das Dachgeschoß der gegenüberliegenden Scheune des Gastwirts Wahren arg mitgenommen.

Aus Anhalt

Dessau. Arbeitermord. Beim Verlegen von Gasrohren ereignete sich in Dessau-Törten ein Unfall, bei dem ein Arbeiter erhebliche Quetschungen, ein zweiter Arbeiter leichte Brandwunden davontrug. — **Selbstmord** durch Einatmen von Leuchtgas beging der 15 Jahre alte Bäckerlehrling Belger. — **Die Frauenleiche am Bahndamm.** Am Bahndamm der Strecke Dessau—Roßlau wurde unweit des Rosenhäuschens eine zerstückelte Frauenleiche gefunden. Man nimmt an, daß es sich um die ledige 26jährige Wöckel handet, die bereits seit Wochen vermißt wird und sich vor einen Zug geworfen haben kann.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk (Handball). Verbindlich

Spielausschuß. Sonnabend, den 19. November, beim Sportgenossen Förster, Merseburger Straße 53. Sitzung. Anfang ½8 Uhr. — Sonntag, den 20. November, 9 Uhr, im „Volkspark" Turnspielertag. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Berichte. 3. Anträge. 4. Neuwahlen. 5. Veranstaltungen 1928. 6. Verschiedenes. Es werden die Vereine ersucht, pünktlich zu erscheinen, da nachmittag alles auf dem Minerva-Platze sein muß. Die Schüler von Seeben sind abgemeldet.

„1893" Weißenfels

Kampfabend der Kraftsportler

am Sonnabend, 19. November, 20 Uhr im „Stadttheater"

Fortuna Dölau 1. — VfB. Lettin 1.

Auf dem Sportplatz „Bahnhof Heide" treffen sich kommenden Sonntag zwei alte Rivalen. Lettin, der eigentliche diesjährige Bezirksmeister, steht dem vorjährigen Bezirks- und Kreismeister im Freundschaftsspiel gegenüber. Ist Dölau wieder in alter Form, dann wird erst nach Kampf der Glücklichere einen Sieg erringen. Allen Sportanhängern ist ein Besuch des Spieles sehr zu empfehlen.

Langendorf 1. — Apolda 2. 7 : 2 (3 : 2). 1. Jugend — Apolda Jugend 2 : 2 (1 : 0). 1. Jugend — Union Jugend 3 : 2 (2 : 0). Spiele am Sonntag, dem 20. November: Langendorf 1. — Sportfreunde Naumburg 1. in Naumburg, Langendorf 1. Jugend — Viktoria Halle 1. Jugend (Union-Platz). Anstoß 1 Uhr.

Achtung, Gruppe Zeitz. Mache auf den am 20. November bei R. Wagner stattfindenden Gruppenturntag aufmerksam. Beginn 8½ Uhr. Ausweise und Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

6. Bezirk, 5. Gruppe. Sonntag, den 20. November, mittags 1 Uhr, findet im Gasthaus „Rotes Haus" unsere letzte Kinderturnstunde statt. Hierzu müssen alle Vereine, die Schülerabteilungen haben, unbedingt vertreten sein zur Weiterentwicklung unseres Schülerturnens. Ferner erwarte ich noch die Meldungen zum Werbeturnen der meisten Vereine, die Zeit drängt, beeilt Euch, laßt Euch nicht als Bummelanten veröffentlichen. Karl Schöne, Teicha 35, Vorsitzender.

Entscheidungs-Ringkämpfe in Naumburg

um die Bezirksmeisterschaft, zirka 84 Einzelkämpfe

Am Sonntag, dem 20. November, nachmittags 4 Uhr, im Hotel „Zur Post"

Sportfreunde willkommen. [812] Die Bezirksleitung.

ASC. Halle (Fußball). Sonntag, den 20. November, spielen 1., 2. und Jugend gegen Sportlust. 1. um ½3 Uhr, 2. um 1 Uhr und Jugend um 12 Uhr. Treffpunkt für 1. um 2 Uhr, 2. um 12 Uhr und Jugend um 11 Uhr auf der Peißnitz. [807

ASC. Halle (Handball). Spiele für Sonntag, den 20. November: 1. 10 Uhr, 2. 9 Uhr, Sportlerinnen 11 Uhr. Alles Peißnitz. [808

Fußballabteilung Fichte-Ammendorf. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere fällige Monatsversammlung am Sonnabend, dem 19. November, im „Burgschlößchen" stattfindet. Nichterscheinen wird bestraft. [809

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle a. S., e. V. Sonnabend abend ½8 Uhr in der Johannisschule Trockenskikursus. Schneeschuhe sind mitzubringen. Sonntag, den 20. November, Halbtageswanderung nach dem Ammendorfer Naturfreundehaus. Abmarsch 2 Uhr Rannischer Platz. Geschäftsstunden: Jeden Montag und Freitag von 5 bis 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 31. [810

Fichte-Halle (Handball). Adler Sportlerinnen und Schiri zur Kenntnis, daß das Spiel bereits um ½11 Uhr stattfindet. [811

Freier Wassersportverein Halle (Handball). Ammendorf 1. und dem Schiedsrichter zur Kenntnis, daß das Spiel gegen Schwimmer 1. am Sonntag, dem 20. November, nicht stattfindet. Die 2. Mannschaft trifft sich ½9 Uhr auf der Peißnitz, die Sportlerinnen ½11 Uhr ebenfalls auf der Peißnitz, die Jugend um 8 Uhr im Bade. [813

Sportklub 1905, Halle. Dieskau 1. Mannschaft und dem Schiedsrichter zur Kenntnis, daß das Spiel Dieskau 1. — 09 1. aus technischen Gründen nicht stattfinden kann. J. A.: Kurt Jacob, 1. Spielführer. [814

Der falsche Prinz

Mein Leben und meine Abenteuer

HARRY DOMELA

Copyright 1927 by Malik-Verlag / Berlin [13

Der Winter ging bereits zu Ende, als ich eines Abends meinen Freund zur verabredeten Zeit nicht antraf. Ich wartete, wartete. Er kam nicht. Ich wurde ungeduldig, ging in die Vorhalle des Bahnhofs, nirgendwo war er zu sehen. Ich ging in den Wartesaal zurück und wartete beunruhigt weiter. Da er sonst immer pünktlich war, konnte ich mir sein Ausbleiben nicht erklären. Der Kellner, der ihn kannte, hatte auch keine Ahnung. Ein Berber, den ich fragte, zuckte mit den Achseln. Bis Mitternacht wartete ich. Er kam nicht. Am nächsten Abend wartete ich wiederum. Vergeblich! An einem der folgenden Tage ging ich durch die Leipziger Straße. Da glaubte ich ihn vor mir zu sehen! Da, da! — und ich war betrogen. Irgendein fremder Mensch sah mich erstaunt und von oben bis unten an. So erging es mir mehrfach, doch hatte ich noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben. Wo war mein Freund? Jetzt empfand ich, was er mir geworden war: die Hälfte meines eigenen Selbst. Ueberall in den Kneipen fragte ich herum. Man lachte schon über mich. Nach und nach verlor ich die Hoffnung, und eine müde Trauer befiel mich. So mußte es jemand zumute sein, der einen lieben Toten stumm und gedankenvoll zu Grabe trägt. Mußte ich Wolf, meinen Freund, meinen Kameraden, meinen Lebenswecker, zu Grabe tragen? Wo mochte er sein? Da traf ich eines Abends einen anderen Vagabunden, der Wolf ebenfalls gekannt hatte. „Du, der Fähnrich ist verschütt' gegangen", erzählte er mundfertig, „den haben sie bei einem Einbruch gekascht. Er wäre noch ausgerückt, wenn ihm nicht ein Nachtwächter gerade die Kanone vor die Brust gehalten hätte. Ein paar Jahre gibt's mindestens." Wie Donnerschlag traf es mein Ohr! Unfaßbar! Ganz benommen ging ich die Straße dahin, ging in den Tiergarten, warf mich irgendwo mit dem Gesicht platt auf den Boden und heulte, heulte aus ganzer Tiefe, faßte krampfhaft den Rasen und stöhnte mein Leid in die dumpfe Erde hinein, in der bereits die neuen Kräfte des Jahres schwärten und gärten. Hernach irrte ich durch den dunklen Park, überall an seinem Rande vor dem nie rastenden Getriebe der Großstadt schmerzlich zurückschreckend, immer wieder in sein Dunkel zurücktastend, bis ich gegen Morgen, als bereits eine fahle Dämmerung heraufzog, auf einer Bank einschlief.

Nun war ich wieder ganz allein. Nachts schlief ich jetzt im Tiergarten auf den Reitwegen, tagsüber taumelte ich todmüde durch die Straßen und bettelte. Es wurde Frühling. Stundenlang saß ich am Tage im Tiergarten auf einer Bank in der Sonne und starrte vor mich hin. Alles war mir jetzt so furchtbar gleichgültig. In die Museen ging ich jetzt nicht mehr; ich konnte die Sammlung, die dazu nötig war, nicht mehr aufbringen. Auf mein Aeußeres legte ich überhaupt keinen Wert mehr. Ich war jetzt so verkommen und verschmutzt, daß ich erst später das Verhalten der Leute verstehen konnte. Wenn jemand von mir abrückte — und ich meinte damals, daß jeder sich vor mir entsetzte —, so spürte ich nur die Blutwelle in mir hochgehen, so spürte ich in mir nur den Trieb, einem solchen Menschen ins Gesicht zu speien. Wenn ich in den gepflegten Straßen der Reichen umherging, so mußte ich mich manchmal beherrschen, einem Manne, der mir mißfiel, nicht ein Schimpfwort an den Kopf zu werfen. Ein im Vorbeigehen aufgefangener verächtlicher Blick konnte mich rasend machen, so daß ich mich erst nach Stunden beruhigen konnte. Gegen jeden gut aussehenden Menschen wurde allmählich ein Haß in mir wach, der mich zu verzehren drohte. Paria, der ich wohl geworden war, fühlte ich mich für kurze Zeit wohler und aufgehoben, wenn ich mich unter meiner Kaste, in der Welt des Kietzes, befand. Aber lange hielt es mich auch hier nicht. Hier sollte ich nicht untergehen. Ich sollte nicht unter diesen Ausgestoßenen landen. Ich schien vielmehr verdammt zu sein, meinem nutzlosen Leben bald ein Ende zu machen. Die Gedanken, die Wolf in mir hatte rege werden lassen, sie umschwebten mich jetzt wie wirre Fieberdelirien und schüttelten meinen schwachen Körper. Wie Gespenster jagten sie durch meinen Kopf und hetzten mich. Meine Nerven wurden immer überreizter. Jede Demütigung beim Betteln war für mich jetzt eine Höllenqual.

Eines Vormittags befand ich mich auf dem Kurfürstendamm. Wohin ich wollte, wußte ich nicht. Willenlos ließ ich mich von den Menschen treiben. Ich war furchtbar müde. Die Sonne schien warm und freundlich. Ich wagte es nicht, mich auf eine der Bänke zu setzen, da die Passanten mich wie einen Aussätzigen ansahen. Ich ging immer weiter. Am Olivaer Platz konnte ich nicht mehr. Ich mußte mich setzen. Auf der Bank saß ein Kindermädchen. Ich setzte mich auf die äußerste Kante. Vor ihr stand ein eleganter, weißlackierter Kinderwagen. Zwei Kinder tollten vor der Bank umher. Das Mädchen, mit Schwesternhäubchen und Lackschuhen, stocherte sich in den Zähnen herum. Als das eine Kind sich beobachtend vor mir aufstellte, rief sie: „Pfui! Komm sofort hierher! Hörst Du nicht?!" Als das Kind mich weiter neugierig ansah, sprang sie auf und riß es weg. „Kannst Du nicht hören, Du unartiges Balg!" Daraufhin setzte sie sich wieder, möglichst weit von mir entfernt. Ich fühlte, wie mir das Blut durch die Schläfen fuhr. Jetzt krabbelte sie in einer kleinen Handtasche und zog eine Pralinenpackung und einige eingewickelte Brötchen heraus. Zuerst machte sie sich über die Pralinen her. Sie knabberte jede zuerst an und untersuchte die Füllung. In zehn Minuten war die Packung leer. Nun wickelte sie die Brötchen aus und besah sich den Belag. Das eine paßte ihr nicht. Sie warf es in einen danebenstehenden Papierkorb. Mich würgte der Hunger, daß ich die Zähne aufeinanderbeißen mußte. Mittlerweile war sie mit den Brötchen fertig geworden. Sie stand auf, warf mir noch einen verächtlichen Blick zu, rief die Kinder und verschwand. Kaum war sie verschwunden, als eine alte Dame um die Ecke bog. Ich wollte mir gerade das Brötchen aus dem Papierkorb holen. Die alte Dame hatte Strickzeug mitgebracht und ließ sich geruhsam nieder. Es vergingen eineinhalb Stunden. Die alte Dame ging, doch hatten sich inzwischen andere Leute gesetzt. Als ich ungefähr drei Stunden zwischen Hunger und Müdigkeit gekämpft hatte, schlief ich ein. Ich erwachte durch einen Stoß, der mir die Mütze vom Kopf fliegen läßt. Ein Polizeibeamter steht vor mir. Neugierige bleiben stehen. „Hier ist kein Asyl für Obdachlose! Machen Sie, daß Sie wegkommen! Aber schnell! Marsch! Los! Ist ja noch schöner! Am hellichten Tage lungert dieses Pack schon hier herum!" Ich hebe meine Mütze auf und trolle mich. Der Polizeibeamte schaut mir groß nach; wohin ich sehe, Ekel und Verachtung blicken mir entgegen.

Ein anderes Mal stehe ich auf der Plattform der elektrischen Bahn, die nach dem Westen fährt. Ein Gymnasiast wurde von andern Fahrgästen an mich herangedrückt. Erst jetzt bemerkte er mich. Er entsetzte sich so über meinen Anblick, daß er förmlich zurückprallte und ein verlegenes Gefühl des Ekels nicht unterdrücken konnte. Ohne zu überlegen, sprang er vom fahrenden Wagen ab und schaut mir mit starren Augen nach. Dieser Vorgang packte mich mit einer Stärke, daß ich mich im selben Augenblick zu Boden gedrückt wähnte. Durch mein Gehirn raste es: was hat dieser Junge, der so alt ist wie du, vor dir voraus? Könntest du nicht das gleiche sein? . . . Ich hatte eine gute Kindheit gesehen, war in einem anständigen Bürgerhause herangewachsen. Warum entbehrte ich den Schutz, den dieser Junge in meinem Alter genoß? Wodurch hatte ich ein so hartes Schicksal verdient? Ich sah, wie die Menschen sich vor mir wie vor einer ekelhaften Kröte abwandten. Da zischte plötzlich etwas in mir auf, es packte mich eine so maßlose Wut, daß es mir schwarz und blau vor den Augen wurde; es brauste durch mich eine Gewalt, die mich zu sprengen drohte; ich hatte das Gefühl einer Riesenkraft, so daß ich blindlings um mich hätte hauen mögen. So stellte ich mir den Zustand kurz vor dem Ausbruch eines pötzlichen Wahnsinns vor. Ich fürchtete auf einmal, unter der Last des eben Erlebten zusammenzubrechen, und dennoch hatte ich das Gefühl des Steigens, des Dahinschwebens . . . Ob ich um mich geschlagen habe, weiß ich nicht. Ich verlor die Besinnung. Was mit mir geschah, weiß ich nicht. Als ich aus meiner Ohnmacht erwachte, fand ich mich auf einer Bank in den derben Händen von Polizeibeamten, die mich dann zur Wache führten. Als ich dort wieder zu wüten anfing, gaben sie mir links und rechts ein paar um die Ohren und warfen mich hinaus. Des Abends verkroch ich mich im Tiergarten, warf mich zu Boden und konnte gar nicht aufhören zu weinen, zu weinen, um die schon einmal gespürte, süß betäubende Ohnmacht des Schluchzens und des Schmerzes voll auszukosten.

Ich stand vor dem Zusammenbruch. Kälte, Nässe, Wetter und Wind, sie hatten meinem Körper nichts anzuhaben vermocht. Ich hatte mich so daran gewöhnt, daß ich mir nichts mehr aus der Witterung gemacht hatte. Aber was jetzt an mir nagte, was sich jetzt in mich hineinfraß, dies schüttelte meinen ganzen Körper, durchfieberte ihn so, daß alles an meinem Leib flog. Schon nach einigen Schritten brach ich in Schweiß aus. Dabei quälten mich dauernd Kopfschmerzen, und ein dumpf bleiernes Gefühl saß im hinteren Teile des Schädels und wich nicht. Anhaltende Müdigkeit lag auf mir. Immer häufiger erlebte ich jetzt Verzweiflungsanfälle so daß ich meinte, nicht weiterleben zu können. Ich dachte an Wolf, der im gleichen Alter einen Selbstmord versucht hatte. Sollte ich meinem ganzen verpfuschten Leben ein Ende machen? Ich glaubte, vorm Wahnsinn zu stehen. Ich war krank, krank . . . Ich sah entsetzlich abgemagert aus. Wenn ich mich auf der Straße im Spiegel sah — und wie oft mußte ich mich in den vielen Schaufenstern spiegeln —, so glaubte ich, einem fremden Menschen zu begegnen, der mich mit einer verzerrten Fratze ansah. War ich dies noch? Hohläugig, hohlwängig, mit abfallenden Schultern, mit schlotternden Beinen, verkommen, in Schmutz und Lumpen? Ich, Harry Domela . . .?

Ja, dies hatten die zwei bis drei Monate vermocht, seit ich Wolf verloren hatte. Der Achtzehnjährige, der sich damals in den Straßen rings um den Anhalter Bahnhof schleppte, war nur noch der Schatten eines Menschen, war der Schatten Harry Domelas.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Der Streit über den Bau des Landeserziehungsheimes in Eilenburg

Die Provinzialverwaltung wüstet mit den Steuergroschen der Arbeiter

In den bürgerlichen Zeitungen wurde vor einiger Zeit eine Notiz der Pressestelle der Provinzialverwaltung von Sachsen veröffentlicht, worin über den Bau des Landeserziehungsheims in Eilenburg geschrieben wurde. Nach einer Kostenberechnung wurde die Bauausführung bereits vor längerer Zeit einem Berliner Architekten übertragen und kürzlich wurde der Bau des Erziehungsheims auch in Angriff genommen. Die Provinzialpressestelle beklagte sich nun darüber, daß die Gesamtkosten sich fast verdoppelt hätten, nachdem ein Teil der Rohbauten bereits fertiggestellt war Der Architekt wurde in den Bann der Provinzialverwaltung getan und man warf ihm Unterschätzung vor. Die Pressestelle hütete sich allerdings, durch Zahlenangaben ein genaues Bild über die Erhöhung der Bausumme zu geben. Daher kann man wohl den Eindruck gewinnen, daß die Vorwürfe gegen den Architekten übertrieben sind.

Neuerdings wurde bekannt, daß seitens der Provinzialverwaltung dem Landeserziehungsheim verschiedene Besuche abgestattet wurden, durch die wahrscheinlich die Ueberschreitung des Kostenanschlages auch nicht gemindert wurde. Wir haben uns nun selbst von der Beschaffenheit des Erziehungsheims überzeugt. Einer unserer Korrespondenten hat das Landeserziehungsheim aufgesucht und schreibt uns folgendes:

„Ich habe der Anstalt einen Besuch abgestattet, der der Provinz nichts kostet (wie der Besuch der vielen Kommissionen usw.), der aber der Oeffentlichkeit verschiedene Fingerzeige gibt, wie man mit ihren Steuergroschen umspringt. Es ist schwer, sich durch das Labyrinth der gegenseitigen Aussagen der Provinzialverwaltung und des Architekten hindurchzufinden. Höchstwahrscheinlich ist die Sache tüchtig aufgebauscht. Bei dem Besuch erfuhr ich von den Arbeitern, daß man den Architekten fristlos entlassen hat. Das kann wahrscheinlich der Provinzialausschuß nicht vollkommen verantworten. Zufällig hatte ich Gelegenheit, unmittelbar nach dem Besuch in Eilenburg einen Angestellten des Architekten zu sprechen. Dieser war ganz empört und erzählte mir, daß

von Merseburg (wahrscheinlich vom Dezernenten für Erziehungsanstalten) fortwährend Aenderungen angewiesen worden seien. Dadurch sei ein kontraktmäßiges Arbeiten natürlich nicht möglich gewesen, denn die Aenderungen hatten schließlich auch mehr Kosten verursacht.

Da ich kein Sachverständiger bin, kann ich nicht alle Einzelheiten wiedergeben. Dem Gespräch entnahm ich aber, daß bei dem Bau für die Beamten die Aenderungen mehr als 1000 Mark ausgemacht hätten.

Ueber die Anstalt selbst muß gesagt werden, daß die bis jetzt fertiggestellten Abteilungen gut ausgeführt wurden. Ueber die Inneneinrichtungen in bezug auf Räumlichkeit und Verwendung der Räume kann man natürlich anderer Meinung sein. Der Hochbauverwaltung der Provinz kann in diesem Zusammenhang ein Vorwurf nicht erspart bleiben. Man muß sich fragen, ob die Herren jemals in die verschiedensten Grundrisse Einblick genommen haben und ob sie sich jemals ernstlich mit Eisenkonstruktionen beschäftigt haben Wenn man den Bau sieht, kann man das nicht voraussetzen. Ein Maurer sagte mir, daß von dem verbrauchten Eisen zwei Anstalten gebaut werden können. Der Holzverbrauch steht dem übermäßigen Eisenverbrauch nichts nach. Balken, Sparren und Zangen könnten ruhig um die Hälfte schwächer sein. Alles in allem: man kann nach dem Geschehenen den Eindruck nicht los werden, als ob unsere Provinz über die Ohren im Gelde steckt. Hoffentlich wird im Provinzziallandtag etwas Licht in diese dunkle Angelegenheit gebracht. Dabei wird nicht nur genügen, daß der Landtag ein ernstes Wort mit den Insassen des Ständehauses spricht. Jedenfalls ist hier

arg mit den Steuergeldern der breiten Massen gewüstet,

was man jetzt auf das Schuldkonto des Architekten zu schieben versucht."

Soweit der Bericht unseres Korrespondenten. Wir haben dem nichts hinzuzufügen als das eine:

Die kommunistische Fraktion des Provinziallandtags wird schon für die notwendige Klarheit sorgen.

Die Revolutionsfeier in Eilenburg

Am Freitag, dem 11. November, veranstaltete die KPD. und der RFB. im Saale der „Stadthalle" eine Revolutionsfeier zum zehnjährigen Bestehen der Sowjetunion. Als Einleitung spielte der Mandolinenklub unter Leitung von Emil Lang „Brüder, zur Sonne" und den „Russischen Trauermarsch". Beide Lieder wurden gut zum Vortrage gebracht. Genosse Bruno Rothe trug eine im Sinne des Abends gehaltene Rezitation vor Darauf hielt Genosse Lademann das Referat. In treffenden Ausführungen verstand er es, den Werdegang der russischen Revolution den Anwesenden klarzumachen Bittere Wahrheiten sagte er der SPD., welche die Schuld daran hat, daß es der deutschen Arbeiterschaft heute so erbärmlich geht. Zum Schlusse brachte der Referent ein Hoch auf die proletarische Revolution aus, worin die Anwesenden bis auf die zwei Polizeibeamten begeistert einstimmten.

Im zweiten Teil des Abends trug zunächst Gen. Heinze eine Rezitation vor. Nachdem wurden vom Jung-Spartakus-Bund fünf lebende Bilder aufgeführt. Zum Schlusse spielte der Mandolinenklub die „Internationale". Der Vorsitzende, Genosse Kaufmann, forderte die Anwesenden auf, sich einzureihen in die Kommunistische Partei und deren Presse, den „Klassenkampf", zu lesen.

Eilenburg. Parteikursus am Mittwoch, dem 23. November, beginnt in Eilenburg ein Parteikursus (vier Abende). Thema: „Die Grundlagen des Sowjetstaates." Referent: Genosse Rothe, Eilenburg.

Eilenburg. Die Reichsbank läßt hier im nächsten Frühjahr ein Reichsbankgebäude errichten. Bisher hatte hier die Reichsbank in gemieteten Räumen gearbeitet Jedenfalls hat das bis jetzt schon genug eingebracht.

Rackwitz. Genug geschunden. Dem Reichsbahnassistenten Friedrich Sämisch wurde ein Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg sowie von Generaldirektor Dorpmüller und der Reichsbahndirektion Halle a. S. durch Reichsbahnsekretär Rudert für 43jährige Dienstzeit überreicht. Dafür soll er sich sicher etwas kaufen. Mit Hindenburg-„Ehren"briefen, die gleich in großer Masse versandt werden (solange der kleine Vorrat reicht), will man den alten Leuten, die sich ihr Leben lang geschunden haben, einen „sorgenlosen Lebensabend" bereiten. Das dürfte aber nicht reichen, denn allen fehlt es an Geld.

Lehelitz. Selbstmord. Seinem Leben freiwillig ein Ende machte der zweitälteste Sohn eines hiesigen Gutsbesitzers, indem er sich in den frühen Morgenstunden im Pferdestall des elterlichen Gehöftes erhängte.

Neues aus aller Welt

Neue Verhaftungen in der Pariser Fälscheraffäre

Die Pariser Fälscheraffäre mit ungarischen Wertpapieren nimmt immer größeren Umfang an und gerät gleichzeitig in ein eigenartiges politisches Fahrwasser. Während der ungarische Gesandte Baron Koranyi verschiedene Zeitungen beschuldigt, unwahre Behauptungen zu veröffentlichen, werden auf der anderen Seite immer neue Vernehmungen und Verhaftungen vorgenommen. Gestern abend nahm die Pariser Polizei den Kaufmann Renné Haas fest, wodurch die Zahl der wegen dieser Affäre verhafteten Personen auf acht steigt. Haas wohnte im gleichen Hause wie die Brüder Touboni.

Der „Matin", der bei der Rakowski-Hetze führend war, möchte auch in dieser Angelegenheit eine Antisowjethetze entfesseln.

Orkanschaden in Washington

Ein Orkan suchte gestern nachmittag den Südwesten und Nordosten Washingtons heim. Zahlreiche Gebäude stürzten ein, bei anderen wurden die Dächer abgerissen. Eine Anzahl von Personen wurde verletzt.

Ein Küstendampfer im Sturm gekentert

Aus Algier wird gemeldet, daß ein Küstendampfer im Sturm gekentert sei. Die gesamte Besatzung in Stärke von 16 Mann soll ertrunken sein.

Wettersturm und Kälte in Italien

In Italien ist plötzlich eine ungewöhnlich starke Kälte eingetreten. Die Temperatur fiel auf neun Grad unter Null. Der Vesuv ist mit Schnee bedeckt. In Neapel zeigt das Thermometer fünf bis sechs Grad. Auf Sizilien haben starke Regengüsse und Stürme vielfach Schaden angerichtet.

Zugzusammenstoß bei Brünn

Auf der Station Schlappanitz bei Brünn stieß der aus Brünn kommende Abendschnellzug mit einem Güterzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden zehn Reisende sowie der Zugführer und der Heizer des Schnellzuges verletzt.

Einbrecherjagd in Belzig

Der Anschlag auf die Stationskasse

Ein Bahnbeamter überraschte zwei Einbrecher, denen es durch Nachschlüssel gelungen war, in den Stationsraum einzudringen, als sie gerade dabei waren, den Geldschrank aufzuknacken. Es gelang den Verfolgern, die beiden Täter, aus Berlin stammend, in einem Personenzuge auf der Station Beelitz (Heilstätten) festzunehmen und in das Amtsgerichtsgefängnis in Belzig einzuliefern.

Dempsey knapp dem Tode entronnen

Als Dempsey nach einer Verhandlung das Gericht verlassen wollte, stürzte ein Fahrstuhl, in dem sich Dempsey und Richard befanden, plötzlich neun Stockwerke hinab. Durch einen Zufall blieb er unverletzt.

Krach bei den Ozean-„Helden"

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, werden die zwischen den beiden Piloten Starke und Loose bestehenden Unstimmigkeiten, die die Verzögerung des Weiterfluges der D 1230 nach Amerika verschuldet haben sollen, (?) wahrscheinlich zu der Abberufung Starkes führen.

Das Ansehen ist futsch. Der Mohr hat nichts gekonnt. Er kann gehen.

Ein finnisches Flugzeug vermißt

Ein Flugzeug der Aero-Gesellschaft ist auf der Fahrt von Reval nach Helsingfors verschwunden Die Forschungen nach dem Flugzeug sind bisher erfolglos geblieben.

Landung einer Ozeanfliegerin auf der Varietébühne

Wie gemeldet wird, hat die Atlantikfliegerin Miß Ruth Elder sich verpflichtet, hundert Tage hindurch auf Varitébühnen in Neuyork, Washington, Baltimore und anderen Städten bei einem Gehalt von tausend Dollars pro Tag aufzutreten.

Der Sultan von Marokko, Mulai Jussuf, ist gestern vormittag gestorben. Mulai Jussuf regierte seit 1912.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Meist wolkig, keine oder nur unerhebliche Schneefälle. Temperaturen in der Nähe des Gefrierpunktes. Mäßig südöstliche Winde.

Für das übrige Deutschland: Strichweise geringe Schneefälle, in der östlichen Hälfte Deutschlands trüb, im Westen zeitweise aufheiternd. Temperaturen meist unter Null. Im Osten stärkere Fröste.

Briefkasten

Naundorf. Freidenker. Bekanntgabe des Moralunterrichts war nicht mehr möglich, da die Notiz erst am Mittwoch bei der Redaktion landete.

Arbeiterkorrespondenten der Unterbezirke Bitterfeld, Delitzsch, Torgau-Liebenwerda! Eine Anzahl Berichte erscheinen später, da erst das wichtigste Material veröffentlicht wird. Berichte kürzer abfassen!

Verantwortlich: Max Lademann, M d L. Halle a d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil Fritz Kroh Halle a. d. S

Ihre spröde Haut

bedarf einer ganz besonderen Cream, die aus allerbestem Rohmaterial hergestellt ist, reinigend und heilend wirkt. Die rauhe Herbstluft schadet Ihrer Schönheit nicht mehr, wenn Sie Ihre Gesichtshaut für die Nacht mit Elida-Coldcream leicht einreiben.

Elida Coldcream bewacht über Nacht ihren Teint.

ELIDA LEIPZIG

Tube M. 1.—
Tiegel M. 1.50

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Samtich, Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Halle. Stadtteile. Wir ersuchen die Genossen, den „Bolschewistischen Kurs" bei der Bezirksleitung abzuholen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Löbejün. Sonnabend, 19. November, im „Schwarzen Adler" Mitgliederversamml.
Ammendorf. Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, im „Burgschlößchen" Sitzung aller Betriebs- und Straßenzellen sowie sämtlicher Funktionäre.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, Kommunalkonferenz. Referent: Genosse Kilian.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 19. Nov., abds. 8 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung d. Zellengr. 1. Es haben zu erscheinen: Zelle 1, 2, 3, Rasberg u. Wünsch.
Draschwitz. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, im „Hirsch" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Lademann, M. d. L.
Hohenmölsen. Sonnabend, 19. Nov., abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Rupich. „Klassenkampf"-Leser und Sympathisierende sind hierzu eingeladen.
Teuchern. Sonnabend, 19. Nov., abds. 8 Uhr im „Grünen Baum" Frauenversammlg.
Teuchern. Sonnabend. 19. Nov., abds. 8 Uhr, im „Grünen Baum" Funktionärsitzung.
Naumburg. Freitag, 18. Nov., abds. 8 Uhr, im „Gold. Hahn" Mitgliederversammlg.
Osterfeld. Sonntag, den 20. November, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Revolutionsfeier. Referent: Genosse Hans Schröter.
Haynsburg. Sonntag, den 20. November, abends 8 Uhr, Revolutionsfeier.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Jahna. Sonnabend, den 19. November, abends 7 Uhr, bei Haberland kombinierte Versammlung RJB und KPD. Referent ist anwesend.
Bad Schmiedeberg. Sonnabend, 19. November, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" öffentliche Einwohnerversammlung Referent: Genossin Hedwig Krüger, M. d. L.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Sonnabend, 19. November, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Kommunalkonferenz für die Ortsgruppen Mückenberg, Dolsthaida, Naundorf und Bockwitz.
Liebenwerda. Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, in der „Reichskrone" Kommunalkonferenz für sämtliche Ortsgruppen des Kreises Liebenwerda.

Abteilung Geiseltal. Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, Abteilungsversammlung in Neumark b. Schumann.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, Kameradschaft 1 und 2 Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Sonnabend, den 19. November, Mitgliederversammlung.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Höhnstedt, Werbebezirk 4. Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, außerordentliche Werbebezirksversammlung bei Hoffmann, Höhnstedt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung haben die Ortsgruppen Langenbogen, Zappendorf restlos zu erscheinen. Auch müssen die Ortsgruppen Wansleben, Teutschenthal, Bennstedt, Röblingen vertreten sein. Es soll eine neue Zusammenstellung vorgenommen werden. Vertreter der Untergauleitung ist anwesend.
Erdeborn. Sonnabend, 19. November, Mitgliederversamml. Gasthof „Zum Stern".

Untergau Sangerhausen

Sonnabend, den 19. November, in Sangerhausen Revolutionsfeier. Alle Kameraden beteiligen sich daran.

Untergau Wittenberg

Untergau Wittenberg. Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr in Wittenberg im Gewerkschaftshaus Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.
Annaburg. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, Kameradschaftssitzung. Funktionäre eine halbe Stunde früher.

Untergau Zeitz

Sonntag, 20. November, vormittags 10 Uhr, Untergaukonferenz in der „Herberge". Jede Ortsgruppe hat zwei Delegierte zu entsenden.
Zeitz. Heute abend 8 Uhr in der „Herberge" Kameradschaftsversammlung.
Rasberg. Heute abend 8 Uhr im Gasthof „Adler" Mitgliederversammlung.
Sonntag, 20. November, Werbebezirksausmarsch nach Mutschau. Daran beteiligen sich die Ortsgruppen Theißen, Naundorf, Streckau. Antreten 1 Uhr „Stern".
Zeitz. Rote Jungfront. Heute abend 8 Uhr im Jugendheim Funktionärsitzung.

Untergau Delitzsch

Sonntag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, im „Lindenhof" (lange Stube) Untergaukonferenz Referent der Gauführung anwesend. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.
Zschortau. Sonnabend, 19 Nov., Sonntagscher Gasthof Mitgliederversammlung 8 Uhr.
Delitzsch. Sonntag, den 20. November, abends 7 Uhr, im „Lindenhof" Theater- und Werbeabend.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Tr.
Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner, Leipzig Nr. 14 971.

Untergau Halle-Saalkreis

Sonntag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, R.J.-Vorkonferenz für Untergau Halle-Saalkreis. 10 Uhr Untergaukonferenz Halle-Saalkreis. Jede Ortsgruppe des Untergaues Halle-Saalkreis muß vertreten sein. Die Ortsgruppen haben evtl. Anträge zur Gaukonferenz mitzubringen. Von der Ortsgruppe Halle nehmen die Abteilungsführer und der Ortsvorstand teil.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Sonntag, 20. Nov., vorm. 9 Uhr, bei Wötzel, Unterberg, Mitgliederversammlung. Gruppenführer haben unbedingt einzuladen.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Rote Jungfront. Sonntag, 20. Nov., vorm. 9 Uhr, bei Wötzel, Unterberg, Mitgliederversammlung. Gruppenführer haben unbedingt einzuladen.

Untergau Merseburg

Die Ortsgruppen werden ersucht, sofort die Fragebogen der Roten Jungfront einzusenden.
Kötzschen-Beuna. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, Vollversammlung beim Kameraden Weigeld.
Sonntag, 20. Nov., vorm. 10 Uhr, in „Stadt Leipzig" Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.
Querfurt. Heute abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Schützenhaus". Referent der Gauführung ist anwesend.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet (Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5.)

Werbebezirk Zentrum. Mitgliederversammlung Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben". Sehr wichtige Tagesordnung. Jedes Mitglied hat unbedingt zu erscheinen. Referent der Gauleitung anwesend.
Weißenfels. Mitgliederversammlung Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Bericht von der Gaukonferenz.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 244 25

Kötzschen-Beuna. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 20. November, nachmittags 2½ Uhr an bekannter Stelle. Referent: Otto Härtel, Halle.
Piesteritz. Mitgliederversammlung am Montag, dem 21. November, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Alle Genossen haben zu erscheinen.
Aue-Aulsdorf. Rote-Hilfe-Werbeabend. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, findet im Gasthof eine Veranstaltung der Roten Hilfe statt. Neben Musikaufführungen und Rezitationen wird der Genosse Härtel, Halle, über Klassenjustiz und Aufgaben der Roten Hilfe sprechen. Alle Einwohner von Aue-Aulsdorf sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Teilnehmer der Bezirkskonferenz müssen Mitgliedsbücher des KJVD. und der Gewerkschaften mitbringen.
Halle. Sonntag abend ½8 Uhr in der Produktiv Zusammenkunft. Brettspielabend. Liederbücher sind mitzubringen. Genossen, welche keine besitzen, können zum Preise von 25 Pf. dieselben beim Kassierer erhalten.
Halle. Sonntag nachmittag 2 Uhr Hallmarkt Wanderung; bei schlechtem Wetter fällt sie aus.
Ammendorf. Sonntag Unterhaltungsabend im Jugendheim.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Unterhaltungsabend.
Zeitz. Sonntag 20 Uhr im Jugendheim Abendveranstaltung.
Weißenfels. Montag 20 Uhr Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Donnerstag Bericht von der UB.-Konferenz.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Heute abend 6 Uhr Uebungsstunde des Spielmannszuges bei Körpchen, Unterberg.
Halle. Freitag nachmittag ½6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend. Handarbeitszeug mitbringen.
Halle. Sonnabend nachm. 5 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Funktionärsitzung.
Weißenfels. Sonnabend, 19. Nov., nachm. 5 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.
Wittenberg. Sonntag, den 20. November, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus Antreten zum gemeinsamen Spielnachmittag mit den Piesteritzer Pionieren nach dem „Volksheim" in Piesteritz.
Wittenberg. Montag, den 21. November, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus Spielabend.
Wittenberg. Donnerstag, den 24. November, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus Gruppenabend der Karl-Liebknecht-Zelle.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Halle. Sonnabend, 19. Nov., nachm. ½5 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben" Kindervorstellung.
Bitterfeld. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung.
Holzweißig. Der Rücktransport der Bergarbeiterkinder aus Berlin erfolgt nicht, wie irrtümlich bekanntgegeben ist, heute, Freitag, sondern erst in der nächsten Woche. Genauer Termin wird noch bekanntgegeben.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

A2 D2 B3 C3 A3 D3 B4 C4 A4 D4 B5 C5 A5

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101927111 8-11/fragment/page=0012
DFG

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 39 – Freitag, den 18. November 1927

Wird Deutschland von einer neuen Wirtschaftskrise betroffen werden?

(Arbeiterkorrespondenz)

Nachstehend geben wir mit unwesentlichen Kürzungen die Zuschrift eines Genossen wieder. Die Redaktion behält sich eine endgültige Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen vor und betrachtet nachfolgenden Artikel vielmehr als einen Beitrag zu einer nicht unrichtigen Diskussion innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften. Wir erwarten weitere kurze und präzise Zuschriften zu der angeschnittenen Frage.

R.S. In allen Kreisen wird jetzt eine sehr eifrige Debatte darüber geführt, ob Deutschland wohl von einer neuen Wirtschaftskrise betroffen wird. Diese Frage spielt auch für die Arbeiterschaft vor allem deshalb eine sehr große Rolle, weil ja die Kapitalisten bestrebt sind, alle Lasten aus solchen Krisen auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Arbeiterschaft muß aus diesem Grunde die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse nach den Anzeichen einer entsprechenden Krise untersuchen und sich in ihrer politischen Arbeit dementsprechend einstellen.

Die zu erwartende Krise, das kann schon heute gesagt werden, wird nicht wie die im Jahre 1923 eine Währungskrise, eine neue Inflation sein, sondern es wird sich bei der neuen Krise um eine Warenkrise handeln, in welcher man um die einzelnen Absatzmärkte für diese Waren ringen wird. Aufgabe nachfolgender Zeilen soll es sein, die Anzeichen der kommenden Krise zu umgrenzen und aus ihnen die für die Arbeiterschaft notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, deren dieselbe bedarf, um erfolgreich die Abwälzung der Lasten auf ihre Schultern abzuwehren.

Man kann natürlich nicht den Termin, wann die Krise einsetzt, auf Tag und Stunde genau festlegen. Aber folgende Anzeichen sind schon heute bemerkbar. Zunächst muß festgestellt werden, daß durch die Rationalisierung sowie den Ausbau des ganzen Produktionsapparates eine Mehrerzeugung von Waren zu verzeichnen ist, denen nur ein beschränkter Absatzmarkt zur Aufnahme zur Verfügung steht. Zum zweiten sehen wir, daß das Heer der Erwerbslosen nach wie vor noch eine Riesenarmee von rund 1 Million Arbeitern darstellt, die der Kapitalismus nicht in der Lage ist, wieder in den Produktionsprozeß aufzunehmen.

Die kommende Krise wird des weiteren durch den Umstand verschärft werden, daß Deutschland im Jahre 1928 doppelt soviel an Reparationszahlungen zu leisten hat, als im Jahre 1926. Der Dawes-Plan ist es auch, der Deutschland in der Schaffung neuer Auslandsabsatzmärkte behindert. Wenn wir uns der vergangenen Jahre erinnern und zurückdenken, wie die Ausbeutung mehr und mehr verschärft wurde, wie die Löhne herabgesetzt wurden, wie das Unternehmertum die Arbeitszeit verlängerte, dann können wir ermessen, was es bedeutet, wenn die deutsche Bourgoisie im kommenden Jahre noch höhere Dawes-Zahlungen zu leisten hat und ebenfalls versuchen wird, auch noch die Mehrlasten auf unsere Schultern abzuwälzen. Deshalb werden auch im kommenden Frühjahr die Kämpfe der Arbeiterschaft um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit sich mehr und mehr ausbreiten. Auf diese Kämpfe gilt es, sich vorzubereiten.

Wie sehr der deutsche Kapitalismus bei der Erweiterung seines Absatzmarktes auf das Ausland angewiesen ist, beweist der Schrei der Bourgeoisie nach Kolonien. Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß dieses Drängen nach Kolonien unweigerlich zu kriegerischen Verwicklungen führen muß. Von besonderer Bedeutung jedoch für uns als Arbeiter ist die Stellung der deutschen Kapitalisten gegenüber der Sowjetunion. Deutschland hat sich mehr und mehr in die Reihe derjenigen imperialistischen Staaten eingereiht, welche mit allen Mitteln versuchen, Rußland zu dem Absatzgebiet und der europäischen Kolonie der Vorkriegszeit zu machen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat also alle Ursache, die augenblickliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und hat sich vor allem vor illusionären Hoffnungen auf ein dauerndes oder jedenfalls jahrelanges Anhalten der augenblicklichen Konjunktur zu hüten.

Gasfeuerung im Leuna-Werk

Im Zusammenhang mit den in den verschiedenen Abteilungen der Werke der J. G. Farbenindustrie sich geltend machenden Bestrebungen, die Wärmewirtschaft zu rationalisieren (siehe untenstehende Meldung aus Leverkusen), schweben auch Erwägungen beim Leuna-Werk, eine bedeutsame Umstellung vorzunehmen. Der Plan geht dahin, die entölte Braunkohle derart als Rohstoff zu verwenden, daß möglicherweise schon im Laufe des nächsten Jahres das ganze Leuna-Werk auf der Grundlage des im Generator aus dieser Braunkohle gewonnenen Gases betrieben werden kann.

Es soll also nicht die Braunkohle verseuert werden, sondern Gas unter die Kessel geführt werden, das aus Braunkohle gewonnen wird. Das hat den großen Vorteil, daß erst die Nebenprodukte gewonnen werden können und trotzdem die Heizkraft dieselbe bleibt. Es ist dies ein Umstellungsprozeß, zu dem alle größeren Werke übergehen werden, die auf Braunkohle aufgebaut sind.

J. G. Leverkusen erhält Ferngas

Die J. G. Farbenindustrie Leverkusen hat mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk einen Vertrag abgeschlossen, der eine Lieferung von Gas aus dem Ruhrgebiet durch Fernleitungen vorsieht. Bemerkenswert ist, daß die J. G. in Leverkusen modernste Anlagen zur Gaserzeugung besitzt, die nun stillgelegt werden. Es kommen jährlich etwa 15 Mill. Kubikmeter zur Lieferung in Frage.

Neue Kapitalkonzentrationen

Der Chemie-Konzern Rhenania-Kuhnheim, eins der wenigen noch außerhalb des Farbentrusts stehenden Chemie-Unternehmungen, hat dem Farbentrust den Verkauf einer Reihe von Chemikalien, insbesondere Schwefel und Schwefelprodukte, übertragen. Solche Verkaufsgemeinschaft pflegt der Vorläufer einer engeren Interessengemeinschaft, eines Aufgehens der kleineren Gesellschaft in den größeren Trust zu sein.

Die niederschlesischen Kohlenzechen im Waldenburger Steinkohlenrevier beginnen sich zu einer niederschlesischen Steinkohlenbergbau-A.-G. zusammenzuschließen. Zunächst haben sich die Kokswerke und chemischen Fabriken A.-G., die Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube, die der Gemeinde Breslau und den Linke-Hofmann-Werken gehören, und die von den Rütgers-Werken kontrollierte Kulmiz-Gewerkschaft an der neuen Trustgesellschaft beteiligt. Die dem Fürsten Pleß gehörenden Zechen, auf die fast ein Drittel der Gesamtförderung von Niederschlesien entfällt, bleiben vorläufig außerhalb des Trusts. Die niederschlesische Bergwerks-A.-G. wird ein Kapital von 35 Millionen Mark ausweisen.

Drei westdeutsche Waggon-Unternehmungen, van der Zypen & Charlier GmbH. in Köln-Deutz, A.-G. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm Karl Weyler & Co., schließlich Killing & Sohn in Hagen i. W., haben sich zu einer Aktiengesellschaft, Vereinigte Westdeutsche Waggon-Fabriken in Köln, mit einem Aktienkapital von 11 Millionen Mark zusammengeschlossen. Der Zweck ist: „Schärfere Zusammenfassung der Fabrikation und Herabsetzung der Unkosten", also kapitalistische Rationalisierung. Die Quote der Beschäftigung der neuen Gesellschaft für die Reichsbahn beträgt 13,5 Prozent von deren Aufträgen.

Rußland als Absatzgebiet für die deutsche Industrie

OE. Als Sonderveranstaltung des Auseninstituts der Berliner Technischen Hochschule fand am Sonnabend, dem 12. November, ein Vortrag von Oberregierungsbaurat a. D. Dr. Ing. F. Bethold über „Das heutige Rußland als Absatzgebiet für die deutsche Industrie" statt, in dem über die Beteiligung der deutschen Industriefirmen an dem bisherigen Wiederaufbau und an dem Kraftwerkbau in Rußland interessante Einzelheiten mitgeteilt wurden. So erfuhr man, daß die AEG. seit 1925/22 Turbinen nach Rußland geliefert hat. Die beiden größten Typen dieser Turbinen sind für das Großkraftwerk „Krywoj-Rog" bestimmt, das bekanntlich nach dem Projekt der AEG. ausgeführt wird und für das die Firma auch die Transformatoren, Schaltanlagen und die Kohlenstaubfeuerung der Kessel liefert. Für das Kraftwerk „Semo Amischaly" im Kaukasus, das unter Leitung der Siemens-Bauunion errichtet worden ist, wurde nur eine Francis-Turbine in Deutschland bestellt, nach der die übrigen drei in Rußland nachgebaut wurden. Besonders eingehend behandelte Dr. Bethold die deutsche Mitarbeit an dem Wiederaufbau des südrussischen Industriegebiets, sowie am Ausbau der russischen Naphthaindustrie, die technisch auf eine völlig neue Grundlage gestellt wird. Interessant war dabei die Mitteilung, daß außer dem bekannten 20-Millionen-Mark-Auftrag auf Lieferung von Röhren für die Naphthaabrleitung Baku-Batum (deren Gesamtkosten sich auf etwa 100 Millionen Mark stellen) auch bereits Bestellungen auf sonstige Ausrüstung an Behältern, Pumpstationen und Armaturen in Deutschland gemacht worden sind bzw. Verhandlungen darüber zurzeit geführt werden.

Der Kampf der britischen Kohle um neue Absatzmöglichkeiten

Die bürgerlichen Wirtschaftszeitungen bringen eine Notiz, wonach sich der Wert der Ausfuhr der britischen Kohle in den ersten zehn Monaten 1927 um zirka 30 Millionen Pfund Sterling erhöht habe gegenüber derselben Zeit im Vorjahre. Er erreicht die Höhe von 579 Millionen. Die bürgerliche Presse knüpft daran die Behauptung, daß die Hauptursache dieser Erscheinung die wachsende Wiedereroberung der ausländischen Märkte durch die britische Kohle sei.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die englischen Kohlenindustriellen wohl einen harten Kampf führen, um die nach dem englischen Kohlenbergarbeiterstreik verlorengegangenen Absatzgebiete wieder zurückzuerobern, daß es ihnen aber bisher nicht gelungen ist, den alten Stand von vor dem Streik in der Ausfuhr zu erreichen. In diesem Kampf um die Wiedereroberung des Kohlenabsatzmarktes waren die Anstrengungen gewiß teilweise von großem Erfolg. Die Ursachen der Steigerung der Kohlenausfuhr liegen in folgendem: Das an sich schnelle Vordrängen der englischen Kohle auf dem Weltmarkte war nur möglich auf Grund des modernen technischen Apparates im englischen Kohlenbergbau, der in Verbindung mit der verstärkten Ausbeutung der Bergarbeiter nach deren Niederlage eine relative Verbilligung der Kohle zuließ. Die englischen Kohlenausfuhrpreise sind in den letzten drei Monaten von über 20 Schilling auf 16½ Schilling gesunken. Die staatlichen Subventionen, die seit Ausbruch des Bergarbeiterstreiks in Wegfall kamen, konnten also teilweise durch Mehrarbeit der englischen Bergarbeiter bei gleichzeitiger Lohnkürzung erreicht werden. Eine andere Ursache in der Erweiterung des englischen Kohlenmarktes liegt in der Tatsache begründet, daß die langfristigen Lieferungsverträge, die von seiten der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie bzw. dessen Kohlensyndikat mit dem Großabnehmern abgeschlossen waren, nach und nach abgelaufen sind. Außerdem ist bis zu einem Teil auch die tatsächliche Güte der englischen Steinkohle dabei von Einfluß gewesen. Inwieweit die englische Handelsflotte die Kohle zu verbilligten Frachten verschifft und der Kohlenpreis durch die Umlage verbilligt wird, entzieht sich zurzeit unserer Kenntnis.

Das Uebertreiben der bürgerlichen Presse in bezug auf die Steigerung der Kohlenausfuhr findet darin seine Erklärung, daß sowohl die Großeisenindustrie als auch das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ihren Vorstoß auf Verlängerung der Arbeitsverordnung des Reichsarbeitsministeriums betätigen wollen.

Statistik als Waffe im Klassenkampf

Was ist Statistik?

Eine kleine Geschichte soll diese Frage beantworten: Ein Arzt, Entdecker einer neuen, umstrittenen Heilmethode, spricht in einer Berufsversammlung über sein Serum. Die Mitteilung, daß selbst bei den ersten Versuchen 50 Prozent aller Fälle günstig ausgegangen sind, tötet viele Zweifel. Aber ein unverbesserlicher Zweifler fragt nach der absoluten Zahl der Behandelten; und da brach das ganze stolze Gebäude dieser Statistik zusammen: nur zwei Patienten waren nach der neuen Methode behandelt worden, einer also hatte die Sache glücklich überstanden.

Ist das Statistik? Nein. Das ist nur Tendenzstatistik. Wer eine objektive Statistik bringen will, muß zuerst die Art ihrer Aufstellung angeben. Tut er das nicht — es gibt natürlich auch Fälle, in denen man voraussetzen kann, daß die Unterlagen und Methoden der Berechnung allgemein bekannt oder zugänglich sind — so fälscht er bewußt, oder er spielt mit den Zahlen. Das mag gehen, solange solche Tabellen innerhalb der vier Wände eines Privatbetriebes bleiben. Wo aber praktische Konsequenzen gezogen werden sollen, die eine Zahl von Menschen betreffen, wo Statistiken aufgestellt werden, die zu wirtschaftlichen oder politischen Untersuchungen dienen sollen, dürfte eine bewußte oder unbewußte Fälschung nicht vorkommen.

Unterlagen und Anordnung der Zahlen

Es ist nicht maßgebend, was vom Standpunkt objektiver, wissenschaftlicher Betrachtung vorkommen darf, sondern **wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die überwiegende Mehrzahl der veröffentlichten oder im Stillen verwandten Zahlen falsch sind.** Jede der falschen Tabellen kann an Stellen, von denen sich unser einfacher Menschenverstand gar nichts träumen läßt, gegen die arbeitende Masse verwandt werden. Wir wollen deshalb an einem Beispiel zeigen, wie Statistiken gemacht werden, und — was viel wichtiger ist — wie wir sie lesen müssen. Die Betrachtung fiele den Laien setzt natürlich die Kenntnis der Unterlagen voraus. Diese werden gewöhnlich in einem Leitartikel gegeben. Aber selbst, wenn er fehlt, ist es meistens mit etwas Geduld möglich, die rätselhaften Ziffern zu verstehen.

Der Begleitartikel muß enthalten: Angabe der untersuchten Tatsachen; der Untersuchung erforderliche oder hinderliche Vorbedingungen, soweit sie das Ergebnis beeinflussen; das Ziel der Untersuchung. — Ein Beispiel wird das Verständnis erleichtern; wir greifen aus dem reichhaltigen Material eine Tabelle heraus:

Berufe der Unterstützten

Jahr	Handarbeiter	Werkmeister	Kaufleute unselbständig	Kaufleute selbständig	Beamte und freie Berufe	Handwerker	Rentner	ohne Beruf	Zahl der unterst. Fälle
1914	149	13	21	11	26	49	25	6	300
1921	156	6	39	26	35	100	55	33	450
1923	187	5	48	32	155	152	292	129	1000
1926	130	7	27	59	268	132	257	101	1000

Hauptsächlicher Grund der Notlage

Jahr	Erwerbslosigkeit	Krankheit	Alter	Geldentwertung	Ohne bestimmten Grund	Zusammen
1914	87	156	42	—	15	300
1921	65	197	49	112	27	450
1923	86	363	212	221	118	1000
1926	92	297	470	29	52	1000

Angabe der untersuchten Tatsachen: Während der Kriegs- und Nachkriegszeit hat eine soziale Umschichtung, eine Proletarisierung des Mittelstandes eingesetzt, die Rentner, Aerzte, Rechtsanwälte, Privatlehrer, Künstler usw. zwang, sich um Unterstützung an eine Fürsorgestelle zu wenden. Die Gründe waren in Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit, Geldentwertung usw. zu suchen.

Wie soll eine Statistik gelesen werden?

Der Untersuchung hinderliche Vorbedingungen: 1. Von den zahllosen bewilligten Unterstützungsgesuchen wurde nur ein Bruchteil zur Untersuchung herangezogen; es ist denkbar, daß sich das Ergebnis durch die zeitraubende Erfassung des Gesamtmaterials grundlegend verschiebt; 2. die Gründe, die bei der Gewährung von Unterstützungen maßgebend waren, kann selbst die Fürsorgestelle, ja nicht einmal der Gesuchsteller zweifelsfrei feststellen; es ist möglich, daß ein von seinen Ersparnissen lebender, kranker, alter Arzt durch die Geldentwertung gezwungen wurde, wieder Arbeit zu suchen. Da er sie nicht fand, fiel er der „Wohltätigkeit" zur Last. In vielen Fällen kann eine Einreihung durch solche Feststellungsschwierigkeiten unmöglich werden. Ziel der Untersuchung: Es soll den Geldgebern der Fürsorgestelle die Notwendigkeit erhöhter Beträge gezeigt werden. (Im Hintergrunde lauert wohl der Appell an die Klassensolidarität der Besitzenden.)

Hat man diese Hauptsachen aus der Aufstellung herausgelesen, so wird man sich fragen müssen, was darin nicht gesagt wurde. Nicht gesagt wurde, daß die für sich werbende Stelle nur eine private Tätigkeit neben dem Wohlfahrtsamt ausübt, deren Grenzen durch konfessionelle und ständische Rücksichten eng gezogen sind (keine Gesamterfassung der Unterstützungsbedürftigen); nicht gesagt wurde ferner, daß „verschämte Arme" weder von dieser noch von einer anderen Seite erfaßt werden, so lange sie nicht auf der Straße vor Hunger umfallen, so daß den Bedürftigsten nicht geholfen wird; es wird weiter verschwiegen, daß Kriegerwitwen und -waisen und auch Kriegsbeschädigte, denen der Dank des Vaterlandes gewiß sein sollte, sofern sie diese Fürsorge in Anspruch nehmen wollen, an die „zuständige Stelle" verwiesen werden; daß Arbeitsinvaliden ebenfalls abgewiesen werden, darf nicht verwundern. So müßte selbst dem Geldgeber, der durch billige Befriedigung seines bekannten sozialen Mitgefühls — man tut, was man kann — sein bisschen Gewissen befriedigt, beim richtigen Lesen der Statistik die Unzulänglichkeit seiner Hilfe durch Almosen klar werden.

Die faulen Stellen in der Statistik

Natürlich ließe sich das Verzeichnis der in dieser Aufstellung gesagten und nicht gesagten Tatsachen vielfach erweitern. Wir haben der Einfachheit wegen nur das Allerwichtigste erwähnt. Hat man die Hauptsachen abgewogen, so wird man behaupten können, die faulen Stellen einer solchen Untersuchung gefunden zu haben. Solche faulen Stellen gibt es in fast jeder Statistik; hat sie ein Stümper gemacht, so liegen die Mängel offen zutage. Aber die wichtigsten Zahlenreihen werden von ganz gerissenen „Wissenschaftlern" gemacht. Es kommt ja dabei, wie die meisten glauben, gar nicht so sehr auf das Zahlenmaterial als auf die Einrichtung der Tabellen an. So verzwickt wie möglich muß so ein Ding sein, um das zu erreichen, was es meist erreichen soll, wenn es aus den Bureaus der bürgerlichen Aemter und Verbände kommt: den Zahlenglauben derer, die zufrieden sind, etwas schwarz auf weiß zu sehen, wenn auch dessen Unrichtigkeit durch die Praxis stündlich gezeigt wird.

Ganz raffinierte und routinierte Statistiker können es sich sogar leisten, primitive Aufstellungen zu geben. Das ist allerdings selten. Hierfür eine Prüfungsnorm zu geben, ist nicht möglich. In solchen Fällen muß das Mißtrauen an die Stelle der sachlichen Untersuchungsmöglichkeit treten. Denn diese raffinierteten Spitzenleistungen der bürgerlichen Statistik werden nur dann aufgefahren, wenn es ganz wichtig ist, nicht nur der breiten Masse Sand in die Augen zu streuen (Handelsbilanz in schlechten Jahren usw.)

Lest und gebraucht Statistiken

Wie notwendig es gerade für die Angehörigen der werktätigen Kasse ist, Statistiken lesen zu können, weiß jeder, der täglich um Kampf um sein Existenzminimum einen Index, im Kampf um sozialpolitische Verbesserungen die Zahl der Erwerbslosen ulm, sich um die Ohren schlagen lassen muß. Jede dieser Zahlen ist entweder zahlenmäßig oder in der Zusammenstellung falsch. Probiere es einmal, lieber Leser, die Fehler herauszufinden; fange mit leichten, kleinen Tabellen an! Hast Du Dir die Möglichkeit geschaffen, solche Dinge zu erkennen und zu durchschauen, so wird das, was heute noch ein Klassenkampfmittel ersten Ranges in den Händen der Kapitalisten ist, eine Knute, mit der sie selbst den erfahrenen Gewerkschaftssekretären unverdauliche Tarifestimmungen eintrügeln, als Waffe unwirksam werden. Schon das rein negative Erkennen der bürgerlichen Statistiken, das Lesenkönnen dieser Art von Gedrucktem, wird eine langsame, aber sehr erhebliche Besserung der proletarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Folge haben, weil dann das Klassenkampfmittel Statistik — jetzt noch ein Monopol der Kapitalisten, denen allein die Zahlungsmöglichkeiten großen Umfanges zur Verfügung stehen — der herrschenden Klasse in den Händen zerschlagen wird.

Paul Brand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0013

Stadt Halle

Haben die „Volksblatt“-Redakteure ein Gehirn im Kopfe?

Auch eine Werbekampagne

Der Schädel eines „Volksblatt-Redakteurs“ ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie geschickt die Natur schwierige Probleme zu lösen weiß. Wäre der riesige Kopf innen ebenso gebaut wie der anderer normaler Mensch, so würde es nicht schwer sein, die Leserzahl des Witzblattes zu steigern. Aber da die Schädelknochen hohl sind und Luftkanäle haben wie ein Schwamm, ist die Leserzahl des Blattes im Verhältnis zu den witzigen zahlreichen Reflexbewegungen seiner Schreiber gering. Gerade bei diesen Riesentieren müssen die ganzen Einrichtungen des Organismus ja besonderer Art sein, um so ein Geschöpf lebensfähig und als Abnormität kenntlich zu machen.

Diese Analyse findet man in der gestrigen Nummer des „Volksblatt“, nur das hier allgemein von einem Dickhäuter gesprochen wird, aber es ist ja hinreichend bekannt, daß echte Sozialdemokraten ein weit dickeres Fell als der älteste Elephant haben. Nun wird auch vielen Lesern des Witzblattes klar werden, warum im gestrigen Saalkreis-Artikel von kommunistischen Ablenkungsmanövern bezüglich der sozialdemokratischen Korruptionswirtschaft (die das Blättchen nicht zu entkräften vermag) gesprochen wird. Es sind sicher hier die zahlreichen Luftkanäle im Kopfe der „Volksblatt“-Schreiber schuld und so entstand der Witz, mit dem man glaubt, Tatsachen aus der Welt schaffen zu können.

Diese Luftkanäle, die weiter oben so zahlreich wie in einem Schwamme geschildert werden, sind auch sicher an folgendem Ukas schuld, den das „Volksblatt“ an zahlreiche Leser der „Hallischen Nachrichten“ versendet. Die vorgedruckten Postkarten haben folgenden Wortlaut:

„Empfangsbestätigung für Herrn . . . . ., in Halle.

Hiermit bestätigen wir Ihnen dankend die Entgegennahme Ihrer Abonnementsbestellung der Zeitung „Volksblatt“ für die Monate November-Dezember. Wir lassen Ihnen durch die Zeitungsträgerin die Zeitung zustellen. Zahlung hat erst ab 1. 12. an zu erfolgen.

Hochachtungsvoll

Hallesche Druckereigesellschaft m. b. H.

Diese Karte wird massenweise versandt und hat bisher unbändige Heiterkeit hervorgerufen, weil nämlich

keiner der Empfänger das „Volksblatt“ bestellt

hat und auch niemals die Absicht hat, es zu bestellen. Wir kennen sogar Leute, die mit dieser Karte schon zwei- und dreimal belästigt worden sind, ohne jemals das „Volksblatt“ bestellt zu haben. Die Ursachen dieser Finessen sind darin zu suchen, daß das „Volksblatt“ versucht, eine Werbekampagne durchzuführen. Da sich ein denkender Mensch niemals zum Werber eines solchen Blättchens macht, muß man eben zu solchen Praktiken greifen, selbst auf die Gefahr hin, von der weit stärkeren Konkurrenz, denen man die Leser absagen möchte, wegen unlauteren Wettbewerbs vor den Kadi geholt zu werden. Aber mit dieser Gefahr rechnen die „Volksblatt“-herrschaften nicht, weil sie wissen, daß sie mit ihren Schwammgebilden und Luftkanälen ohnehin nicht ernst genommen werden.

Mit Grzesinski für Stahlhelm und Kleinkaliber

Erziehung zum Fememord ist Jugendpflege

Verschiedentlich haben, wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilt wird, Kleinkaliber-Schießsportvereine für ihre Jugendabteilungen Anträge auf Anerkennung als Jugendpflegevereine im Sinne der Erlasse des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt gestellt. Dabei sind des öfteren Schwierigkeiten in der Beurteilung solcher Vereine aufgetaucht. Der Minister für Volkswohlfahrt und der Minister des Innern haben neuerdings entschieden, daß Jugendabteilungen solcher Vereine, die einem Orts- oder Kreisausschuß für Jugendpflege angehören und die keine politischen (!) oder staatsfeindlichen (!) Tendenzen vertreten, auf die Vergünstigungen als Jugendpflegevereine Anspruch haben. Gleichzeitig hat sich der Preußische Minister des Innern dahin ausgesprochen, daß Jugendlichen zwischen 17 und 21 Jahren die Ausübung des Schießsportes grundsätzlich gestattet ist. Jugendliche dürfen auch mit Waffen, die auf Grund von Waffenbesitzscheinen auf den polizeilich zugelassenen Schießplätzen vorhanden sind, schießsportlich ausgebildet werden. Die bisherigen Bestimmungen über das Verbot der Ausstellung von Waffenscheinen an Personen unter 21 Jahren haben hiermit nichts zu tun.

Der Stahlhelm und die übrigen nationalen Bauernfängervereine können sich gar keinen besseren Innenminister als den Sozialdemokraten Grzesinski wünschen. Der Stahlhelm, der ja angeblich nicht politisch bewertet sein will und der auch keine staatsfeindlichen Ziele verfolgt (angesichts dieser Republik kann man es ihm fast glauben) wird nun das von einem SPD.-Minister sanktionierte Kleinkaliberschießen so lange als Jugendpflege betreiben, bis das Großkaliber die republikanischen Schlafmützen aufrütteln wird.

Arbeiter, seid auf der Hut!

Mitführen von Kindern bei politischen Umzügen

Aus Anlaß des Umzuges einer kommunistischen Parteigruppe fragte ein Landtagsabgeordneter das Preußische Staatsministerium, was es zu tun gedenke, um den „Mißbrauch schulpflichtiger Kinder bei derartigen Umzügen“ zu verhüten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, antwortet der preußische Minister der Innern folgendermaßen:

Abgesehen davon, daß nach Aufhebung des § 17 des Reichsvereinsgesetzes durch die Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 eine gesetzliche Handhabe für die Verhinderung des Mitführens von Kindern in politischen Umzügen nicht gegeben ist, würde sich ein unmittelbares Vorgehen der Polizei gegen unmündige Kinder aus selbstverständlichen Gründen jedenfalls verbieten. Es muß dem Verantwortlichkeitsgefühl und der Einsicht der Erziehungsberechtigten und der Einwirkung der politischen Parteien selbst überlassen bleiben, dem Mißbrauch von Kindern zu politischen Zwecken zu steuern und Einhalt zu tun.

*

Die Erziehung von Schulkindern zu demütigen Schafen der Kirche und der kapitalistischen Gesellschaft ist natürlich kein Mißbrauch von Kindern zu politischen Zwecken. Und wenn schulpflichtige Kinder Zeitungen austragen oder Rüben verziehen, dann kümmern sich die Herrschaften, die hier entrüstet tun, keinen Deut darum, sondern stecken den Profit seelenruhig ein. Was aber die Behauptung angeht, ein unmittelbares Vorgehen der Polizei gegen unmündige Kinder verbiete sich von selbst, so haben wir gerade in Halle oft genug das Gegenteil erlebt, wenn die berittene Schupo weder vor Frauen noch Kindern Halt machte.

Rache für die Vermittlung einer bösen Frau

Die Ehefrau eines hiesigen Vermittlers hatte einen polizeilichen Strafbefehl erhalten weil sie angeblich das Gewerbe eines Heiratsvermittlers ausgeübt hat. Da die Bestrafte richterliche Entscheidung verlangte, hatte sich gestern das Amtsgericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Nach längerem hin und her kam das Gericht zu einem Freispruch, da der Angeklagten nicht nachzuweisen war, daß sie dies Gewerbe ihres Mannes, der ebenfalls einen polizeilichen Strafbefehl erhalten hatte, ohne dagegen Einspruch zu erheben, für sich selbständig ausgeübt hatte.

In der Verhandlung trat auch ein angeblicher Koch namens **Sagaz als Zeuge auf, der die Angeklagte mit allen Mitteln zu** belasten versuchte. Er bekundete hier Dinge, die er gar nicht wissen konnte. Schließlich verhehlte er auch nicht, daß er seine Frau ebenfalls durch die heiratsvermittelnden Eheleute kennengelernt habe, aber schon heute wieder mit seiner Frau in Scheidung lebe. Wahrscheinlich wollte er sich für diesen Fehlgriff an der Angeklagten etwas reiben.

Die Verhandlung war noch insofern interessant, als sich bei der nächsten Sache das Bild wendete. Der bisherige Zeuge nahm plötzlich die Anklagebank ein und die vorher angeklagte Heiratsvermittlerin trat nun gegen ihn als Zeuge auf. Der Angeklagte hatte eine Zeitlang bei der Heiratsvermittlerin gewohnt und für diese bei benachbarten Geschäftsleuten oft auch Einkäufe getätigt. Er soll insofern nun einen Betrugsversuch unternommen haben, als er bei einem Kaufmann Waren auf Kredit auf den Namen seiner Zimmervermieterin zu erhalten versuchte, und zwar zu einer Zeit als er bei dieser gar nicht mehr wohnte. Auch in diesem Falle kam das Gericht zu einem Freispruch mangels an Beweisen, obwohl der Angeklagte selbst zugab, für sich öfters Waren geholt zu haben, die für seine Vermieterin angeschrieben wurden. Nur bemerkte er hierbei, daß er zu dieser Zeit auch noch bei der Vermieterin gewohnt habe.

Der Gipfel aller Provokationen!

Der Präsident des Strafvollzugsamts verhöhnt den kranken Genossen Nuß und die Arbeiterschaft

Soeben geht uns vom Präsidenten des Strafvollzugsamtes folgendes Schreiben zu:

Der Präsident des Strafvollzugsamts.
Gesch.-Nr. X. 16 N/3 I.

Naumburg (Saale), den 15. November 1927.
Fernsprecher Nr. 131.

Geehrte Redaktion!

Mit Bezug auf den Aufsatz „Unglaubliche Behandlung eines politischen Gefangenen“ teile ich ergebenst folgendes mit: Der Untersuchungsgefangene Nuß — Nuß — erkrankte am 31. Oktober 1927 an leichter Influenza. Die Temperatur stieg nicht über 38,5 Grad (er ist täglich zweimal gemessen worden), nach sechs Tagen war Nuß (Nuß) fieberfrei. Von 40 Grad Fieber ist niemals die Rede gewesen. Auch hat Haftunfähigkeit zu keiner Zeit bestanden. Bei meinem Besuche am 14. November war Nuß (Nuß) wieder hergestellt. Dabei hat er mir erklärt, daß er über seine ärztliche Behandlung keine Beschwerden vorzubringen habe. Soweit in dem Aufsatz das Verhalten des Untersuchungsrichters einer Kritik unterzogen wird, bin ich nicht in der Lage, darauf einzugehen. Der Untersuchungsrichter untersteht nicht meiner Aufsicht.

gez. Schulze.

An die Redaktion des „Klassenkampf“
in Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Man ist zwar von der republikanischen Justiz schon allerlei gewöhnt, aber dieser Schriftsatz übertrifft an Zynismus und Kaltschnäuzigkeit alles bisher Dagewesene.

Wir und zahlreiche Belegschaften mitteldeutscher Großbetriebe haben wiederholt energisch die Freilassung des Genossen Nuß und der übrigen Untersuchungsgefangenen wegen der Vorgänge in Wettin gefordert. Diese Forderungen sind um so mehr berechtigt, als das Vorverfahren abgeschlossen ist, Verdunkelungsgefahr sowie auch Fluchtverdacht nicht besteht. Hinzu kommt noch die Erkrankung des Genossen Nuß, die nach Ansicht des Strafvollzugspräsidenten darum nicht schwerer Natur war, weil die Temperatur „nicht über 38,5 Grad“ gestiegen ist. Demnach muß ein Untersuchungsgefangener erst das höchste Fieber haben, bevor man ihm eine angemessene Lazarettbehandlung zuteil werden läßt. Im übrigen können wir nicht kontrollieren, mit welchen Instrumenten man im Untersuchungsgefängnis die Kranken mißt. Vielleicht kann uns der Herr Strafvollzugspräsident, der seinen Hohn damit glaubt verstärken zu können, daß er uns mit „Geehrte Redaktion“ anredet, mitteilen, wobei sich der Genosse Nuß die „leichte Influenza“ geholt hat. Von nichts kommt doch nichts!

Die Berichtigung ist ein Hohn auf alle Proteste der hallischen Arbeiterschaft. Der verstärkte, unbeugsame Kampf gegen die Klassenjustiz muß die Antwort darauf sein.

Was ER sich zu Weihnachten wünscht

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Für Herrn Grützner dürfte das beste Weihnachtsgeschenk das mittelalterliche Vereinsgesetz sein. Man kommt zu diesem Schlusse, wenn man weiß, daß in letzter Zeit die Gruppenabende des KJVD. regelmäßig von der Polizei überwacht werden. Die Herrschaften fühlen sich wieder wie in jenen „glorreichen“ Zeiten, als ihnen das Vereinsgesetz Tor und Tür öffnete. Heute besteht nur der Unterschied, daß die Polizei den Horcher an der Wand markiert, aber wenn sich die Arbeiterschaft nicht ganz gehörig gegen diese Gesinnungsspitzelei zur Wehr setzt, wird man es vielleicht bald erleben, daß die Hüter eines Ordnungsstaates — was in der Sprache der Arbeiter „außerordentliche Unordnung“ heißt — wieder breitspurig im Versammlungslokal sitzen.

In unseren Veranstaltungen erscheinen in letzter Zeit sehr häufig ganz verdächtige Elemente, denen man meistens die Pinkerton-Psychologie an der Nasenspitze absieht. Der eine begründet sein Erscheinen mit einem angeblich großen Interesse am Jugendverband, der andere schließt von seiner — gelinde ausgedrückt — Naivität auf die Jugendgenossen, gibt sich als „Berufsschullehrer auf Entdeckungsreisen“ aus und möchte gern die „Helden“ kennen lernen, die die Berufsschulzeitung herausgeben. Hoffentlich macht der Herr Entdeckungsreisende recht bald die Entdeckung, daß er im Jugendverband nichts mehr entdecken kann, da er selbst als das entdeckt bzw. erkannt ist, was er in Wirklichkeit ist.

Jugendgenossen, Ihr könnt hieraus ersehen, daß Ihr von den Spitzeln der Arbeiterfeinde überwacht werdet. Daraus ergibt sich die Angst der Bürgerblöckler auch vor dem KJVD., den Ihr nun erst recht stärken und durch eifrige Propaganda in Eurem Freundeskreis erweitern müßt. Besucht emsig die Gruppenabende, deren Stattfinden im Versammlungskalender des „Klassenkampf“ bekanntgemacht wird.

A.

Ein Kulturdokument des 20. Jahrhunderts

(Arbeiterkorrespondenz)

Als ich gestern auf der hiesigen Fürsorge zu tun hatte, fand ich auf dem Flur einen Zettel folgenden Inhalts:

Frau L... mit 6 Kindern ist wegen Wohnungslosigkeit für vorläufige Rechnung des Jugendamtes in das Obdach, Weingärten, aufzunehmen.

Halle, den 14. November 1927.

Auf Anordnung des städt. Jugendamtes
gez. Esselborn.

An das Obdach, Weingärten, hier.

Ob die Bedauernswerte den Zettel verloren hat, weiß ich nicht; jedenfalls kann er beim „Klassenkampf“ abgeholt werden. Artus.

Ein Oberwachtmeister wird handgreiflich

Von einem Leser unserer Zeitung geht uns folgender Bericht zu: „Als ich gestern gegen 17.30 Uhr die Brüderstraße entlang kam, gewahrte ich an der Ecke Neunhäuser und Brüderstraße einen Oberwachtmeister unserer hiesigen „Ordnungs“polizei, der bei einem Bananenhändler scheinbar etwas nicht in Ordnung gefunden hatte und ihn deswegen ab-, wahrscheinlich zur Wache, führte. Der Mann ging auch ohne den geringsten Widerstand zu leisten mit. Der Handwagen wurde von einem Kinde gezogen. In der Brüderstraße griff der Obsthändler in die Tasche, holte sich eine Zigarette hervor und war im Begriff diese anzuzünden, als sie ihm von dem Herrn Oberwachtmeister ohne jede Warnung mit der Faust aus dem Munde geschlagen wurde. Ob das die Instruktion des Beamten war, oder ob er vielleicht nur neidisch war, im Dienst nicht rauchen zu können, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht kann der hallische Polizeipräsident darüber Auskunft geben, ob ein Polizeibeamter das Recht hat, einem zur Namensfeststellung mitgenommenen Manne auf der Straße das Rauchen zu verbieten. Selbst wenn das der Fall sein sollte, geht m. E. die Staatsgewalt aber nicht so weit, daß ein Beamter ohne weiteres handgreiflich werden kann. Ich für meinen Teil hätte ihm nur gewünscht, er wäre an die falsche Adresse gekommen!“

Die Einwohnerzahl Halles

ist nach Mitteilungen des Statistischen Amtes Halle in der Zunahme begriffen. In der Zeit vom 1 Oktober bis 1. November 1927 hat sich die Einwohnerzahl von 198 668 Personen auf 199 395 Personen vermehrt.

Den Hauptposten für diesen 727 Köpfe starken Zuwachs stellte wieder der Ueberschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen mit über 650 Personen, während der Ueberschuß der einheimischen Geburten über die einheimischen Sterbefälle nur etwa 60 Personen erbracht hat.

Nachdem das Statistische Amt die Einwohnerzahl an Hand einer Tabelle demonstriert, bringt es über die Frage des Geburtenüberschusses wörtlich folgende Sätze:

„Daß von einer irgendwie naturgesetzlichen Gleichmäßigkeit des Geburtenüberschusses keine Rede sein kann, ist klar; um so mehr muß für eine fortgesetzte öffentliche Arbeit an der Erhaltung der einmal zum Leben Gebrachten gesorgt werden. Denn jeder Lebende mehr ist sowohl Konsument, wie — später — Produzent; jedes normale Menschenleben leistet für die Menschheit mehr, als es kostet.“

Das ist auch unsere Meinung, nur daß wir für diese Meinung auch kämpfen, und das ist notwendig, da heute die Regierungsgewalt in den Händen der „abnormalen Menschenleben“ liegt, die der Allgemeinheit alles fortnehmen, selbst aber überhaupt nichts produzieren. Was wird denn die Presse der Börsenjobber zu dem amtlichen Standpunkt sagen?

Elternversammlung der weltlichen Schule

Heute, Freitag, den 18. November, abend ½8 Uhr, findet in der Talamtschule eine sehr wichtige Elternversammlung statt. Sämtliche Eltern, deren Kinder die weltliche Schule besuchen, müssen unbedingt erscheinen.

Opposition im Arbeiter-Radio-Bund

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des ARB., Ortsgruppe Halle, machte sich eine sehr starke Opposition bemerkbar, die mit verschiedenen Maßnahmen der bisherigen Ortsleitung nicht einverstanden ist. So entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte um den geplanten Anschluß an das hiesige „Arbeiter-Bildungs-Institut“, dem ein solcher Zuwachs wohl sehr gelegen käme. Von verschiedenen Sprechern wurde das von dem Sozialdemokraten Flücht aufgezogene „Institut“ scharf und treffend beleuchtet. Ein Redner brachte zum Ausdruck, daß dieses Institut ein totgeborenes Kind sei, das auch durch den ARB. nicht zu beleben ist. Man müsse den Anschluß an das hiesige Kulturkartell vollziehen, wenn die Grundlage verbreitert werden solle. Es wurde schließlich beschlossen, je einen Referenten vom ABJ. und vom AKK. anzufordern, die die Mitglieder über die Ziele ihrer Organisation unterrichten sollen.

Nachdem der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben worden waren, die wegen ihrer Inhaltslosigkeit ebenfalls Kritik hervorriefen, wurde von der Opposition festgestellt, daß die Jahreshauptversammlung, bei der auch die Vorstandswahl auf der Tagesordnung stand, sinnlos sei, da nicht einmal ein regulärer Kassenabschluß vorgelegt werden konnte. Ein von der Opposition eingebrachter Antrag, die Jahreshauptversammlung bis Januar zu vertagen, fand einstimmige Annahme.

Da die Opposition auf einer gesunden Plattform steht und ihr besonders jegliche Spaltungsabsicht fehlt, kann man ihr nur Erfolg wünschen und hoffen, daß sich auch die übrigen Arbeiterfunkfreunde im Interesse ihrer Organisation den Forderungen ihrer oppositionellen Funkgenossen anschließen und dazu beitragen, daß die hiesige Ortsgruppe des ARB. zu einer zielklaren, geschlossenen und schlagkräftigen Arbeiterorganisation wird.

Japaner, Riesen, Athleten und Zwerge im „Walhalla“

Wir haben jedenfalls gründlich gelacht. Besonders im ersten Teil und auch im zweiten Teil — allerdings hier nur über groteske Gegensätze. Da liefen einige Liliputaner herum und neben ihnen natürlich so etwas wie der lange Josef. Sie verstanden es, mit oft allerdings sehr primitiven Mitteln, die Lacher auf ihre Seite zu ziehen. Die Ausstattungsoperette in zehn Bildern „Ein Abend im Maxim“, in deren Rahmen diese Liliputaner auftraten, verlohnt sich nicht besprochen zu werden. Dagegen waren alle Nummern des Varieté-Teiles ausgezeichnet. Besonders die Japanertruppe zeigte Attraktionen, wie man sie nur selten in den allerbesten Programms zu sehen bekommt. Niotna und Partner reizten durch ihre humoristischen und halsbrecherischen Akte die Lachmuskeln bis zum Platzen. Ein „genialer“ Seelöwe, Zahnkraftathleten und tatsächlich urkomische Artisten müssen ebenfalls wegen ihrer guten Leistungen genannt werden. algra.

Hallische Tageschronik

Selbstmord. In der Nacht vom 17. zum 18. November beging in seinem Bureau in der Merseburger Straße ein 50jähriger Mann Selbstmord, indem er sich am Türpfosten erhängte. Der Grund zu der Tat konnte bisher nicht festgestellt werden.

Tobsuchtsanfall. Am 17. November gegen 20.15 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach einem Lokal am Marktplatz gerufen, wo ein angetrunkener Mann einen Tobsuchtsanfall erlitten und im Flur des Lokals eine Scheibe zertrümmert hatte. Der Angetrunkene, welcher leichte Verletzungen an beiden Händen davongetragen hat, wurde, bis er sich beruhigt hatte, in polizeiliche Verwahrung genommen.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern, berechnet vom Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande vom 15. November gegenüber der Vorwoche unverändert (Gesamtindex 1,45).

An alle Quartiergeber! Die angemeldeten Teilnehmer zur Bezirkskonferenz des KJVD., welche am 19. und 20. November in Halle stattfindet, treffen am Sonnabend gegen 11 Uhr abends in den Quartieren ein. **KJVD., Halle.**

Proletarische Tribüne. Heute, Freitag, im „Volkspark“ letzte Probe zur Aufführung in Wettin. Erscheinen aller Mitwirkenden zwecks wichtiger Aussprache ist notwendig. Am Sonnabendabend ½8 Uhr Treffpunkt Hallmarkt zur Abfahrt nach Wettin. **Musikinstrumente sind mitzubringen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271118-11/fragment/page=0014
DFG